

ALLE KÖNIGE SIND GLEICH



DOKUMENTATION



Zeittafel

25. November 1989	Aufruf zur Gründung des Behindertenverbandes der DDR
12. Januar 1990	DIE STÜTZE 1/90 erscheint
13. Januar 1990	Gründungsveranstaltung des Berliner Behindertenverbandes
9.-11. Februar 1990	Erstes republikweites Koordinierungstreffen in Rostock und Warnemünde
12.-14. April 1990	Gründungskongreß des Behindertenverbandes der DDR im Berliner Freizeit- und Erholungszentrum Wuhlheide
31. August 1990	Der Vorstand beschließt eine neue vorläufige Satzung und die Änderung des Namens in Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde“ (ABiD) und die Einberufung eines Verbandstages am 11. und 12. Mai 1991 nach Berlin

Die in diese Dokumentation aufgenommenen Beiträge wurden – bis auf den Einführungsartikel des Präsidenten des ABiD – ausschließlich aus DIE STÜTZE (Nr. 1/90 bis 7/91) entnommen. Um den Charakter der Lesebriefe zu erhalten, wurde – außer geringfügigen Kürzungen – bewußt auf eine stilistische Bearbeitung verzichtet.

Der Herausgeber

Alle Könige sind gleich

Eine Dokumentation zur Entstehung des
Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V.
„Für Selbstbestimmung und Würde“

(ABiD)

Band 2

Leserbriefe und andere Zuschriften an die Zeitschrift
„DIE STÜTZE“ zwischen Januar 1990 und April 1991

Zusammengestellt und herausgegeben
von

Horst Seifert

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Seifert, Horst

Alle Könige sind gleich; eine Dokumentation zur Entstehung
des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V.
„Für Selbstbestimmung und Würde“ (ABiD) – Band 2
Leserbriefe und andere Zuschriften an die Zeitschrift
„DIE STÜTZE“ zwischen Januar 1990 und April 1991 /
Zusammengestellt und herausgegeben von Horst Seifert –
KOLOG-Verlag, Berlin, 1990

ISBN 3-928556-00-2

Mit 3 Abbildungen (1 Michael Klenner, 1 Jörg Metzner, 1 Stehfest)
© 1991 by KOLOG-Verlag Dieter Knobloch, Berlin
Umschlaggestaltung: Andreas Pürstel
Satz und Druck: Tribüne Druck-GmbH

Leben fast live

Es gibt viele Möglichkeiten, zur Veränderung bestehender – als Einengung empfundener – Verhältnisse beizutragen. Und, ob man es gleich wahrnimmt oder nicht, jede Tat hinterläßt Spuren. Keine/r ist zu schwach, sich an der Einrichtung der Welt nach ihrem/seinem Bilde zu beteiligen.

Jede/r ihr/sein eigener Prometheus? Gibt es blinde, lahme, taube Götter? Sind wir gottähnlich? Mir genügt es, ein Mensch zu sein. Ich mag es durchaus auch, als Kunde in einem Geschäft wie ein König behandelt zu werden. Könige sind nämlich gleich. Wer mit dem Handicap einer (oder mehrerer) Behinderung(en) lebt, muß einiges dazu tun, als Gleiche/r akzeptiert zu werden. Warum eigentlich?

Auch das Benennen eines Mangels erweist sich als eine Tat. Genauso wie das Informieren über einen Erfolg. In beiden Fällen wird das Wissen aller bereichert. Sei es durch die Bekräftigung einer Ahnung, die man selbst schon – etwas vage noch – hatte, sei es durch das Aufzeigen gangbarer Wege. Sei es durch Warnung vor Gefahren, sei es durch das Wissen, nicht allein mit einem Problem zu ringen.

So wird auch die Herausgabe einer Zeitung zu einer Tat. Insbesondere, wenn sie sich ausdrücklich als Forum des öffentlichen Meinungs- und Erfahrungsaustauschs versteht: DIE STÜTZE ist ein 14täglich erscheinendes Journal von Behinderten für Behinderte und ihre Freunde. Eine der wichtigsten Rubriken dieses bescheiden auftretenden, 32seitigen Blattes im handlichen Oktav-Format ist die „Leserpost“. Der ABiD, der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde“ investiert viel Engagement, Kraft, Initiative, auch Geld in die Herausgabe der STÜTZE. Mit ihr bieten wir auch denjenigen Menschen, die aufgrund ihres Handicaps selten Gelegenheit haben, untereinander direkt zu kommunizieren, eine einfache Möglichkeit, Meinungen und Erfahrungen auszutauschen.

Seit Anfang 1990 erscheint die STÜTZE. Hier, in dieser Dokumentation, fassen wir Leserbriefe aus rund dreißig Ausgaben

zusammen. Erstaunliches findet sich da. Wir erfahren, wie Menschen leben. Fast pur.

Interessant ist, daß – und wie – sich das Schwergewicht der Probleme im Laufe dieser 15 Monate verlagert. Hier spiegelt sich die Vielfalt gesellschaftlicher Konflikte wider. Menschen machen sich Gedanken über ihre Zukunft. Und dabei reflektieren sie Vergangenheit und Gegenwart. Und sie nennen ihre Wünsche, schildern Träume, offenbaren Hoffnungen. Wo finden sich deutlichere Indizien auf die Lebensweise von Menschen? Diese Dokumentation wird Forschern, die sich „eigentlich“ überhaupt nicht mit Behindertenfragen befassen (wollen), zu einem nicht zu ignorierenden Nachschlagewerk, zu einer wichtigen Quelle werden.

Vor allem aber belegt dieser – nach „Schonzeit gab es nicht“ – zweite Dokumentenband von einer weiteren Seite, wie sich die emanzipatorische Behindertenbewegung hierzulande entwickelt. Im ersten Büchlein finden sich Aufsätze, Interviews usw. programmatischen Charakters. Diesmal finden wir quasi „Leben live“. Das Bild wird differenzierter, genauer. Der ABiD plant auch in Zukunft solche Dokumentationen herauszugeben, denn es ist wichtig, die eigene Geschichte zu kennen. Es ist wichtig, sich anderen vorstellen zu können. Es ist wichtig, Ansichten von Menschen kennenzulernen.

Weder herrschen hier „Friede – Freude – Eierkuchen“ noch öde Zustimmungsheuchelei, weder kapseln wir uns ab noch vernachlässigen wir die eigenen, spezifischen Probleme. Die sich in der STÜTZE äußern (und hier wiederfinden), sind Menschen „wie du und ich“.

Ob Gott, König oder Mensch – wir sind, also sind wir gleich. Na dann: Viel Spaß beim Lesen!

Berlin, 5. April 1991

Ilja Seifert

Kalendernotizen

Im zu Ende gehenden November wurde der „Aufruf zur Gründung eines Behindertenverbandes der DDR“ unserer Berliner Initiativgruppe in der Presse veröffentlicht, vollständig in: Neue Zeit, Nr. 282 vom 30. November 1989 und humanitas, Nr. 25 vom 7. Dezember 1989.

Seitdem bekommen wir viele Briefe, die sich mit dem Verbandsaufbau und seiner Arbeitsweise beschäftigen.

Sehr viele persönliche Darstellungen sind dabei, die Hürden und Hindernisläufe aufzeigen, die Behinderte als zusätzliche Belastungen in ihrem Leben immer wieder bewältigen müssen. Diese würden sich stark reduzieren, wenn von vornherein daran gedacht wird, daß wir Behinderte als ein Teil der Gesellschaft (10 %) oft bzw. z. T. andere Lebensbedingungen brauchen.

Bei deren Gestaltung wollen und müssen wir beteiligt werden. Ein erster Anfang wurde nach der Wende zur Demokratie mit dem Forum zur komplexen Rehabilitation geschädigter Bürger am 2. 12. gemacht.

Es begann mit einstündiger Verspätung nach dem Umzug von der Nikolaikirche in den Stadtverordnetensaal des Roten Rathauses. Der Grund war, daß mit und ohne Technik keine Verständigung möglich gewesen ist. Zum Saal ging es auch für rollstuhlfahrende Menschen über eine lange Treppe, da dort keiner war, der den Fahrstuhl bedienen konnte. Deshalb blieben die Menschen im Elektrorollstuhl vor der Tür stehen.

Das Forum war nur zum geringen Teil eine Diskussion.

Es war eher ein Sammeln der lange angestauten Hindernisse und Widrigkeiten, die das Leben der Behinderten sowie das ihrer Angehörigen und Helfer erschweren.

Das tat einmal not. Einmal tat das not.

Ein konkretes Ergebnis gab es dennoch. In jeder Magistratsabteilung gibt es einen Ansprechpartner für uns, so daß wir mit dieser direkt zusammenarbeiten können.

Alles Angesprochene soll in dem nächstens zu beschließenden Maßnahmenplan des Magistrats für die komplexe Rehabilitation Beachtung finden.

Über diesen wurde am 18. 12. mit Vertretern der Berliner Initiativegruppe das erste Mal beraten.

Am 9. 12. tagte das zweite Mal die Berliner Initiativegruppe mit etwa 200 Teilnehmern. Nächster Termin ist für alle Berliner der 13. 1. in der Körperbehindertenschule Lichtenberg.

Nach einer mehrgleisigen Anfangsdiskussion wurde eine Tagungsordnung festgelegt. Die ersten thematischen Arbeitsgruppen stellten ihr Aufgabenspektrum vor, danach wurden einige zusammengelegt und eine neue gebildet. Insgesamt gibt es z. Z. 11.

Nach im Laufe des Dezember haben sie sich zu ersten Beratungen getroffen und sind arbeitsfähig.

Sie wählten Sprecher, die den 16 Personen umfassenden vorläufigen Sprecherrat bilden. Dieser wurde von allen Anwesenden bestätigt. Er entsendet jeweils seine Sprecher für Konsultationen mit staatlichen Organen, Medien und anderen Organisationen.

Der Sprecherrat traf sich am 14. das erste Mal, um seine Arbeitsweise zu organisieren und jetzt schon anstehende Aufgaben abzustimmen. Das zweite Mal wird am 4. 1. sein. Klar wurde, die Geschäftsstelle muß schnell ganztägig arbeiten können. In ihr muß die zu bildende Berliner Verbandsleitung ständig erreichbar sein.

Im Dezember haben sich Vorstandsmitglieder von Parteien, des Freidenkerverbandes und die Leitung der Inneren Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Diakonisches Werk) sowie leitende Mitarbeiter des Gesund-

heitswesens (Magistrat/Ministerrat) in einem Förderkreis der Berliner Initiativegruppe zur Bildung eines Behindertenverbandes zusammengefunden.

Zum ersten Mal hatten dazu der Zentralvorstand der Freidenker und der Bezirksvorstand der CDU eingeladen.

Dieser unterstützt uns beispielsweise bei der Suche nach Räumen, dem Kontaktanknüpfen mit den Medien und stellte uns Druckkapazität zur Verfügung.

Für den Druck dieser Stütze gilt unser Dank der LDPD.

Wir wissen, daß auch in anderen Orten Initiativen arbeiten und sich neue bilden. Einige nahmen mit uns schon Kontakt auf. Im Interesse einer breiten Diskussion veröffentlichen wir die uns bekannten Adressen.

Für Februar/März laden wir je 2 Vertreter der bezirklichen Initiativegruppen zu einem Arbeitstreffen ein.

Wir bitten alle Berliner dafür um Übernachtungsangebote. Die gesamte Organisation läuft dazu über die Geschäftsstelle.

Ralph Loell
Berlin

„Karl Marx fährt Rollstuhl“

„Guck mal, der Weihnachtsmann!“; „Karl Marx fährt Rollstuhl“. Zwei Äußerungen, die eine von Kindern, die andere von Erwachsenen, aufgefangen bei seltenen Spazierfahrten mit meinem 68jährigen Mann im grauen Hellersdorf durch das Neubaugebiet. Beides zeigt Akzeptanz, meint den Menschen mit seinem großen weißen Vollbart, wirkt auf uns ermutigend. Hier gibt es viele Geschädigte, die man sieht, aber auch viele, die man nicht sieht. Weil sie nicht mehr rauskönnen, zu Hause liebevoll von ihren Angehörigen gepflegt werden.

„Die Vergessenen der Gesellschaft“, wie sie auf dem bewegenden Forum am 2. Dezember 1989 genannt wurden, das in der Nikolai-Kirche begann und aus akustischen Gründen im Sitzungssaal des Roten Rathauses fortgesetzt wurde. Vergessen – ja und nein. Wie sieht beispielsweise unser Alltag aus? Der Mann sitzt zu Hause, die Pflegerin und Begleiterin will und muß arbeiten gehen. Ewiger Zwiespalt: den Mann, die notwendige Betreuung vernachlässigen, das zum Leben notwendige Geld verdienen. Am Ende macht man's keinem recht.

An die Behinderung ist die Familie längst gewöhnt, aber was ist bei akuter Erkrankung? Neulich, nachts, 2.30 Uhr, Erbrechen, Gallenkolik, Fieber. Immer noch kein Telefon, trotz Platzierung ganz vorne auf der Dringlichkeitsliste. Also zur Telefonzelle gelaufen – defekt; zur nächsten – die funktioniert. Notarzt bestellt, nach Hause gehetzt. Zwei Stunden, endlich die erlösende schmerzstillende Spritze, Überweisung „ad beh. Arzt“. Morgens um 7.00 Uhr los, Betrieb angerufen, kann nicht kommen, zum Arzt gegangen, der ist zur Konferenz, Vertretung macht keine Hausbesuche ... Schließlich die Bescheinigung für mich „Pflege des erkrankten Ehemannes“. Erforderlichenfalls wieder DMH rufen.

Also unbezahlt zu Hause bleiben, die Urlaubstage sind längst aufgebraucht.

Unterm Strich wieder nur die kleine Rente, das Pflegegeld, der Mietzuschuß und mein restlicher Monatsverdienst von 222,40

Mark, zum Tagessatz versteuert. Summa summarum 723,40 Mark für einen aufwendigen 2-Personen-Haushalt. So geht das schon so manchen Monat, so manches Jahr. Wir haben es immer gepackt, Kinder großgezogen, aber wie? Letztlich bleibt neben dem Schwerstbehinderten auch die Pflegeperson auf der Strecke – physisch, psychisch, materiell.

Doch Jammern, Selbstmitleid nützen keinem. Da ist noch die Hilfe von einfühlsamen Verwandten, Freunden; so manches Paket mit getragenen Sachen, mit Kaffee, Schokolade, Ananas und einigem anderen über den „Grundbedarf“ hinaus. Und der Trost, wir sind nicht allein, vielen geht es noch schlechter. So den Menschen, 30 oder 40 Jahre jung, die in Alters- oder Pflegeheimen zusammen mit 80- und 90jährigen dahinvegetieren, weil es einfach keine spezifischen Heime für jüngere, schwerstgeschädigte Erwachsene gibt. Oder den Mindestrentnern. Ist das sozial, ist das human, ist das gerecht?

Martha Bogdanski
Berlin

Für ein Sozialgericht

Die Initiative zur Gründung eines DDR-weiten Behindertenverbandes findet meine Unterstützung. Bei uns in Schönebeck werden wir am 2. 2. 1990 eine erste derartige Zusammenkunft haben. Gern lade ich einen Vertreter aus Berlin dazu ein.

Aber zwei Dinge fehlen mir in Eurer bisherigen Konzeption: zum einen bin ich der Meinung, daß bei uns eine Sozialgerichtsbarkeit eingeführt werden müßte. Damit könnten Streitfälle im sozialen Bereich öffentlich erörtert und entschieden werden. Das würde vor willkürlichen Behördenentscheidungen schützen helfen. Zum anderen fordere ich energisch, daß das staatliche Sonderpflegegeld erheblich erhöht wird. Was soll uns unter heutigen und den absehbaren Preisverhältnissen ein Maximalsatz von 180 Mark? Welchem Helfer kann man damit ein Äquivalent für seine schwere Arbeit geben? Hier ist rasches und konsequentes Handeln vonnöten.

Helmuth Hoffmann
Schönebeck/Elbe

Für gemeinsame Wohn- und Arbeitssiedlung

Günstig wäre es m. E., wenn Behinderte verschiedener Schädigungsarten in einer Wohn- und Arbeitssiedlung gemeinsam leben würden. Sie könnten sich gegenseitig helfen und Mut machen. Warum sollte nicht ein Hörgeschädigter einen Blinden führen? Der Körperbehinderte könnte mit seinen Restfunktionen bestimmt ebenso nützlich sein. Notwendig wäre dazu allerdings ein Gesamtverband. Ich bin sicher, daß dadurch auch ohne große finanzielle Mittel, einfach durch die vielen Ideen der Behinderten selbst, für uns Erleichterungen geschaffen werden können.

Gerhard Döring
Freiberg

Enthinderungstaxi

Wie Sie vielleicht wissen, ist Anfang der 80er Jahre ein Fahrdienst für Behinderte, der Telebus, in Berlin (West) eingeführt worden. Dieser Fahrdienst hat die Mobilität der Rollstuhlfahrer gefördert, doch lasten ihm einige Mängel an (Vorbereitung, Einbindungsfahrten, kein 24-Stunden-Einsatz). Um die Nachteile dieses Sonderfahrdienstes zu beheben und die Integration in die bestehenden Nahverkehrsmittel zu fördern, forderten die Betroffenen den flexiblen Einsatz von Taxifahrzeugen, was zum Telebus-Taxi-Mischsystem führte.

Die Taxifahrzeuge können jedoch keine Rollstuhlfahrer sitzend befördern, so daß wir (E-Taxi, Theta Weddig, Reinickendorfer Straße 50a, 1000 Berlin [West] 65) uns zur Aufgabe gemacht haben, ein Fahrzeug entsprechend umzubauen und als Taxi einzusetzen. Mit der Fertigstellung des Prototyps wird im Sommer 1990 gerechnet.

Da anscheinend ein Mangel an Fahrzeugen für die Beförderung von Rollstuhlfahrern im Ostteil der Stadt besteht, wurde die Möglichkeit erörtert, ein E-Taxi zu spenden. Zum Auftreiben der nötigen Gelder benötigen wir möglichst bald die Bekundung Ihres Interesses an dem Fahrzeug. Ich kann das Projekt mit Zeichnungen des Umbaus auf der Basis des Citroen CX Break erläutern.

Ich würde mich über eine grenzüberschreitende Kooperation freuen.

Martin Maubach
Berlin (West)

(Anmerkung der Redaktion: Vielleicht genügt diese Veröffentlichung vorerst, um unser Interesse deutlich zu bekunden? Möglicherweise schaffen wir es aus o. g. Gründen auch in den nächsten Wochen noch nicht, Ihnen einen „ordentlichen“ Brief zu schreiben. Bis zum Sommer sollte das jedoch anders aussehen ...)

Verfassung der DDR als Grundlage

Die Rollstuhl-Sportgruppe Rudolstadt-Saalfeld möchte die Bildung eines Behindertenverbandes unterstützen und aktiv am Aufbau und Wirken des Verbandes mitarbeiten. Im Statut sollten folgende Aussagen verankert sein:

1. Der Verband arbeitet auf der Grundlage der Verfassung der DDR.
2. Der Verband ist in seiner Arbeit nur der Verfassung und den Interessen seiner Mitglieder verpflichtet.
3. Die Mitgliedschaft ist unabhängig von Weltanschauung und von der Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen.
4. Bei Anerkennung des Statuts hat jeder Behinderte das Recht, Mitglied des Verbandes zu werden.
5. Jeder Bürger, der die Interessen des Verbandes unterstützt und das Statut anerkennt, kann Mitglied werden.
6. In die Vorstände des Verbandes kann jedes Mitglied bei einfacher Mehrheit gewählt werden.
7. In den Vorständen des Verbandes ist Parität zwischen Behinderten und anderen Mitgliedern verbindlich.

Der Verband sollte sich durch Mitgliederbeiträge, die monatlich in einer Höhe von etwa 2 bis 5 M zu entrichten sind, selbst tragen. Eine teilweise oder völlige Finanzierung des Verbandes mit staatlichen oder Geldern von Organisationen und Parteien lehnen wir grundsätzlich ab. Die Einrichtung eines Spendenkontos wäre für uns eine akzeptable Variante der Finanzierung, wenn o. g. Vorschlag keine Mehrheit findet. Eine Kombination zwischen Beiträgen und Spenden würden wir akzeptieren.

Da die zuständigen Stellen die eingebrachten Vorschläge und Lösungswege nicht als konstruktive Zusammenarbeit begreifen, sondern darin eher eine Belästigung sehen, setzen wir uns für die Gründung eines starken und unabhängigen Behindertenverbandes mit aller Entschiedenheit ein.

Volkmar Ullrich
Saalfeld

Kontakt zu Gleichaltrigen

Ich wurde am 2. Februar 1969 geboren. Seit meiner Geburt leide ich an einer spastischen Cerebralparese. Seit September 1987 mache ich Heimarbeit, die ich von der Rehawerkstatt Zittau bekomme. Ich lebe jetzt bei meinen Eltern und bin auf ihre Fürsorge und Hilfe angewiesen. Mich persönlich bewegen folgende Probleme:

1. Ich wünsche mir mehr Kontakt zu jungen Leuten meines Alters. In unserem Dorf habe ich zwar durch die Junge Gemeinde viele Freunde, aber z. B. ein Urlaub mit gleichaltrigen Gesunden und Behinderten wäre wunderbar, vielleicht auch international.

2. Ich warte schon über 2 Jahre auf einen leichten und schnell zusammenklappbaren Rollstuhl, den man ohne Probleme im Pkw transportieren kann und der schön aussieht.

3. Da der Einkauf im Rollstuhl immer Schwierigkeiten bereitet, würde ich die Einführung von Versandhäusern begrüßen.

4. Ich wünsche mir mehr Bekleidung für Behinderte bzw. Rollstuhlfahrer. Ein Problem für mich sind Regenbekleidung und modische knöchelhohe Schuhe.

5. Meine Invalidenrente von nunmehr 330 M und mein Verdienst durch die Heimarbeit von 3 Stunden täglich mit AT-Belohnung etwa 28 M monatlich sind sehr wenig. Ich fordere eine Erhöhung der Rente.

6. Für mich als Spastiker wäre ein warmes Bewegungsbad günstig.

7. Da für uns Behinderte das Fernsehen eine wichtige Informationsquelle ist, fordere ich, daß auch in unserer Gegend der Empfang von westlichen Sendern ermöglicht wird.

Antje Göbel
Wittgendorf

Für sofortiges Handeln

Ich war Teilnehmer der Versammlung des sich konstituierenden Behindertenverbandes am 13. 1. 1990. In Auswertung der Ergebnisse dieser Versammlung möchte ich Ihnen einige Vorschläge zur weiteren Strategie und Taktik unterbreiten:

1. Es sollten Forderungen an die Regierung sowie an die Volkskammer unbedingt sofort aufgemacht werden. Es kann nicht gewartet werden, bis das Grundsatzpapier nach Diskussion letztlich auch bestätigt ist. – Auch wenn die Probleme durch die Regierung Modrow und die jetzige Volkskammer nicht geklärt werden können, ist es wichtig, daß den neuen Gremien diese Problematik als nicht erledigtes Paket übergeben werden kann.

2. Gleichfalls ist das Forderungsprogramm den Parteien (alte und neue), den Gewerkschaften und dem Frauenbund vorzulegen und die Einarbeitung in ihre Programme definitiv zu fordern. Von den Parteivorsitzenden ist jeweils eine konkrete Stellungnahme zu verlangen.

3. Durch persönliches Einbringen und Beteiligung in den einzelnen Parteien ist das Programm für die Behinderten zu sichern. – Dieser, am 13. 1. von der amtierenden Leitung vorgeschlagene Weg, ist m. E. nicht als Hauptweg zur Realisierung zu betrachten.

4. Umsetzung des Forderungsprogramms über alle kommunalen Strecken und Leitungsebenen.

Ich hoffe auf gemeinsame Erfolge!

Horst Richter
Berlin

Bund als Leitungsorgan

Danke für DIE STÜTZE. Falls es weitere gibt, bitte an uns denken! Wir schicken dafür mal einen Vorschlag zum Verband insgesamt. Er stammt aus der Feder Reichel/Münzberg/Muskulus = Initiativgruppe Körperbehinderte Dresden. Dem Entwurf zugestimmt haben in Dresden der BSV und der GSV sowie viele Behinderte selbst.

Wir gehen von der Gründung weiterer Verbände aus. Nur: allzugroße Zersplitterung halten wir nicht für gut.

Das Dach, d. h. die Zusammenführung der selbständigen Verbände, nennen wir Bund. Er soll jeweils im Kreis, im Land und DDR gesamt als Leitungsorgan (mit Präsidium, Rat, Arbeitsgruppen, Sekretariat/Geschäftsstelle) aus den „Beständen“ der Verbände gebildet werden und Partner zur staatlichen Ebene sein.

Besonders für den Körperbehindertenverband legen wir Wert darauf, daß die Behinderten selbst bestimmen.

Mit unseren „Basisdemokraten“ (Gruppe der 20 usw.), die hier die erste Initiative in Sachen Verband ergriffen hatten, haben wir ein paar Differenzen. Sie wollen für alle möglichen Beschäftigtengruppen einen eigenen Verband (Zersplitterung!) und das Ganze von oben aufbauen. Aber das streiten wir noch aus.

Grüße an die Berliner „Verbandsaktivisten“

Dr. Peter Münzberg
Dresden

Kindergärten laden Fördertagesstätten ein

DIE STÜTZE hat uns bei den ersten Fragen betreffs Behindertenverband des Kreises Kamenz sehr geholfen. Ist es möglich, die Zeitschrift regelmäßig zugeschiedt zu bekommen?

Anfang Januar saßen wir mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises zusammen und berieten die wichtigsten Punkte für das erste Halbjahr 1990. Da wir ein Landkreis sind, gibt es für Familien, die einen behinderten Angehörigen haben, keine Möglichkeit, besondere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Nun haben wir durchgesetzt, daß in der Kreisstadt in Zukunft Behinderten-Bekleidung verkauft wird. Kindergärten laden Gruppen der Fördertagesstätten zu Feiern und Veranstaltungen ein. Das klingt nicht weltbewegend, aber seit 1987 kämpfen wir um solche Kleinigkeiten. Und erst jetzt finden wir Partner, die uns und unsere Probleme verstehen.

Noch eine Bitte: Falls es schon ein Statut für einen Behindertenverband gibt, würden Sie es uns zuschicken?

Einen finanziellen Beitrag sollten Sie für DIE STÜTZE aber verlangen.

Für den Elternkreis geschädigter Kinder und Jugendlicher des Kreises Kamenz

Hannelore Feist
Elstra

Anteilmäßige Kriegsbeschädigtenrente

Unterzeichnender ist Altersrentner (66 Jahre) und Schwerstbeschädigter der Stufe III. Ich habe Anträge an das Ministerium für Arbeit und Löhne und den FDGB gestellt, für Kriegsbeschädigte weiterhin nach Erreichen ihres Rentenalters (Invaliden- oder Altersrente) anteilmäßig Kriegsbeschädigtenrente wie bei der Unfallrente zu zahlen. Der FDGB bestätigte mir, daß das bei der Rentenreform berücksichtigt werden soll.

Eine weitere Frage: Warum ist bisher im Behindertenverband keine Sektion von Kriegsbehinderten etabliert worden?

Ansonsten besteht bei mir persönlich das Problem, daß ich im Zuge der Strukturreform (?) in meinem jetzigen Betrieb, VEB Grünanlagenbau Berlin, 1020 Berlin, Panoramastraße 1, wo ich noch stundenweise als Mitarbeiter für Betriebsorganisation eingesetzt bin, trotz der VO zur weiteren Verbesserung der Unterstützung schwerstgeschädigter Bürger (GBI. I/Nr. 33/76, besonders nach § 5 – Gehirngeschädigte und Tumor) in einem anderen Betrieb sicherlich mit schlechteren Arbeitsbedingungen eingesetzt werden soll.

Dr. Wolfgang Lesnau
Berlin

(Anm. d. Red.: Wenn die Kriegsbehinderten eine eigene Sektion wünschen und benötigen, ist es an ihnen, sie sich selbst zu schaffen. Die spezifischen Interessen muß jede Gruppe selbst vertreten, der Verband bietet das Dach, unter dem man sich trifft und übergreifende Interessen benennt, um sie effektiv nach außen zu vertreten. Gegen eine „schleichende“ Unterwanderung bestehender Schutzgesetze wird sich der Verband immer wenden, z. B., indem wir hier den Sünder öffentlich namhaft machen.)

Letzte Instanz

Seit 30 Jahren linksseitig gelähmt zu sein, ist auch kein leichtes Schicksal. Die ganzen Jahre hat mich mein Mann mit Geduld und Fürsorge betreut. Leider verstarb er im September 1988. Ich kann mich nicht allein versorgen. Eine Hilfe war nicht zu bekommen. Ich bin inzwischen 73 Jahre alt geworden. Es blieb mir nichts weiter übrig, als in ein Heim zu gehen. Nun bin ich in Engelsburg gelandet. Das ist aber wirklich die letzte Instanz. Es fehlt an allem, und meine Eingaben haben nichts genützt, nicht einmal Antwort erhielt ich. Das Heim ist eingestuft in die Kategorie 4 mit geistig Behinderten. Ich habe nichts gegen diese armen Menschen, aber auch die übrigen alten Leute sind so abgestumpft, daß sie diese Zustände nicht mehr oder fast nicht mehr empfinden. Ich kann nicht sagen, wie lange ich mich noch gegen dieses Vereinnahmen wehren kann.

Sehr gern würde ich mich im Rahmen meiner Möglichkeiten einsetzen, Behinderten in einem entsprechenden Verband zu helfen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrer Arbeit.

Eva Talke
Ahrensdorf

Mutige Erklärung

Ich wohne in einem kleinen Kurort im Thüringer Wald und leide seit nunmehr fast 54 Jahren an einer „Friedreichschen Krankheit“. Ich habe trotz dieser Benachteiligung gegenüber den gesunden und leistungsstarken Schul- und später Berufskameraden meinen Facharbeiterbrief für Feinmechanik gemacht und über 26 Jahre in diesem Beruf gearbeitet. Heute bin ich Invalidentrentner und z. Z. ohne Arbeit.

Ich habe versucht, vor Medizinern auf meine Lage aufmerksam zu machen, doch ohne Erfolg. In den meisten Fällen wurde ich an eine Nervenklinik oder, was noch schlimmer gewesen wäre, an eine Pflegeanstalt verwiesen. Diese Experten sollten sich einmal ansehen, was ich auf unserem Grundstück bewirkt habe. Es ist ein angefangener Anbau. Er müßte bewohnbar und funktionsfähig gemacht werden. Aber ich bekomme keinerlei Unterstützung.

Selbst für den Fall, daß es für mich keine Heilung oder wenigstens einen Stillstand meines Leidens gibt und meine Kräfte mich verlassen, habe ich mich schon mit dem Gedanken getragen, den größten Teil meines Vermögens einer medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaft zur Erforschung dieser langjährigen, erbarmungslosen „Friedreichschen Erkrankung“ zur Verfügung zu stellen. Aber nicht einmal auf diesen Vorschlag wußten die Halbgötter in Weiß eine Antwort.

Sehr verehrter Herr Dr. Seifert, wenn Ihr Bild und Ihre mutigen Erklärungen mehr bewirken könnten, als nur eine halbe Seite in der WOCHENPOST (1/90) gefüllt zu haben, so erkläre ich mich mit den Initiativgruppen solidarisch.

Günter Schellenberg
Pappenheim (Thür.)

Amtliche Zusagen müssen gültig bleiben

Aus Gründen der Arbeitsproduktivität (meine Frau und ich sind Mitglieder des Lehrkörpers der Humboldt-Universität) und der Gesundheit (beidseitig Endoprothesenträger) beabsichtigen wir seit langem, nach Berlin zu ziehen und unsere Birkenwerdener Wohnung zu tauschen. Seit Februar 1989 sind wir im Besitz eines Schreibens von Oberbürgermeister Krack, in dem uns zugesagt wird, daß wir ab I. Quartal 1990 mit einer 4-Raum-Wohnung im Baukomplex Otto-Grotewohl-Straße rechnen können. Da wir uns inzwischen in diesem turbulenten I. Quartal befinden, aber noch keine Nachricht vom zuständigen Amt für Wohnungspolitik beim Magistrat erhielten, rief ich dort an und erfuhr, daß die Zusage keine Gültigkeit mehr besitze.

Bei allem Verständnis für neue Maßnahmen (neues Denken wäre eher nötig) scheint es uns doch der Überlegung wert, ob amtliche Zusagen vor der Wende mir nichts dir nichts aufgehoben werden können, ohne daß man sich darum kümmert, wie den Betroffenen dennoch geholfen werden kann.

Prof. Dr. Wolfgang Jacobeit
Birkenwerder

Keinen Schnee schippen– ab ins Heim?

Mein Mann (52 J.) und ich (48) sind beide Invaliden. Unterstützung finden wir nur in der eigenen Familie durch meine Mutter (65) und unseren Sohn (23). Ohne die beiden wären wir völlig aufgeschmissen. Uns wurde gedroht, durch Mitbewohner des Miethauses des VEB Gebäudewirtschaft, uns ins Heim zu bringen, wenn unser Sohn seinen Armeedienst leisten muß und wir keinen Schnee schippen und die Straße nicht fegen können.

Sigrid Seidler
Karl-Marx-Stadt

Schon die Luft raus?

Im Januar lösten wir unseren Rolli-Club auf und gründeten den provisorischen Behindertenverband Ueckermünde. Eine unserer ersten Initiativen ist ein 32-Punkte-Plan. Wir hielten es für nötig, mal aufzulisten, wo es überall mangelt und welche Barrieren sich vor uns auftürmen. Dieses Schreiben sandten wir in die verschiedensten Gremien (Rat der Stadt, des Kreises, des Bezirkes, bis zur Regierung). Auch die Parteien auf allen Ebenen erhielten so ein Exemplar. Die ersten Antworten sind eingegangen. Man sichert uns eine zügige Bearbeitung zu. Über die Verwirklichung einzelner Punkte erhalten wir Zwischenbescheide. Dieser Punkteplan soll nur eines unserer Vorhaben sein. Gegenwärtig sind wir dabei, Kontakt zu anderen Gruppen herzustellen. Mit dem Kreis Rügen ist das bereits geschehen.

Viel versprechen wir uns von der Berliner Initiativgruppe, weil doch gerade dort die Fäden zusammenlaufen. Ja, und dieses Schreiben möchte ich als Kontaktaufnahme verstanden wissen. Irgendwie ist bei uns jetzt ein wenig Luft 'raus. Wir debattieren viel, wie es weitergehen soll. Über viele verwinkelte Kanäle bekamen wir DIE STÜTZE in die Hand. Endlich, kann man da nur sagen! Wäre es möglich, unserer Gruppe jeweils 15 Exemplare des Journals zur Verfügung zu stellen?

Unsere Kontaktadresse: Lothar Tietz & Marlen Deutsch, Straße der Befreier 51, O – 2120 Ueckermünde.

Michael Meinke
Ueckermünde

Behindertengerechte Bauprojektierung

Lieber Ilja! Schön, daß mit der STÜTZE ein redaktioneller Anfang auf unserem Territorium da ist. Bis auf Dein persönliches Bekenntnis ist die mir vorliegende Nr. 1 von meinem Bekanntheitskreis auch positiv aufgenommen worden.

Für die weitere Arbeit nur ein paar Anregungen:

- Wenn die Reaktionen auf einen Artikel da sind, der am 16. 2. in unserer Kreiszeitung erschien, möchte ich mich betreffs Verbandsarbeit hilfesuchend zwecks Anleitung an Dich wenden.
- Bei den gesamtdeutschen Bestrebungen denke ich an zwei einzubringende Grundsätze: 1. Grundrente auch für Geschädigte, die sich keinen Rentenanspruch durch Arbeit verdienen konnten. 2. Unbegrenzter Zuverdienst für Sonderpflegegeldempfänger.
- Mein Hilfsangebot an den Verband in Berlin ist nicht richtig angekommen, deshalb eine Wiederholung: Ich biete mich für die behindertengerechte Projektierung der Wohn- und Umwelt auf zentraler Ebene an, da ich als Bauingenieur im Rollstuhl mehr Einfühlungsvermögen als manch anderer mitbringe.

Hans-Friedrich Härter
Templin

Anm. von I. S.: Wenn jemand meine politische Meinung nicht teilt, habe ich dafür Verständnis. Trotzdem sollte jeder die seine äußern dürfen. Für wirklich wichtig erachte ich, daß wir im Verband unvoreingenommen zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang geht mir der Ruf nach „Anleitung“ aus Berlin schon zu weit. Natürlich freue ich mich, wenn sich jemand vertrauensvoll an mich persönlich wendet. Dennoch verstehe ich das als Zuschrift an den Verband. Das Volk der DDR erkämpfte doch die Freiheit gerade darum, weil es allerorten selbst bestimmen wollte!

Ein guter Vorschlag

Schon sehr lange beschäftige ich mich mit dem Leben Behinderter. Erst waren es „nur“ Bücher und dann das Studium für Hilfsschullehrer in Rostock. In dieser Zeit hatte ich sehr enge Kontakte zu einer Fördereinrichtung für geistig behinderte Kinder und habe dort die sogenannte „Integration“ von Behinderten in unserer Gesellschaft kennengelernt und auch schmerzhaft erlebt. Auch in der heutigen Arbeit mit Hilfsschülern stehe ich noch des öfteren vor diesen Problemen.

Mit großem Interesse habe ich daher die Aktivitäten verfolgt und zum Teil erlebt, die von Ihnen zur Gründung eines Behindertenverbandes ausgehen. Sehr richtig finde ich, daß in diesem Verband Behinderte die Inhalte, Tätigkeiten usw. bestimmen. Gleichzeitig hat mir der Vorschlag zur Gründung eines „Freundeskreises Behinderter“ auf der Versammlung am 13. 1. 1990 gut gefallen. Hier würde ich gern, falls dieser Vorschlag angenommen wird, meine Hilfe anbieten und mitarbeiten. Aktivitäten, die ich mir in diesem Bereich vorstellen könnte, wären z. B. Unterstützung von Eltern, wie in der ersten Ausgabe der „STÜTZE“ im Beitrag „Dani“ angeregt, Kontakte zu Behinderten, die alleinstehend sind oder in Heimen wohnen müssen (gemeinsame Freizeitunternehmungen, Hilfe beim Einkauf, in der Wohnung usw.), Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung von Kinderferienlager u. ä.

Kathleen Letzin
Berlin

Gedanken zum Gründungsaufwurf

a) welche Struktur soll der Verband haben:

1. fachlich: gegliedert nach Diagnosegruppen ...
2. territorial: gegliedert nach Bezirken (Ländern), Kreisen ...

b) zu Grundsätzen: unabhängig von Konfessionen, Parteien usw.

c) zur Finanzierung:

1. Mitgliedsbeiträge
2. Zuschüsse von den staatlichen Organen

d) zu den Arbeitsgruppen: Ärztliche Beratung, Rechtsfragen, Bauwesen – Verkehr – Post, Rehabilitationstechnik, Arbeit und Bildung, Erholung – Kultur – Sport, Landeskultur bzw. Ökologie, Öffentlichkeitsarbeit bzw. AG Medien, Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mitglied sollten alle Behinderte sowie Interessierte, Angehörige, Freunde werden können. Personen, die in spezifischen Verbänden organisiert sind, sollten mit Beitritt sogleich Mitglied des Verbandes sein.

Weiterhin meine ich, daß die Bildung eines Verbandes MS-Erkrankter dringend erforderlich ist. Selbst bin ich bereit und willens, in meiner Stadt und meinem Kreis Bützow daran mitzuarbeiten, den Mecklenburger Verband Multiple-Sklerose Erkrankter (MVMSE) ins Leben zu rufen. Das kann ich nicht allein bewältigen.

Ich bin bereit, meine Adresse als Kontaktadresse für Interessierte im Kreis Bützow und angrenzende Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Hans Beck
Bützow

Vorschläge für ein verändertes Arbeitsgesetz

Freistellung von Familienangehörigen laut AGB:

- Familienangehörige, die in der Wohnung des zu Pflegenden bzw. im eigenen Haushalt einen Angehörigen pflegen, sind laut ärztlichem Attest von der Arbeit freizustellen. Der Arzt und die örtliche Sozialkommission legen die täglichen Pflegestunden fest, die dann zur Arbeitsfreistellung führen.
- Die Familienangehörigen legen selbst fest, wer die Freistellung in Anspruch nimmt. Jeder Werkstätige, der pflegt, ist als „Hauswirtschaftspfleger“ im Buch der SV einzutragen. Er erhält für die festgelegten Pflegestunden einen von der SV festzustellenden Stundenlohn. 1. und 2. Arbeitsverhältnis für die Pflegestufe I und II muß möglich sein und ist mit dem Betrieb zu vereinbaren.
- Familienangehörige (alle Erbberechtigten), die wegen einer häuslichen Pflege keine andere Arbeit aufnehmen können, erhalten die Berufsbezeichnung „Hauswirtschaftspfleger“ im SV-Ausweis eingetragen. Sie erhalten Lohn, Urlaub, Haustag usw. laut Rahmenkollektivvertrag wie jeder andere Berufstätige. Sie nehmen ihr Arbeitsverhältnis bei der Volkssolidarität auf, wo sie in einem Kollektiv – Brigade der Hauswirtschaftspflege – aufgenommen werden. Über die Brigade erhalten die Betreuer als Werkstätige und die betreute Person weitere Unterstützung.

Ich komme zu dieser Auffassung und schlage diese Version vor, weil u. a. in der „Tribüne“ vom 10. 1. 1990, S. 2, in fälschlicher Weise von im Haushalt lebenden Familienangehörigen und nur von der Pflege bei den Pflegestufen III und IV sowie der Sonderpflegestufe ausgegangen wird. Ich bin der Meinung, daß diese meine Anregungen bald zu realisieren sind, ohne daß das AGB insgesamt geändert bzw. überarbeitet werden muß.

Harry Hildebrandt
Cottbus

Eine „unbotmäßige“ Wortmeldung

„Unser Wertmaßstab ist der Umgang mit den Schwächsten“. Unter dieses Thema stellte Klaus Erforth, der Vorsitzende der Vereinigung Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen Berlin, DDR, am 20. März die „Besetzung“ der Etage des Oberbürgermeisters Dr. Hartenhauer im Berliner Roten Rathaus. Eltern, Kinder, Angehörige, Freunde, Behinderte und Mitarbeiter füllten den nicht gerade günstig gewählten Vorraum des Wappensaales, hatten Transparente und eine Gitarre mitgebracht. Anliegen war es, gegen die Verschleppungstaktik für den Baubeginn einer dringend notwendigen Tagesstätte für geistig behinderte Kinder und Jugendliche zu protestieren. Bevor die eigentliche Aktion begann, schickte Herr Hartenhauer am Montag ein Telegramm, in dem er den Bau (...) nun doch bewilligte. Doch es ging den Initiatoren dieser Aktion nicht nur um die Tagesstätte. Vorhandene Einrichtungen bieten bei weitem nicht genügend Platz, Spielplätze bei den Tagesstätten sind zu klein und meistens weit weg. Katastrophale hygienische Bedingungen, Waschbecken zu hoch, Mischbatterien defekt, Duschen kaputt (...). Die Betroffenen sind mißtrauisch geworden im Laufe des Jahres. Auf Versprechungen geben sie nichts mehr (...). Sie fühlen sich als Verantwortliche von Kindern, die man in die städtischen Ecken drücken will, möglichst entfernt von den Prachtstraßen. Doch ist ihre Lebensqualität auch ein Stück Kultur in dieser Stadt.

Elke Kübler
Berlin

Nachtrag

Noch am gleichen Tag saßen zehn Handwerker in der Tagesstätte Tucholskystraße 13 und wollten mit den Reparaturen beginnen. Was bisher nicht erreicht werden konnte, wurde möglich durch diese Aktion. Macht das nicht Mut.

Auf allen vieren durch die Wohnung

Täglich erreichen den Berliner Behindertenverband Briefe, in denen Behinderte ihre Probleme schildern. Aus Lauchhammer eilte ein Hilferuf zu uns. Er ist ein so typisches Beispiel für unsere amtliche Bürokratie, das er heute stellvertretend für ähnliche Fälle in der STÜTZE Platz findet.

Liebe Freundel! Wir möchten uns aus zwei Gründen an Sie wenden:

1. möchten wir Mitglied werden. Wir sind gehbehindert, meine Frau hat eine Art Querschnittslähmung, die durch eine notwendige Operation im Kindesalter verursacht wurde. Sie ist jetzt 32 Jahre, hat einen Beruf als Schreibtechniker, sie arbeitet von 8.00 bis 12.00 Uhr in der Abteilung Absatz des VEB Braunkohleveredlung Lauchhammer. Ich bin 29 Jahre und Spastiker, arbeite im selben Betrieb, mit derselben Arbeitszeit. Bin gelernter Wirtschaftskaufmann, arbeite aber seit Jahren als Pförtner, da der Betrieb nicht in der Lage ist, mich wenigstens berufsnah einzusetzen.

Wir laufen beide mit Unterarmstützen, meine Frau hat für draußen einen Rollstuhl, aber für weite Strecken fahren wir beide einen Versehrtenrabad.

2. müssen wir jede Möglichkeit nutzen, die die geringe Chance bietet, daß uns geholfen werden kann. Es ist sehr traurig, daß ich gleich mit Problemen kommen muß. Aber bitte, lesen Sie diesen Brief erst zu Ende. Wir kämpfen seit etwa vier Jahren um eine rollstuhlgerechte Wohnung. Oder – und das wäre uns noch viel lieber – eine Altbauwohnung, die groß genug ist, daß meine Frau ihren Rollstuhl auch in der Wohnung benutzen kann, jetzt ist das aus Platzgründen nicht möglich. Wir haben eine ganz normale Zweiraumwohnung mit Stadtgasheizung. Dies wünschen wir uns auch wieder, nur rollstuhlgerecht!

Eine weitere Forderung von uns ist, in einen Ort ziehen zu können, wo eine gute fachmedizinische Betreuung gewährleistet

ist, denn meine Frau ist auch nierenkrank. Aber auch bei der Behandlung von den Nebenerscheinungen meiner Behinderung (z. B. Schleimbeutelentzündung, Wasser usw.) wurden hier grobe Fehler gemacht, die meine Gesundheit stark verschlechtern.

Um unsere Wohnung zu säubern oder Dinge von einem Raum in den anderen zu transportieren, müssen wir auf dem Fußboden knien. Das verkraften wir auf Dauer gesundheitlich nicht. Eingaben an den Rat der Stadt, des Kreises bzw. Bezirkes haben auch jetzt nach der Wende ähnliche Antworten wie an den Staatsrat der DDR. (Die Antwort, die als Anlage beiliegt, enthält nur den Verweis auf die Zuständigkeit der örtlichen staatlichen Organe – M. Sch.)

Wir können nach den ganzen Enthüllungen über unsere frühere Regierung nicht mehr einsehen, daß wir noch weitere Jahre auf eine rollstuhlgerechte Wohnung warten sollen, wo wir sie ganz dringend brauchen! Wir wollen keine Villa, nur eine Wohnung, die unsere Selbständigkeit unterstützt und wir nicht mit 40 Jahren noch auf allen vieren kriechen müssen. Wo bleibt die Sorge um den Menschen in diesem Staat, wo die Menschenwürde? Wir bitten Sie, uns zu helfen!

Vielen Dank im voraus und herzliche Grüße

Birgit und Mirko Genz
Lauchhammer

Gründung dringend nötig

Die bevorstehende Gründung eines Behindertenverbandes für alle Behinderten halte ich für dringend nötig. Auch ich bekenne mich zur Idee des Sozialismus, auch wenn ich Christ bin (parteilos). Ich glaube, beide Richtungen haben viel Gemeinsames. Auch im Namen des Christentums wurde viel Unrecht begangen, aber es haben sich immer wieder Menschen gefunden, die zum Grundgedanken zurückgefunden und ihn weitergetragen haben. Ich hoffe, daß dies auch mit der kommunistischen Idee geschieht.

Ich würde einen Behindertenverband auf Grundlage des Vorschlages von der Rollstuhl-Sportgruppe Rudolstadt-Saalfeld (STÜTZE 2/90) befürworten. Eine parteiliche Finanzierung oder staatliche lehne ich ab. Für die Gründungsversammlung wünsche ich sehr viel Erfolg, vor allem, daß sich die vielen bestehenden Gruppen und Verbände zu diesem gemeinsamen Dachverband bekennen.

Siegfried Jukiel
Triebes/Thüringen

Warum „Strafgebühren“?

Am 3. März haben wir für den Kreis Königs Wusterhausen einen Behindertenverband gegründet, in dem sowohl die geistig Behinderten als auch die körperbehinderten Bürger Mitglied werden können. Ich bin 64 Jahre alt und Kriegsbeschädigter (oberschenkelamputiert seit 1944). 46 Jahre gehöre ich nun schon in der DDR der „Schicht der Totgeschwiegenen“ an.

Auf der Gründungsversammlung wurden viele Probleme angesprochen, unter anderem dieses, für das Sie sich bitte mit Nachdruck einsetzen möchten: sofortige Befreiung von den Genehmigungsgebühren für die Einfuhr von Kraftfahrzeugen für schwer Gehbehinderte (Beinprothesenträger und Rollstuhlfahrer) nach Anordnung Nr. 6 vom 3. 11. 89 (Gbl. Nr. 77 S. 246).

Wenn schon ein Behinderter das Glück hat, einen Pkw ohne Wartezeit „von drüben“ zu bekommen, so muß er noch „Strafgebühren“ in Höhe von wenigstens 3 000 bis 5 000 Mark bezahlen. Für einen Gehbehinderten ist doch ein Pkw kein Luxusartikel wie für viele andere Bürger.

Guido Gube
Zeuthen

Selbsthilfwerkstatt

Wir sind beim Aufbau einer Selbsthilfwerkstatt für Spielmittel und Hilfsmittel für Behinderte. Viele Jahre arbeiteten wir fast ausschließlich in Holz, aber die Hilfe zur Selbsthilfe beschränkt sich nicht auf bestimmte Materialien. Seit Öffnung der Grenzen arbeiten wir gemeinsam mit Eltern in der Erfinderwerkstatt Westberlin, die Mobile für Behinderte entwirft und gestaltet. Dort haben wir gute materielle Voraussetzungen und können unsere gemeinsamen Ideen verwirklichen.

Jeden Samstag herrscht dort rege Erfindertätigkeit für Ost und West, denn Einzelanfertigungen, wie Zweisitzer mit vier Rädern, sind auch bei Westberlinern gefragt und vor allem ein finanzielles Problem.

Die ersten Produkte dieser deutsch-deutschen Zusammenarbeit fahren bereits in der Tagesstätte Eichbuschallee Berlin-Treptow.

Markus Obstück
Bernau

Mehr Mitspracherecht

Wie soll es weitergehen mit den Rehabilitationszentren in den Städten? Sollen sie über uns weiter bestimmen? Oder werden diese reduziert? Es ist an der Zeit, daß hier ein Behinderter Mitspracherecht bekommt. Ein körperlich Behinderter weiß wohl am besten, wo und was innerhalb der Stadt die Probleme sind. Hier werden gegenüber dem Verband Informationen und Auskünfte verweigert mit der schönen Ausrede Dienstgeheimnis und Schweigepflicht. Wir haben seitens der Verbandes um Mitarbeit und Zusammenarbeit gebeten. Das wurde uns auch versprochen, doch leider sieht die Wirklichkeit hinterher anders aus.

Zum Thema Verkehr: Wer als Behinderter mit Bus oder Bahn fahren muß, wird uns bestätigen, daß die Behinderten-Plätze schlecht, ja fast gar nicht mehr gekennzeichnet sind. So kommt es immer wieder vor, daß die Behinderten stehen müssen. Hier müßten die Bahndirektion und der Kraftverkehr Anweisungen erhalten, damit diese Angelegenheiten schnell behoben werden.

Ein genehmigter Behinderten-Parkplatz vor dem Haus muß unter gesetzlichem Schutz stehen. Hier werden meist die Türen zugestellt, auch wird der Wagen so eingekeilt, daß ein Fortkommen unmöglich ist.

Zu Pflege und Hilfe: Durch die gute Zusammenarbeit mit dem DRK sind wir in der Lage, alleinstehenden behinderten Bürgern zu helfen. Sie bekommen einmal in der Woche einen Sozialhelfer für Einkaufsdienste, Wohnungshilfe oder Unterhaltung und so weiter. Des weiteren läuft eine Vereinbarung mit dem DRK, daß ab 1. Mai im Zivildienst die Pflege und Betreuung als Krankheits- oder Urlaubsvertretung übernommen wird und somit der Behinderte nicht in ein Krankenhaus oder Pflegeheim ziehen muß.

Max Schult
Greiz

Siedlungen für Behinderte?

Auch ich als körperbehinderte zwanzigjährige Frau möchte mich an der Arbeit des Behindertenverbandes beteiligen und meine Erfahrungen beziehungsweise mein eigenes Schicksal, von dem ich betroffen bin, schildern. Ich bin geh-, sprach-, handbehindert. Ich übe die Tätigkeit eines Maschinenschreibers aus und arbeite im Rehabilitationszentrum in Leipzig. Daher kenne ich die Probleme unserer behinderten Menschen ganz genau und weiß, daß diese nicht so einfach zu lösen sind.

Beispielsweise möchte ich den Vorschlag kritisieren, Behinderte in gemeinsamen Wohn- und Arbeitssiedlungen wohnen zu lassen. Es ist nach meiner Meinung deshalb nicht gut, einmal weil man das Leid eines anderen kranken Menschen sieht, zum anderen weil diese Menschen auch einmal die Hilfe eines Gesunden brauchen. Zumindest müßte darauf geachtet werden, daß neben den Blöcken für Behinderte auch solche Blöcke entstehen, in denen zum Beispiel Krankenschwestern oder andere Menschen wohnen, die den Behinderten helfen können.

Sylke Prager
Leipzig

Pflege – ein Leben lang

Mit diesem Schreiben möchte ich auf ein wichtiges Detail innerhalb der Behindertenpolitik aufmerksam machen. Es ist die Situation der Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten (auch Ehepaare) und ihrer schwer- und schwerstgeschädigten Kinder. Man versteht nämlich allgemein unter Behinderten den im Arbeitsprozeß stehenden Erwachsenen, dem eine soziale Gleichstellung und Integration gewährt werden soll ... und dann geht es vielleicht auch noch um behinderte Kinder. Die Probleme der Erziehungsberechtigten beziehungsweise Eltern werden dabei kaum berücksichtigt. Selbst beim Behindertenverband habe ich den Eindruck, daß sie eine Randgruppe darstellen. Die Probleme dieser Gruppe beginnen oftmals mit der Geburt des Kindes, gehen über das Schulalter, die Berufsausbildung beziehungsweise das Studium und enden zum Teil erst mit dem Ableben des Kindes. Den Eltern obliegt somit die ganze Schwere der Erziehung, Versorgung der Kinder im Gesamtkomplex auch mit allen daraus resultierenden psychologischen Problemen, die sie vielfach selbst an den Rand ihrer psychischen und physischen Leistungsgrenze bringt. Diese Aufgaben können ohne Unterstützung des Staates in materielle Form einschließlich der Freizeitgewährung beziehungsweise Freistellung von der Arbeit nicht bewältigt werden. Ich möchte aus dem Verantwortungsbereich der Eltern anschließend nur auf einige Details aufmerksam machen:

- Transport in den akuten Phasen zum Krankenhaus oder zu speziellen Untersuchungen (in Abstimmung mit den behandelnden Ärzten); Absicherung des langfristigen Transportes stationär behandelter Kranker zum Besuch an den Wochenenden im Elternhaus, insbesondere für nicht gehfähige Patienten
- Gewährung des täglichen Besuches bei kranken Kindern in schweren Krisensituationen
- Generelle Versorgung, Betreuung und Erziehung der Kinder

- Durchführung notwendiger physiotherapeutischer Maßnahmen in speziellen Zentren (einschließlich Transport) beziehungsweise in der elterlichen Wohnung
- Durchführung des direkten schulischen Unterrichts beziehungsweise Organisation zum Beispiel von Hausunterricht und so weiter
- Sicherung der Integration Behinderter.

Oftmals muß ein längerfristiges Aussetzen der Berufstätigkeit eines Elternteiles durchgeführt werden. Auch Selbsthilfegruppen können nur fördernd die Probleme lösen helfen.

Ich hoffe, mit diesem Beitrag einen Denkanstoß gegeben zu haben.

Horst Richter
Berlin

Den Partner nicht überlasten

Ich bin jetzt 42 Jahre alt und seit nunmehr 20 Jahren auf den Rollstuhl angewiesen, nicht an ihn gefesselt. Der Rollstuhl ist mir zum „Freund“ geworden, obwohl ich mich anfangs gegen ihn aufgelehnt habe. Er bringt mich überall hin und ermöglicht mir die Teilnahme am Leben. Das alles mußte ich erst erkennen und den Rollstuhl als notwendigen Begleiter und festen Bestandteil meines Lebens akzeptieren.

Mein Mann ist körperlich gesund, war aber seelisch mal sehr krank und bekommt genau wie ich nur eine kleine Rente. Unsere Partnerschaft besserte sein Leiden sehr. Wir bewohnen hier in Mühlhausen eine schöne Behinderten-Wohnung. Aber 7 Jahre lang macht mein Mann schon ohne Pause Tag und Nacht alle erforderlichen Arbeiten. Ganz allein meine Betreuung und Pflege. Das überfordert ihn oft sehr, und es belastet auch mich, wenn ich seinen erschöpften Zustand sehe, habe ich dann „Schuldgefühle“.

Eines meiner größten Anliegen ist es, daß es endlich Häuser gibt, wo wir menschenwürdig leben können, wo wir genügend Wohnraum haben und wo wir versorgt werden können, damit Menschen mit Behinderungen nicht mehr in Altersheimen dahinvegetieren müssen. Denn auf Dauer ist der Haushalt und die ganze Pflege für eine Person allein eine Belastung und wird zuviel.

Theresia Weber
Mühlhausen

436 Mark Invalidenrente bei 49 Arbeitsjahren!

Zu einer Veröffentlichung in DIE STÜTZE 3/90, Seite 24, anteilmäßige Kriegsbeschädigtenrente: Dr. Wolfgang Lesnau aus Berlin hat recht. Das Problem hat mir seit vielen Jahren den Kopf zermartert. Viele Briefe habe ich deshalb geschrieben, an den FDGB-Bundesvorstand, den Staatsrat und die Abt. Sozialfürsorge beim Rat der Stadt. Erfolg gleich Null. Als doppelfußamputierter Kriegsinvalid (80 %) und laut Ausweis Schwerstbeschädigter erhielt ich eine Kriegsbeschädigtenteilrente von 118 Mark. Dabei konnte man einen Bruttoverdienst von 600, 1 200 oder 1 800 Mark haben. Diese Rente bekam man. Als ich 1986 mit 62 Jahren nach Unfall und siebenmonatiger Krankheit invalidisiert wurde und von der SV bei 49 Arbeitsjahren 436 Mark Invalidenrente erhielt, fiel die Kriegsbeschädigtenteilrente weg. Was für eine Paradoxie und unsoziale harte Maßnahme. Das habe ich nie begriffen und begreife es heute noch nicht. Als ob die erhöhten Aufwendungen eines Amputierten als Rentner mit einemal wegfielen? Hoffentlich erhalten wir hier bald eine echte Hilfe.

Günter Weißenborn
Weimar

Grenzenlose Behinderung

Mein Name ist Nemera Desisa, und ich komme aus Äthiopien. Im Jahre 1978 wurde ich in Äthiopien bei einem Überfall schwer verletzt, so daß ich heute mit einer Querschnittslähmung im Rollstuhl sitze. In die DDR kam ich 1983. Ich habe an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst studiert und Ende 1988 mit dem Titel Diplomökonom abgeschlossen.

Hier in der DDR habe ich meine Frau kennengelernt. Ein knappes Jahr mußten wir warten, bis wir am 16. 2. 90 die Ehe schließen konnten und ich die Genehmigung für den ständigen Wohnsitz in der DDR bekam. Nach Beendigung meines Studiums hatte ich keine Arbeit. Anfang des Jahres 1989 war ich beim Amt für Arbeit Lichtenberg vorstellig, um mich um eine Arbeit zu bemühen. Ich bekam keine Arbeit vom Amt für Arbeit mit der Begründung, daß ich keinen roten Ausweis (also ständigen Wohnsitz) der DDR habe und somit nicht berechtigt wäre, hier Arbeit aufzunehmen.

Seitdem ich das Studium beendet habe, war ich ohne jegliche Unterstützung bzw. Stipendium und lebte hier von dem Geld meiner Freundin (meiner jetzigen Frau).

Ich wandte mich auch mit einem Schreiben am 20. 2. 89 an das damalige ZK der SED, an den Generalsekretär Honecker. Jedoch ohne Erfolg, ich bekam eine negative Antwort. Jetzt bin ich verheiratet, ich habe eine Frau und 2 Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren. Am 27. 2. 90 war ich wieder beim Amt für Arbeit Lichtenberg, um einen Arbeitsplatz vermittelt zu bekommen, da ich nun seit Anfang Februar 1990 Inhaber eines roten Ausweises der DDR bin. Einen Arbeitsplatz gab es wiederum nicht für mich. So stellte ich einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung. Am 27. 3. 90 erhielt ich vom Amt für Arbeit Berlin-Lichtenberg einen Ablehnungsbescheid, datiert vom 22. 3. 90.

Meine Frau kann doch für alles aufkommen! Ich bin arbeitsfähig, und ich möchte arbeiten.

Nemera Desisa
Berlin

Angelika – 35 Jahre alt – Rollstuhlfahrerin

Da ich noch nicht im Altersheim landen möchte, versuche ich – mit Hilfe eines eigenen Wohnprojektes –, mein Leben neu zu gestalten. Dazu brauche ich viele Mitstreiter, die Mut und Spaß daran haben, mir wochenweise (nach Absprache) in vielerlei Hinsicht zur Seite zu stehen (z. B. beim Aufstehen, An- und Ausziehen, Auf-den-Topf-Gehen, bei häuslichen Arbeiten).

Ich habe sehr vielseitige Interessen (Literatur, Film, Musik, Handarbeit u. a.), bin meistens fröhlich und aufgeschlossen, liebe aber auch die ruhigen Stunden. Wer hat Lust, mich kennenzulernen und mitzumachen?

Ich wohne in Berlin, 1142, Otto-Winzer-Str. 50/Whg. 0207 und bin telefonisch zu erreichen unter der Rufnummer Berlin 3 31 17 55.

Angelika Wedel
Berlin

Am Rande des Existenzminimums

Ich möchte auf diejenigen Invalidenrentner hinweisen, die nicht in der Lage sind, sich einen zusätzlichen Erwerbsverdienst schaffen zu können. Ich meine damit nicht nur die geistig oder körperlich so stark geschädigten Menschen, die betreut werden müssen. Es gibt da auch Menschen, die gesund aussehen, sich auch meistens allein zurechtfinden können, aber z. B. schwerstherzkrank sind oder andere kaum sichtbare Leiden haben und deshalb invalidisiert werden mußten. (Die auch zusätzliche Heimarbeit nicht vertragen.) Zur näheren Erklärung in Kurzform so ein Fall wie beispielsweise meiner: 1940 mit 2 Herzfehlern geboren worden, 1955 schwere Herzhautinnenentzündung, 1956 konnte ein Herzfehler operiert werden – der andere bestand weiter, bis es 1980 möglich war, mir mit Hilfe der Herz-Lungen-Maschine eine Aorten-Bio-Prothesenherzklappe zu implantieren. Diese ist leider dem Verschleiß unterworfen und muß, wahrscheinlich bald, ausgewechselt werden, was eine dritte Herz-OP bedeutet. Ich traute mir trotzdem zu, zwei Kinder zu gebären. Man hat auch noch als Frau und Mutter einige Ansprüche mehr als vielleicht ein ganz alter Mensch. Bei einer jährlichen Urlaubsreise kann ich eine lange Fahrt nicht durchhalten. Meistens kostet das zwei Hotelübernachtungen extra, um die Strecke zu teilen. Ich leide oft an schweren Herzanfällen, die Kraft kosten. Übrigens war ich fünf Jahre berufstätig im Büro, nach Familiengründung aber zu krank. Es wäre also wünschenswert, wenn man bei der neuen Rentenverteilung auch solche Randgruppen positiv berücksichtigen kann, bitte!

Denn man wurde zum seelischen und körperlichen Leiden zusätzlich bestraft, am Existenzminimum dahinleben zu müssen.

Inge Amberg
Großröhrsdorf

Willkür der Post

Ich wende mich mit einer großen Bitte an Sie, mir zu helfen. Mein Mann ist schwerstbeschädigt, er ist gelähmt. Mit 51 Jahren (1978) wurde er Invalidenrentner.

Ich bin mit 55 Jahren Invalidenrentner geworden (schwerer Bandscheibenschaden). Durch die Pflege beim Heben meines Mannes hat sich meine Behinderung immer mehr verschlimmert.

Seit September 1986 haben wir nach mehreren Anträgen, die durch ärztliche Atteste bestätigt wurden, einen Telefonanschluß bekommen. Es war für uns eine sehr große Hilfe.

Am 5. April 1990 ist aber der für uns so notwendige Telefonanschluß ohne Ankündigung weggenommen worden. Das trifft uns sehr hart. Im Dezember 1989 mußte ich meinen Mann ins Pflegeheim geben, da ich es in meinem Gesundheitszustand nicht mehr schaffte, ihn allein zu pflegen. Öfters wurde ich aus dem Pflegeheim, in dem mein Mann liegt, angerufen, und ich konnte mir dadurch oft den Weg zu ihm ersparen.

Seit Jahren muß ich ein Stützkorsett tragen, und manchmal komme ich ohne fremde Hilfe nicht aus dem Bett. Da half es mir manchmal, durchs Telefon Hilfe zu holen. Eine Frau, die nicht weit wohnt, kam dann, um mir zu helfen.

Wenn ich dringend Hilfe brauche, dann kann ich auch nicht mehr meine beiden Söhne anrufen. Und wenn mein Mann etwas brauchte, konnte ich mir ein Taxi rufen.

Die Post kann doch nicht einfach einen Anschluß wegnehmen, ohne zu wissen, was sie damit anrichtet! Es müßte zumindest doch vorher geprüft werden, wie notwendig ein Telefon für den Teilnehmer ist. Diese Handlungsweise ist doch sehr unsozial, um nicht zu sagen unmenschlich. Am 9. April 1990 schrieb ich an das Fernsprechamt in der Tucholskystraße, aber von dort werde ich wohl vergeblich auf Hilfe warten können. Jetzt bin ich von der Umwelt abgeschnitten.

Edeltraud Bartel
Berlin

Einen Konsens finden

Ich lehne den Anspruch des Blindenverbandes, nur und als einziger mich vertreten zu können, ab. Auch halte ich eine gemeinsame Organisation aller Behinderten, was ja die spezifische Fürsorge nicht ausschließt, für sehr gut. Sehbehinderte möchten oftmals etwas vorgelesen haben, und vielleicht würden anders behinderte Menschen gerne z. B. auf Kassette lesen. Das Absenken des Bordsteins hätte ebenfalls abgestimmt werden können, mit dem Ergebnis wie in Westberlin, nur bis auf etwa 3 cm abzusenken, was Rollstuhlfahrer überwinden können, aber auch Führhunde noch als Stufe erkennen.

Ich bin also dafür, daß der Behindertenverband der DDR alle Behinderten vertritt und ihre Interessen gegeneinander abwägt.

Günter Tepper
Berlin

Eisenbahnfahren für Rollstuhlfahrer

Eisenbahnfahrten sind für Rollstuhlfahrer immer noch ein Problem. Hat man einen Zimmerrollstuhl, so wird man mit diesem manuell in den Packwagen gehoben und kann die Fahrt als Stückgut fortsetzen. Mit einem Elektrorollstuhl ist das nicht möglich. Man sagt uns, es gäbe auf den Bahnhöfen Hebegeräte. Aber welcher Rollstuhlfahrer ist in der Lage, in Windeseile an so ein Gerät heranzukommen, besonders wenn er ohne Begleiter ist? Nun, es gibt ihn ja, den „Spezialwaggon für Behinderte“. Nur die hydraulische Hebevorrichtung wurde einfach vergessen!

Wir haben doch auf dem Kongreß in Berlin gesehen, daß es Busse mit einer derartigen Einrichtung gibt. Also warum nicht auch für Eisenbahnwaggons? Ich denke, wir müßten auch bei diesen Verkehrsproblemen einmal weiterkommen. Ich möchte mich gern dafür einsetzen.

Oskar Hädrich
Stendal

Herzlosigkeit ohne Beispiel

Ich bin 54 Jahre alt, Invalidenrentnerin seit 1. Mai 1982 und an beiden Hüften operiert. Aber die rechte Seite ist und bleibt zu schwach, so daß ich keine öffentlichen Verkehrsmittel allein benutzen kann. Wir haben eine Altbauwohnung mit Außentoilette, und nehmen Sie mal alle zwei Stunden ein Schmerzzäpfchen, da wissen Sie nicht, wie Sie neun Treppen tiefer kommen. Ich bin oft die Treppen heruntergerutscht, um auf die Toilette zu kommen. Vom Wohnungsamt erfuhr ich, daß ich auf der Dringlichkeitsliste stehe, aber für 1990–1991 sei es zwecklos nachzufragen. Man könnte mir keine Hoffnung machen, daß ich mit dran komme. Nun kommt noch dazu, daß mein Mann schon mal einen Schlaganfall hatte und an Durchblutungsstörungen im Gehirn leidet. So sitze ich mitunter zwei, drei oder vier Tage im ungeheizten Raum, weil er keine Kohlen geholt hat. Ich kann kein Feuer machen, keine Wäsche aufhängen, dehnen und bücken geht überhaupt nicht, keinen Dreckhaufen aufkehren, keine Hausordnung machen, keine Fenster putzen, keine Gardinen wechseln, keine schwere Tasche hochtragen in den zweiten Stock, keine Türen säubern, keine Füße waschen, keine Nägel schneiden, manche Tage auch keine Strümpfe anziehen.

Anita Hergesell
Dresden

Keine Vereinnahmung

Verbandsaufbau, Berichterstattung und Präsenz sind wichtig, noch wichtiger ist jedoch eine wirksame Hilfe für Behinderte. Damit, so meine ich, kann nach zwei oder drei Monaten noch nicht in großem Umfang gerechnet werden, auch wenn es viel Ungeduld und Nachzuholendes gibt. Die Zeit seit der Verbandsgründung und sicherlich noch die nächsten Jahre werden – auch für den Behindertenverband – in vielerlei Hinsicht eine Lehrzeit sein. Neben dem sicherlich wichtigen Organisationsaufbau – einschließlich der Schaffung materieller Voraussetzungen – darf Ziel und Zweck des Verbandes nicht weniger intensiv verfolgt werden. Von allen Behinderten, ob aktive Mitstreiter oder Mitglieder des Verbandes, sind Engagement und Solidarverhalten gefordert. Große Probleme bei einer erfolgreichen Gestaltung der Arbeit des Behindertenverbandes sind zu bewältigen. Das sind, aus meiner Sicht, unter anderem:

- Unerfahrenheit in der Interessenvertretung für eine Gemeinschaft.
- Verständliche, aber oft die Allgemeinentwicklung hemmende, Priorität der persönlichen Probleme.
- Fehlende Kenntnis der bestehenden und der ab 1. Juli 1990 in zunehmendem Maße Anwendung findenden gesetzlichen Regelungen (Behindertenrecht).
- Behinderungsbedingte Schwankungen bei der Kontinuität der Arbeit.
- Fehlende technische Voraussetzungen in den unteren Organisationsebenen für eine den Erfordernissen entsprechende Information, Kommunikation und Mobilität.
- Die Entwicklung von eigenen, auf die territorialen Belange konzentrierten Initiativen.

Das in den letzten Jahrzehnten bewußt (von oben) erzeugte Gefühl der Arbeit und Fürsorge muß durch eigene Aktivitäten der Behinderten, ihrer Freunde und Helfer ersetzt werden. Zugegeben, es ist nicht leicht, die vielfältigen Arbeiten selbständig mit der erforderlichen Sachkompetenz zu bewältigen. Jede Hilfe, die dem Aufbau eines eigenständigen, selbstbewußten, ge-

achteten und beachtenswerten Behindertenverbandes dienlich ist, sollte mit Bedacht und Weitblick in Anspruch genommen werden. Dabei sind einige wichtige Dinge meiner Meinung nach unbedingt zu beachten.

Als erstes ist die in der letzten Zeit allgemein aus der BRD angebotene und z. T. bereits geleistete Hilfe zu nennen. Oft wird unter dem Titel einer Zusammenarbeit ein hoher Preis gefordert – die Selbständigkeit unseres Verbandes. Es ist leicht, das Defizit an Erfahrungen bei der organisatorischen Arbeit und das Fehlen von technischen Hilfsmitteln durch Spendenempfang auszugleichen. Es ist sehr schwer, sich als Gegenleistung nicht vereinnahmen zu lassen.

Traditionelle Behindertenorganisationen in der BRD sind in besonderem Maße jetzt, in der Phase des Verbandsaufbaus, sehr aktiv, um auf diese Art ihr Mitgliedervolumen aufzufüllen. Kooperationsvereinbarungen, die nach der Einheit Deutschlands zu einer Übernahme der DDR-Organisation führen, sind ein Beispiel dafür.

Eine weitere Seite der Hilfe sehe ich in einer kooperativen Zusammenarbeit mit kirchlichen Einrichtungen aller Konfessionen. In diesen Stätten der Hilfe für Behinderte wurden in den letzten Jahrzehnten wesentliche Beiträge zur Betreuung Behinderter aller Schädigungsformen geleistet. Diese Erfahrungen gilt es zu nutzen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen in der DDR sind gegenwärtig von einem beängstigenden Tempo bestimmt. Alle notwendigen Entscheidungen in der Arbeit des Behindertenverbandes fallen nicht leicht, sollten jedoch immer unter dem Aspekt der Hilfe für Behinderte und dem Aufbau eines starken Behindertenverbandes getroffen werden.

Entscheidungen zu weitreichenden Kooperationen, Zusammenschlüssen oder Beitritten zu etablierten Organisationen der BRD sollten jedoch bis zur Vereinigung beider deutscher Staaten vertagt werden.

Lothar Brüning
Teltow

Post an den Verbandspräsidenten

Werter Dr. Seifert! Der Behindertenverband Fürstenberg/Havel e.V. wendet sich an Sie, um einige Fragen zur effektiveren Arbeit an der Basis zu erörtern. Die Initiativgruppe fand sich zusammen, nachdem sich die umwälzenden Veränderungen im Lande abzeichneten und die Diskussion zur Bildung des Behindertenverbandes der DDR immer lauter wurde. Später erfolgte dann die Beantragung und Registrierung als „eingetragene Vereinigung“ gem. Vereinigungsgesetz durch das Kreisgericht Gransee in Zehdenick. Heute zählt unsere Vereinigung bereits mehr als 20 Mitglieder (Fürstenberg zählt ca. 5000 Einwohner), die bei Ausdehnung unseres Aktionskreises auf umliegende Dörfer und Gemeinden mit Sicherheit gesteigert werden kann. Der Bedarf einer Interessenvertretung in diesen ländlichen Gebieten liegt auf der Hand.

In monatlichen Treffen stehen Themen des Arbeitsrechts, der Sozialhilfe, der Verbesserung der städtischen Infrastruktur sowie die Schaffung von behinderten-, rollstuhl-, aber auch altersgerechtem Wohnraum auf der Tagesordnung. Dabei wurde ein kommunaler Forderungskatalog erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Die darin enthaltene Forderung, einen Behindertenbeauftragten zu berufen, wurde umgehend realisiert, so daß hier eine Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung gesichert ist.

All diese Initiativen sind auf Aktivitäten der Gruppe selbst zurückzuführen. Die angestrebte und empfohlene Zusammenarbeit mit der Kreis-Reha-Stelle in Gransee blieb leider ohne Erfolg.

Aber auch von einer entscheidenden Unterstützung seitens des Dachverbandes oder des Bezirksverbandes Potsdam ist nur recht wenig zu verspüren.

Es beginnt mit einer mangelhaften Information über Rechte und Pflichten der Mitglieder des Verbandes und der Vergabe von In-

und Auslandsreisen für Behinderte (z. B. Schwedenreisen u. ä.). Aber es fehlen auch jegliche Hinweise über Möglichkeiten der Finanzierung der in den Verbänden anfallenden Reise- und Organisationskosten. Hierbei sind die in ländlichen Gebieten gegenüber den in größeren Ballungsgebieten offensichtlich benachteiligt.

Und damit, werter Dr. Seifert, sind wir bei dem Punkt angelangt, der bei allen Mitgliedern auf Unverständnis stößt. Es ist uns klar, auch der Behindertenverband hat in finanziellen Belangen keinen unbegrenzten Spielraum. Und doch sind wir der Auffassung, daß hier die Basisgruppen, die einen entscheidenden Teil der Hauptlast in der Behindertenarbeit zu tragen haben, völlig auf sich gestellt sind, wenn nicht kurzfristig Veränderungen eingeleitet werden.

Da ist die ehrenamtliche Arbeit der Vereinsleitungen, die jedes gewählte Mitglied gerne mit viel Elan und Ideenreichtum leistet. Doch finanziell ist diese Arbeit nicht allein von Mitgliedsbeiträgen und Idealismus zu bestreiten. Dazu wurde in den zurückliegenden Jahren zuviel zurückgestellt und vernachlässigt.

Und so kommt es, daß oftmals Reisekosten zu Tagungen und Beratungen (Fürstenberg–Potsdam ca. 100 Mark) teilweise persönlich getragen werden und eine gewisse Härte darstellen. Daher möchte der Behindertenverband Fürstenberg/H. e.V. in Erfahrung bringen, wie sich der Dachverband die finanzielle Absicherung der Basisgruppen vorstellt, oder liegt diese nun allein bei den Kommunalverwaltungen?

In einer Pressenotiz war zu lesen, daß Selbsthilfegruppen des DDR-Behindertenverbandes als Startkapital einen Betrag bis zu 2000 DM erhalten können, wenn sich in deren Territorien die Bildung von Bezirks- bzw. Landesverbänden verzögert. Was geschieht aber mit den Gruppen, in deren Territorium bereits Bezirksverbände bestehen? Wo können diese Gruppen eine derartige Anschubfinanzierung beantragen? Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß eine derartige finanzielle Starthilfe gerade den Basisgruppen, die in ländlichen Gebieten tätig sind, die Beweglichkeit geben würde, die sie bei ihrer Arbeit so dringend benötigen. Denn mit kommunal-

len oder gar betrieblichen Zuwendungen ist wohl in einer Zeit des Aufbruchs und der Neuordnung kaum zu rechnen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit muß die Rechtsberatung sein. D. h., die Gruppen müssen kurzfristig über Rechte und Pflichten informiert werden, die mit der Einführung des Schwerbehinderten- und Sozialhilfegesetzes in Zusammenhang stehen, damit den Leitungen die Möglichkeit einer unterstützenden Beratung gegeben ist.

Diese verbandsinternen Mängel im Informationsgeschehen vom Dachverband über die z. Zt. bestehenden Bezirks- und Landesverbände bis hin zu den Basisgruppen führten dazu, daß sich der Fürstenberger Verband nach Partnern in der BRD umgesehen hat. Diese Initiative trägt nun bereits ihre ersten Früchte. So erhielt der Verband diverse Materialien zum Schwerbehindertengesetz, zur Sozialhilfe sowie Anregungen zur Schaffung geschützter Arbeitsplätze und deren Möglichkeiten zur Finanzierung nach geltendem BRD-Recht.

Diese Hilfen gehen bis zu Angeboten zur Errichtung einer Geschäftsstelle der Behindertenselbsthilfe Köln e.V. Wie uns bereits telefonisch mitgeteilt wurde, wäre diese Selbsthilfevereinigung zu entsprechenden finanziellen Einlagen bei Einrichtung einer derartigen Geschäftsstelle bereit. Was für unsere Arbeit mit Sicherheit eine große Hilfe darstellen würde. Der Behindertenverband Fürstenberg/H. e.V. müßte allerdings dazu die Einwilligung des Behindertendachverbandes der DDR und des Ministeriums für Gesundheitswesen einholen.

Für die kurzfristige Erledigung unserer aufgeworfenen Fragen, einschließlich der erforderlichen Zustimmung, danken wir im voraus.

Klaus Teschke
(Stellv. Vorsitzender)
Fürstenberg

Anmerkung von I. S.: Solche Informationen, solche aufrichtigen Berichte sind es, die mir persönlich, unserem Vorstand und den Mitarbeitern in der Hauptgeschäftsstelle immer wieder authentischen Einblick in die praktische Basisarbeit vermitteln.

Sie geben uns Mut, weil wir auch dadurch spüren, mit welcher Kraft, welcher Verantwortung, wie ideenvoll und mit welchem Engagement unser gemeinsames Ziel in hoher Eigenverantwortlichkeit verfolgt wird. Daß sich dabei auch stabile Kontakte zu bundesrepublikanischen Behindertenselbsthilfegruppen entwickeln, halte ich für normal. Jeder, der uns tatsächlich gleichberechtigt gegenübertritt, ist herzlich willkommen. Wir bringen in die gemeinsame deutsche Republik unsere Erfahrungen des Herbstes 1989, der selbstbestimmten Massenbewegung, ein. Bundesrepublikanische Freunde wieder kennen aus dem „ff“ die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen wir künftig überall in der deutschen Republik leben, arbeiten, kämpfen und Fortschritte erzielen werden. Nur selbstbewußte Menschen können echte Partner für jemanden sein. Alle im Brief konkret angesprochenen Fragen wurden bzw. werden gemeinsam mit unserer Hauptgeschäftsstelle beantwortet. Mit der Bitte an die STÜTZE-Redaktion, diesen Brief im Wortlaut zu veröffentlichen, möchte ich auch auf diesem Wege allen danken, die sich immer wieder vertrauensvoll mit ihren Problemen ganz persönlich an mich wenden, obwohl sicher auch bekannt ist, daß fast alles nur gemeinsam realisierbar ist.

Integration geistig behinderter Kinder in „Normal“kindergärten

Unsere Elterngruppe Berlin-Treptow hat sich im Januar 1990 aus der Notwendigkeit der besseren Interessenvertretung geistig und körperlich behinderter Kinder durch ihre Eltern und Erzieher gebildet. Auf Initiative der Rehabilitationspädagogin, Frau Schröder, wurde ein Konzept zur Integration jüngerer förderungsfähiger geistig behinderter Kinder (bisher zur Schulbildungsunfähigkeit degradiert) in sogenannten Normalkindergärten entwickelt. Für die Durchsetzung ergeben sich aber folgende Probleme:

- Notwendig ist eine umfassende und aufklärende Öffentlichkeitsarbeit und Auseinandersetzung mit den Themen „Behinderte Kinder und Erwachsene“ sowie „Integration in die Gesellschaft“, um die Bevölkerung unseres Landes endlich dafür zu sensibilisieren.
- Ersatzlose Abschaffung der Fördergruppen in Kinderkrippen und Kindergärten bei gleichzeitiger Einführung der gemeinsamen gleichberechtigten Bildung und Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder.
- Um Integrationsmodelle durchzusetzen, werden mehr Erzieher bzw. Sonderpädagogen zur Absicherung einer umfassenden, gut fundierten pädagogischen Arbeit benötigt und wir sehen es als unbedingte Voraussetzung an, Möglichkeiten der Erhöhung der Anzahl der auszubildenden Kindergärtnerinnen sowie der Sonderpädagogen zu schaffen.
- Unsere Elterngruppe ist durch viele Gespräche zu der Schlußfolgerung gekommen, daß in der gesamten Förderungs-, Erziehungs- und Bildungsarbeit mit behinderten Menschen grundsätzlich von einem Defizit an geistigen und körperlichen Möglichkeiten ausgegangen wird. Wir fordern aber, daß man grundsätzlich prüfen sollte, welche Anlagen der Kinder besonders gut ausgeprägt sind, um diese dann zu fördern. Die Therapeuten und Pädagogen sollten mit einer Suchhaltung an die Entdeckung, Prüfung und Förderung der geisti-

gen und körperlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten von behinderten Menschen herangehen.

- Um individueller und effektiver mit jedem Kind in unserer Einrichtung arbeiten zu können, benötigen wir unbedingt einen fest angestellten Psychologen, der auch den Erziehern und Eltern hilfreich zur Seite steht, die pädagogische Arbeit unterstützt und es den Eltern ermöglicht, besser mit den Anforderungen des Alltags umgehen zu können.

Elterngruppe Berlin-Treptow

Diesen an den Minister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer, gerichteten Brief veröffentlichen wir quasi als Vervielfältigung der Treptower Forderungen, denn die Lösung der hier genannten Probleme steht landesweit an.



Guter Kundendienst

Lange Zeit vergeblich suchte ich nach einem ordentlichen Regen-Cape bzw. einem Schutzhang, den mein Sohn bei Fahrten mit seinem E-Rolli bzw. als RS-Fahrer benutzen kann. Eines Tages schrieb ich an den VEB Format Leipzig, Kunstleder/Regenbekleidung, und schilderte unser Anliegen. Bald bekamen wir Antwort, und zwar in Form eines farbenfrohen Testmodells, das allen unseren Ansprüchen voll gerecht wird. Das Cape ist mit abknöpfbarer Kapuze und Gummizug versehen, es reicht bis über die Fußrasten, kann aber auch Radfahrern von Nutzen sein, der vorläufige Preis beträgt 58 DM. In jedem Falle ist es eine ansprechende Regenbekleidung von hohem Nutzen und gutem Aussehen, die wir auch gern weiterempfehlen möchten. Für Interessenten hier die Adresse: VEB Format Leipzig, Kunstleder-Regenbekleidung, Schillerstr. 5, Leipzig 7010, Tel.: 28 12 86.

E. Urner
Erfurt

Nicht Hilfe-Empfänger, sondern Gleichberechtigung!

In den letzten Jahren ist es modern geworden, die Integration von Behinderten zu fordern. Doch dieser Schuß ging anstatt nach vorne nach hinten los. Entweder passen sich Behinderte an die gegebenen gesellschaftlichen Werte und Normen an oder sie werden in Sondereinrichtungen weiter bevormundet und verwaltet, was beides nichts mit Integration zu tun hat. Die gesellschaftlichen Elemente wie ein eigenes Einkommen, soziale Kontakte mit Gleichaltrigen, soziales Ansehen, Einfluß und Anerkennung, all diese Dinge werden den Behinderten „erspart“. Das Recht auf Arbeit und nicht „für etwas nützlich zu sein“, wie es in den Werkstätten für Behinderte vermittelt wird, muß der zentrale Hebel gegen Aussonderung sein. Um hier anzusetzen, muß das Schwerbehindertengesetz in ein Antidiskriminierungsgesetz umgesetzt werden. Dies hätte zur Folge, daß Behinderte keine dankbaren karitative Hilfe-Empfänger mehr sind, sondern Rechte besitzen auf Gleichberechtigung im sozialen Leben, die in unserer Gesellschaft ermöglicht werden muß! Hier müßte sich dann auch unsere Leistungsgesellschaft ändern, was ein Vorteil für alle wäre. Ein solches Antidiskriminierungsgesetz würde der Integration gerecht werden.

Reiner Schindler
Mannheim

Zum Anti-Diskriminierungs-Gesetz

Mit Interesse habe ich die in der Ausgabe 6/90 der STÜTZE abgedruckte Forderung nach einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz aufgenommen. Als jemand, der in der Behindertenbewegung der BRD aktiv ist und erst vor kurzem von einem USA-Aufenthalt zurückkehrte und dort die Gelegenheit hatte, sich intensiv mit der Praxis des US-amerikanischen Anti-Diskriminierungs-Gesetzes zu befassen, kann ich diese Forderung nur begrüßen.

In meiner Arbeit als Interessenvertreter von behinderten Menschen in der Stadt Kassel, aber auch im Alltag als Mensch mit einer Sehbehinderung stelle ich täglich fest, wie begrenzt unsere Rechte sind. Ob es um die Ausstattung der Ampeln mit akustischen Signalen oder um die Zugänglichmachung von öffentlichen Gebäuden oder Verkehrsmitteln für Mobilitätsbehinderte geht, befinden wir uns ständig in der Position der Bittsteller und können lediglich auf die Willigkeit der Zuständigen hoffen. Ist diese nicht vorhanden, bestehen so gut wie keine Möglichkeiten, gerichtlich dagegen vorzugehen und die Diskriminierung anzuklagen. Die US-amerikanische Behindertenbewegung hat bereits in den 70er Jahren Anti-Diskriminierungsvorschriften durchgefochten, die eine Diskriminierung von behinderten Menschen in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens verbieten. Gegenwärtig steht die amerikanische Behindertenbewegung sogar kurz vor der Verabschiedung eines neuen und umfassenderen Gesetzes, das das Diskriminierungsverbot auch auf den privaten Bereich ausweitet.

Da die Situation behinderter Menschen in beiden Teilen Deutschlands immer noch von Diskriminierungen aller Art gekennzeichnet ist, unterstütze ich die Forderung des Behindertenverbandes der DDR nach einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz ausdrücklich. Gerade jetzt im Zuge der umwälzenden Veränderungen müssen auch wir Behinderten in der BRD und

der DDR für unsere Grundrechte eintreten. Im Hinblick auf die Ausgrenzung, Entmündigung und Bevormundung von Behinderten muß der Schwerpunkt einer neuen Behindertenpolitik auf Anti-Diskriminierung gesetzt werden. Ich hoffe, der Behindertenverband der DDR wird diesem Pfad weiterhin folgen.

Ottmar Miles-Paul

Kassel

Sollen Behinderte Bittsteller werden?

Nachstehender offener Brief ist seit Tagen in den Händen der Adressaten. Dennoch erscheint uns die Problematik wichtig genug, ihn hier – etwas gekürzt – wiederzugeben. Wir erwarten, die Antwort an den Absender, Herrn Wolfhard Hausmann, Dipl.-Mathematiker, 38 Jahre alt und Invalidenrentner, ebenfalls in unserer Zeitung veröffentlichen zu können.

Werter Herr Ministerpräsident de Maizière, werde Frau Ministerin Dr. Hildebrand!

Ich bin schwer körperbehindert, lebe im Pflegeheim. Am 3. Juli habe ich erfahren, daß meine Rente um 155 D-Mark erhöht wird, aber gleichzeitig der davon an das Heim abzugebende Pflegesatz von 120 auf 335 D-Mark steigt (Volkskammerbeschluß vom 27. Juni 1990 „Sozialhilfegesetz“!). Das bedeutet, daß ich ab sofort pro Monat 60 Mark weniger zur Verfügung habe! (Und das soll, wie ich hörte, erst der Anfang sein!)

Wollen Sie zulassen, daß nun die Schwächsten am meisten zur Kasse gebeten werden, die Schwächsten, die nicht mit Streiks, Arbeits- und Tarifikämpfen ein höheres Einkommensniveau erringen können? Sind das die versprochenen sozialen Verbesserungen? Ist das der kommende Wohlstand für alle?

Sollen wir nun die zerrüttete Wirtschaft und den völligen Niedergang der (bisher schon schlechten) Strukturen bezahlen?

Ich bin durch unverschuldete Krankheit gelähmt und brauche fremde Hilfe rund um die Uhr, muß deswegen in einem Heim leben. Ja, es stimmt, ich bekomme im Heim neben der Pflege auch Essen, Heizung, warmes Wasser und mein Zimmer geputzt, und das läßt sich nicht mit 120 und auch nicht 335 D-Mark finanziell begleichen. Da müssen Zuschüsse aus dem Staatshaushalt kommen.

Soll das in Zukunft nicht mehr so sein? Werden wir an den Rand gedrängt?

In der Bundesrepublik kostet ein Heimplatz wohl bis zu 3500 D-Mark, und die dortigen Heiminsassen bekommen nur noch ein Taschengeld von 100 bis 140 D-Mark ausgezahlt. – Dabei können sogar noch die eigenen Verwandten zur Kasse gebeten werden! (Als ob eine Mutter schuldig werden würde, wenn sie ein behindertes Kind zur Welt bringt!)

Wird das in Zukunft auch auf uns zukommen?

Ich bin kein alter Mann, der sich mit einem Blick aus dem Fenster begnügt! Noch habe ich Ansprüche an das Leben! Ich möchte z. B. im Jahr ein- bis zweimal mit Freunden in Urlaub fahren. Dabei bin ich aber auf einen PKW (Kleinbus) angewiesen, und das kostet Geld, mehr Geld, als wenn ein anderer Mensch in Urlaub fährt!

Ich möchte mit Freunden einen Tagesausflug machen oder einfach mal einen anderen besuchen oder abends mal ins Kino, Theater oder zu einem Vortrag gehen, ohne Transportmittel geht das nicht! Ich kann nicht selbst schreiben und bin auf telefonische Kontakte zu meinen Angehörigen und Freunden angewiesen – auch das kostet Geld, und nun noch mehr als bisher! Ich möchte mir im Monat dieses und jenes kaufen, sei es ein Buch, sei es eine Tüte Nüsse ...

Dies alles geht nicht mit 100 DM im Monat! Dazu braucht man eine nicht allzu geringe Rente, über die man frei verfügen kann! Warum dieser Sozialabbau?

Sollte es sein, daß das bisherige Sozialsystem der DDR in einzelnen Punkten besser war als das bundesdeutsche? Warum werden die positiven Seiten nicht beibehalten bzw. nicht übernommen? Wollen das die Politiker nicht? Ich bin ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. – Oder sollte ich mich darin irren?

Sie wissen selbst, daß die Lebensqualität in einem Pflegeheim unvergleichlich schlechter ist als die eines einigermaßen ge-

sunden, selbständigen Menschen in eigener Wohnung. Zudem wird jeder „Schritt“, der aus dem Heim hinausführt, unvergleichlich teurer (auch unvergleichlich wertvoller, wichtiger, nötiger!). Vielleicht werden Sie mir versprechen, daß ich, in einigen Monaten oder Jahren, vom Sozialamt für bestimmte Dinge eine finanzielle Unterstützung bekommen werde. Dazu werde ich jedoch jeweils einen Antrag stellen müssen. – Und andere, fremde Menschen werden dann darüber entscheiden, ob und in welcher Höhe meinem Antrag entsprochen wird oder nicht.

Ich empfinde das als Entwürdigung und Bevormundung! Kein normaler Mensch stellt erst einen Antrag, bevor er 20, 50 oder 100 Mark aus der Geldbörse nimmt! – Aber mir wird dieses zugemutet!

Ich bitte Sie, in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen, daß es nicht wenige Menschen gibt, die mit mir in ähnlicher und schlimmerer Lage sind, weil sie das Pech haben, in einem Pflegeheim leben zu müssen. (Und das kann durch Krankheit oder Unfall jedem Menschen passieren.) Auch im Sinne der vielen Menschen, die in der oft unmenschlichen Atmosphäre ihrer Heime meist sehr schnell zum Schweigen kamen (und noch kommen!) – soll das so weitergehen? – möchte ich meinen Brief verstanden wissen!

Deswegen fordern wir:

1. sofort:

- a) höhere Renten, die nicht allein den höheren Lebensmittelpreisen entsprechen, sondern ebenfalls den steigenden Dienstleistungskosten,
- b) höheres Pflegegeld, das es uns erlaubt, eigenen Interessen und Bedürfnissen nachzugehen und unser Leben selbständiger als bisher zu gestalten;
- c) zusätzliche Heim- oder Pflegekosten sind durch Auszahlung höherer Renten oder Pflegegelder abzufangen, so daß für den einzelnen (auch vorübergehend!) keine finanziellen Verluste entstehen! („... keinem soll es schlechter gehen als bisher!“).

2. mittelfristig:

Erhöhung des Pflegegeldes auf ein Niveau, das uns ein selbstbestimmtes Leben erlaubt!

3. längerfristig:

Anregung, Aufbau und Unterstützung unterschiedlicher integrativer Wohnmodelle für menschenwürdiges, individuelles und weitestgehend privates Wohnen hilfs- und pflegebedürftiger Menschen sowie Abkehr von der bisherigen Praxis der Aufbewahrung und Getthoisierung behinderter und alter Menschen in Heimen und Pflegeanstalten.

4. Wir fordern Sie dringend dazu auf, diese Programmatik als unverzichtbare Bedingung in den Einigungsvertrag mit der Bundesrepublik einzubringen.

Mit Grüßen **Wolfhard Hausmann**, Talstraße 16 a,
Heim für Körperbehinderte, Kamenz, 8290.

Partnerschaft zwischen Wittenberg und Essen

Im Zuge der Vereinigung Deutschlands ist das Thema „Behinderte“ in der Öffentlichkeit der BRD völlig untergegangen. Und wenn dann überhaupt die BRD-Medien die Situation behinderter Menschen in der „DDR“ aufgreifen, kamen bisher nur negative Seiten zutage. Daß es auch anders geht, beweisen kleine Behindertenverbände aus Lutherstadt Wittenberg und der Ruhrmetropole Essen: „INTEG-Essen“, ein Jugendclub mit behinderten Menschen des Reichsbundes, nahm eine Partnerschaft auf.

Den Stein brachte INTEG-Essens 2. Vorsitzender Gerd Frank (33) ins Rollen: Zufällig entdeckte er einen Zeitungsaufwurf der Wittenberger Lokalpresse zur Gründung eines Behindertenverbandes. Da dieser Aufruf sich wohlthuend vom sonst üblichen Mitleidsklischee der Medien abhob, sah sich Gerd Frank veranlaßt, mit Lutz Witteck, dem Initiator des Wittenberger Behindertenverbandes, persönlich Kontakt aufzunehmen. Im Gespräch kamen viele Gemeinsamkeiten der Verbände zum Ausdruck, ebenso die Frage, wie ein Behindertenverband in Wittenberg effektiv arbeiten kann, weil dort alles im Umbruch ist. Genau hier setzt die Partnerschaft an: Information über die Sozialgesetze, die für Behinderte und ihre Angehörigen von Bedeutung sind, sowie über zuständige Behörden und Einrichtungen.

Wie wichtig diese Partnerschaft genommen wird, wurde auf der 10-Jahres-Feier von INTEG-Essen deutlich: Dort wurde ein Brief von Lutz Witteck verlesen, der begeistert von den über 50 Teilnehmern aufgenommen wurde. Spontan wurde beschlossen, einen Teil des Eintrittsgeldes als Finanzspritze dem Wittenberger Behindertenverband zukommen zu lassen. Auch zahlreiche Einzelpersonen und Ehrengäste schlossen sich dieser Aktion an. Eine Essener Bauchtanzgruppe verzichtete sogar auf ihre Gage, ebenso ein behinderter Musiker, die bei diesem Jubiläum mitwirkten.

Gerd Frank
Oberhausen

So positiv ist es gar nicht

Da ich einen schwerstbehinderten Sohn habe (Stufe IV), will ich von unseren Erfahrungen in der Umbruchsituation berichten. Mein Sohn ist gehörlos, Epileptiker und geistig behindert. Vor der Wende bekam er 330 Mark Rente und konnte bis 60 Mark dazuverdienen. In einer Einrichtung soll er vorbereitet werden auf einen geschützten Arbeitsplatz. Aber dann waren es die Behinderten, die als erste keine Arbeit mehr bekamen. Dabei ist es gerade für sie so unendlich wichtig, das Gefühl zu haben, nützlich zu sein. Jetzt müssen die Eltern der Behinderten auch vieles selbst bezahlen, so z. B. bei Fahrten, weil die Einrichtung keine Zuschüsse mehr erhält. Auch das Essengeld ist sehr gestiegen, Mittag kostet 3,85 DM. Besonders schlimm ist es für uns, daß mein Mann zum Jahresende arbeitslos wird. Er ist Wissenschaftler in einem Forschungsinstitut, das dem Ministerium für Gesundheitswesen unterstellt ist und aufgelöst wird. Ich bin von Beruf Apothekerin, arbeite aber schon 19 Jahre nicht mehr, da ich unseren Sohn optimal fördern wollte. Nun habe ich versucht, Arbeit zu bekommen, aber es ist Einstellungsstopp. Unser Sohn hat noch eine Zwillingsschwester. Sie beginnt im September ein Medizinstudium in Berlin (280 DM Stipendium).

Da mein Mann und ich schon über 50 Jahre sind, wird es für uns schwer werden, Arbeit zu bekommen. Vor der Wende waren wir eine zufriedene Familie. Unsere Existenz war gesichert. Jetzt haben wir genug Sorgen. 80 DM Pflegegeld sind in der jetzigen Zeit nicht viel, früher sind wir damit ausgekommen. Ich schreibe nicht, um Hilfe zu bekommen. Ich bitte Euch nur, nicht gar zu positive Berichte über die Situation der Behinderten nach der Wende zu geben. (s. ND vom 7. August 1990).

Karin Jeske

Dresden

Anmerkung der Red. Unter der Überschrift: „Behinderte sollen ihr Leben selbst bestimmen“ heißt es in besagtem Artikel v.

7. August 1990 u. a.: „In einer Umbruchsituation, wie in der DDR, können Behinderte Dinge erreichen, für die in anderen Ländern 20 Jahre gebraucht wurden. Über diese Erfahrung berichteten der Präsident des Behindertenverbandes der DDR, Dr. Ilja Seifert, und Vizepräsidentin Beate Thrams auf dem 10. Weltkongreß für geistig Behinderte, der bis zum Freitag in Paris stattfindet.

Dabei verwiesen sie u. a. darauf, daß in der DDR alle Parteien behindertenpolitische Programme aufgestellt haben und die Behinderten nicht nur mit drei Abgeordneten in der Volkskammer, sondern auch in verschiedenen Fraktionen von Stadt-, Gemeinde- und Kreisparlamenten vertreten sind. Es sei eine große Öffentlichkeit erreicht worden. Durch den Kongreß, an dem auch Vertreter der ‚Lebenshilfe‘ aus der DDR teilnehmen, wäre man nicht nur im Ziel bestärkt worden, die Integration aller Behinderten zu erreichen, sondern auch darin, daß die Betroffenen selbst darüber bestimmen müssen, betonte Dr. Seifert. Deshalb wolle man in Paris mit möglichst vielen Verbänden Kontakt aufnehmen ...“

Fürs Auto mehr Zeit als für den Nachbarn?

Ich erhielt von Euch das Heft „DIE STÜTZE“. Nachdem ich dieses durchgelesen habe, möchte auch ich Euch einige Probleme, die mich betreffen, mitteilen. 1987 wurde mein linkes Bein bis zum Knie amputiert. Da meine Frau inzwischen verstorben ist, bin ich – sie werden es nicht glauben – kaum einmal aus meinen vier Wänden herausgekommen. Meine Hausreinigung macht eine Wirtschafterin, wofür ich pro Stunde 5 DM bezahle. Wenn man Euer Heft so durchblättert, merkt man, es tut sich schon hier und da einiges, aber eben noch zu wenig. Unsere heutige Regierung tut ja auch manchmal recht sozial, aber leider ist in der Praxis davon nichts zu spüren. Wie heißt es doch immer „Der Geist ist willig – aber das Fleisch ist schwach“ oder umgekehrt. Daß Euer Kollektiv sich alle Mühe gibt, den Behinderten und Hilfsbedürftigen zu helfen, glaube ich schon. Aber werdet Ihr es schaffen? Die Menschen haben heute mehr Zeit für ihr Auto als für den Menschen nebenan. Das Wort Humanität ist in die Sterne geschrieben. Wie viele Menschen unserer Erde müssen Hungers sterben, weil der Überschuß unserer Produkte lieber auf dem Müll landet.

Ich wohne in Lauchhammer, bisher hat sich von keiner Seite jemand nach mir erkundigt und gefragt, wie ich zurechtkomme. Ich kann an keinerlei Veranstaltung von seiten der Veteranen teilnehmen, bin immerhin schon 76 Jahre alt. Es gab mal eine Zeit, die hieß Sozialismus. Trotz allem, abgesehen von einigen Funktionären, die leider heute frei herumlaufen, sah manches anders aus als das, was nun auf uns zukommt. Auf sozialem Gebiet wurde im damaligen sozialistischen Staat mehr getan. Nun habe ich wohl genügend rumgebart. So gern Ihr helfen möchtet, aber auch Ihr seid nur Menschen. Was mir helfen würde, wäre ein leichter bequemer Rollstuhl, den ich auch selbst die Treppe rauf und runter transportieren kann, da es bei uns keine schräge Abfahrt gibt. Dann fehlt eine Räumlichkeit,

diesen unterzustellen, damit er nicht bei Wind und Wetter im Freien steht. Sie müssen meinen Beitrag keinesfalls veröffentlichen. Ich erwarte auch nicht, daß Sie sich meiner wegen Umstände machen, Sie haben sicher selbst genug zu tun. Ich muß eben so weiterwurschteln wie bisher.

Helmut Hartmann

Lauchhammer

Hallo, Ihr vom BV ...

Ich bin Leiterin vom Club der kleinen Leute der DDR und komme heute mit einer Bitte zu Euch. Wir haben wieder einmal ein Treffen vor, am 31. August soll es in Hormersdorf, Bezirk Chemnitz, sein. Eingeladen sind auch Gäste aus der BRD... uns aber fehlt es an Geld. Könnt Ihr helfen. Wir benötigen insgesamt 550 DM (Es folgt eine Aufzählung, wie sie das Geld verwenden wollen).

Inzwischen gehören zu unserem Klub 68 Kleinwüchsige. Sollten sich bei Euch weitere solcher Freunde melden, dann gebt ihnen bitte unsere Adresse, und die lautet: Club der kleinen Leute, Am Bahrebach 83, PF 09/13, Chemnitz 9081.

Monika Schreiber
Chemnitz

***Anmerkung der Red.:** Einen Tag nach Posteingang, so konnten wir erfahren, ging die gewünschte Summe von der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes ab. Wir hoffen, daß alle Freunde des Clubs angenehme Stunden bei ihrem Treffen hatten. Wir würden uns freuen, einmal mehr über das Wirken des Clubs kleiner Leute zu erfahren – wer also hat Lust, einen STÜTZE-Beitrag zu schreiben, auch Fotos (schwarzweiß) veröffentlichen wir gern.*

Reha-Ferienlager

Vom 21. Mai bis 1. Juni fand im betriebseigenen Ferienobjekt „Boddenblick“ in Fuhlendorf bei Barth das 9. Reha-Ferienlager „Freiheit und Erholung“ mit 35 geschädigten Kindern und Jugendlichen statt.

Dieses Lager, eine Kooperationsgemeinschaft zwischen der Förderungseinrichtung der Bezirksnervenklinik und der Tagesstätte Stendal, war wieder ein großer Erfolg. Erstmals nahm eine Gruppe Jugendlicher aus der WfB Gifhorn (WfB = Wohnanlage für Behinderte) an unserer Freizeit und Erholung teil.

Neptunfest, Kinderfest, Fahrten nach Barth, Zingst, Prerow sowie Stralsund waren ein besonderes Erlebnis. Die Kremserfahrt und eine Boddenrundfahrt mit dem Schiff „Heidi“ waren der Höhepunkt dieser zwölf Tage.

Dank gilt dem Trägerbetrieb, der Bezirksnervenklinik Uchtspringe, dem Reha-Zentrum in Tangerhütte sowie dem Kraftverkehr Stendal mit seinen hilfsbereiten und freundlichen Fahrern.

Eberhard Hanisch
Uchtspringe

Wohin mit Sebastian?

Dank der großen Initiative des Kollektivs der 5. Kinderkombination, Allee der Kosmonauten 75 in Marzahn, wird es möglich, daß behinderte und nichtbehinderte Kinder zusammen aufwachsen.

Wir sind überglücklich, daß unser Sohn zu den Behinderten gehört, die diese Chance nutzen dürfen. Denn bisher wurde Sebastian durch seine Kindergartenzeit gestoßen, da er nicht spricht, aber bildungsfähig ist. (So die Meinung der Reha.)

Mit Vollendung des 4. Lebensjahres sollte Sebastian aus der Krippe – weder Gesundheitswesen noch Bildung wußten so richtig, wohin mit dem Jungen. Die behandelnde Kinderneurologin fand in Marzahn den 11. Kindergarten, der bereit war, bei 15 Kindern in der Gruppe, Sebastian trotz seiner Behinderung aufzunehmen. Nach vier Tagen Eingewöhnung („normale“ Kinder haben vier Wochen dafür Zeit) bemühte sich die Leiterin mit Hilfe einer Kinderpsychologin des Bildungswesens (zuständig für Marzahn) unser Kind loszuwerden. Sie ließ nichts aus, sogar Drohungen wie: „Das Kind hat keine Kindergarteneinweisung und muß morgen wieder in die Krippe zurück“ hatte man ausgestoßen.

Es mußte eine Lösung gefunden werden. Nach fünf qualvollen Monaten im 11. Kindergarten wurde der Junge in den Vorschulteil der Sprachheilschule übernommen. Sehr nette und engagierte Kollegen bemühten sich um Sebastian; aber es ging nicht auf Dauer. Die anderen Kinder wurden auf die Schule vorbereitet, waren also viel älter und konnten, wenn auch mit Mühe, sprechen. Sebastian war inzwischen fast fünf Jahre alt, hatte ca. ein Jahr Bildungsrückstand und sprach kein Wort. Nun war er in guten Händen, aber total überfordert. Was war nun zu tun? Die Kinderpsychologin wiederholte den Hinweis auf eine dreimonatige Diagnosegruppe – das wäre das Beste für das Kind. Ratlos und voller Zweifel willigten wir ein. Ergeb-

nis im Dezember 1989: Man weiß nichts Genaues. Man schlägt die Einweisung ins Krankenhaus Herzberge vor. Nach reiflicher Überlegung und Beratung mit anderen Ärzten stimmten wir dem zu. Ab Februar 1990 wäre mit einer Einweisung zu rechnen (mindestens 8 Wochen und längstens Jahre.) ... wir wissen bis heute nicht, ob und wann Sebastian nach Herzberge kommt. Er ist immer noch in der Diagnosegruppe des Vorschulteils der Hilfsschule untergebracht.

Ja, mit behinderten Menschen kann man es eben machen! Man schiebt sie von einer Ecke in die andere, besonders dann, wenn sie in keine vorgefertigte Schublade passen, sondern mehrfach behindert sind.

Ulrike Heidecke
Berlin

Danke schön!

Ich freue mich immer, wenn die „STÜTZE“ ins Haus kommt, ich bewundere insgeheim die Mitwirkenden – ich weiß, was für Kleinarbeit zu leisten ist.

Der Artikel von Dr. Seifert im Heft 11/12 ist mehr als schwarzer Humor, zu komisch, daß sich auch offiziell Leute finden, die sich von den Mitteln, die dem Behindertenverband zugehen, ihren Anteil sichern wollen. Wozu sind wir denn noch alles gut? Vor ein paar Wochen konnte ich ganz kurz mal in einer BRD-Behinderten-Zeitung blättern und freute mich, als ich von Kontakten zwischen Ilja Seifert und dem Vorsitzenden der BRD-Zeitung erfuhr.

Von meinem Fenster aus sehe ich das Reha-Zentrum. Aus der „STÜTZE“ erfahre ich, daß am 9. Juni 1990 dort ein Treffen stattfand. Leider kann ich solche Dinge nicht mitmachen, ich habe Polio, und das hat sich so verschlechtert, daß ich seit 1982 ans Haus gefesselt bin. Auch damit muß man leben. Der „STÜTZE“ entnehme ich, daß meine Probleme auch die anderer Menschen sind: Leider sind wir so weit gekommen, daß ein Antidiskriminierungsgesetz erforderlich ist – das ist mehr als schlimm! Ein wahrer Segen, daß es so viele Menschen gibt, die sich die Machenschaften der Fürsorge-Organen nicht zum Vorbild nehmen.

Die jetzt aufkommenden Wohlfahrtsverbände betrachte ich sehr skeptisch. Die Veröffentlichungen der Presse lassen in mir einen Schauer vor der Zukunft, die ich sowieso fürchte, aufkommen. Anders ist es mit der STÜTZE. Auch deshalb danke ich allen Mitwirkenden herzlichst und wünsche viel Kraft und Ausdauer.

Ella Brauer
Schwedt

Ein Grundstein für die Zukunft

Endlich war es soweit. Vom 27. August bis 7. September fand der auch in unserer STÜTZE angekündigte Computer-Lehrgang für Menschen mit Behinderungen statt. Der Schulungsort, die Berliner Körperbehindertenschule, war gut gewählt, denn so gab es keine Barrieren, die uns das Lernen zusätzlich erschwerten. Insgesamt waren wir sieben wissensdurstige Menschen, die sich in zwei Gruppen mit dem Computer vertraut machen konnten. Nun haben wir es geschafft und haben eine Chance mehr, einen Arbeitsplatz behaupten zu können. Unsere Unterrichtsthemen waren vor allem: Textverarbeitung, Datenverarbeitung sowie der Personalcomputer.

Wolfgang Groß
Berlin

Selbst Hilfe leisten

Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, daß ich in Ihrem Verband aufgenommen wurde. Noch bevor ich in den Urlaub fuhr, erhielt ich Ihre Bestätigung. Wie und wann erfolgt die Beitragskassierung? Höre ich bald davon? Ich möchte nicht als „Schuldner“ in Ihrer Liste erscheinen.

Mir gefiel außerordentlich, daß das Schwerbehindertengesetz abgedruckt wurde. Nicht jeder hat regelmäßig den Zugriff zu den Gesetzblättern. Ich meine, es wäre ideal, würden Sie unter der Rubrik „Rechtliche Fragen und Antworten“ weiterhin erlassene Gesetze für die Betroffenen veröffentlichen – es also nicht nur bei diesem einen Abdruck belassen.

Immer wieder muß ich beim Lesen der STÜTZE feststellen, daß Ihre Beiträge vielseitig und informativ sind. Ich bereue auf keinen Fall als betroffene Mutter eines behinderten Sohnes diese Zeitschrift regelmäßig zu beziehen.

Hier noch eine andere Frage – vielleicht läßt sich auch dieser Hinweis irgendwann realisieren?

In der STÜTZE könnte evtl. eine Seite Anzeigen erscheinen, woraus ersichtlich ist, wer Hilfe braucht – auch wenn es nur Hilfe in Form von Schreiben von Briefen oder ähnlichem ist. Ich würde mich gern – natürlich im Rahmen meiner begrenzten Möglichkeiten – nützlich machen wollen.

Rosemarie Klix
Berlin

Urlaub im „Kinderland“ am Werbellinsee

Anfang des Jahres wurde uns Eltern behinderter Kinder angeboten, den diesjährigen Sommerurlaub im „Kinderland“ am Werbellinsee zu verbringen. Das Interesse war groß, da es für Familien mit Kindern, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, bisher sehr schwierig war, eine Ferienunterkunft zu finden.

Am 13. August reisten wir an, um gemeinsam mit palästinensischen Kindern, Kindern aus Tschernobyl, Rumänien, Schülern einer rehabilitationspädagogischen Schule aus Frankfurt/O. sowie der Körperbehindertenschulen in Berlin-Lichtenberg und Buch zehn erholsame Tage zu verbringen.

Die Karawane der vollgepackten Autos mit Hängern, beladen mit Hilfsmitteln wie Rollstühlen, Spezialfahrrädern und ähnlichen Fortbewegungshilfen, war wohl in der ehemaligen Pionierrepublik, dem heutigen „Kinderland“, ein neuartiger Anblick. Wir fanden sehr freundliche Aufnahme. Es wurde von den Mitarbeitern viel guter Wille gezeigt, sich unseren speziellen Bedürfnissen zu stellen.

Auf Begeisterung stießen bei uns die guten asphaltierten Wege. Daß diese oft an einem hohen Bordstein endeten, soll sich im nächsten Jahr ändern. Die räumlichen Bedingungen erwiesen sich dank der großzügigen Anlage als günstig. Nur die sanitären Bedingungen in den Häusern waren nicht ideal. Gemeinschaftsräume und -toiletten waren das kleinere Übel. Der Aufenthaltsraum im Keller stellte für Eltern mit größeren Kindern, die hinuntergetragen werden mußten, doch schon ein Problem dar.

Das Programmangebot für die Kinder war sehr abwechslungsreich. So wurden der Badestrand mit Liegewiese und dem großen Spielplatz viel genutzt. Erfreulich war auch die für uns kostenlose Ruderboot- und Wassertreterausleihe. Höhepunkt

war ein Neptunfest, bei dem unsere Kinder mit viel Engagement der Organisatoren ins Geschehen einbezogen wurden. Überraschend auch die Erfahrung, wie selbstverständlich die nicht behinderten Kinder unsere kleinen Rollstuhlfahrer in das Diskogeschehen einbezogen. Bald tanzten unsere Kinder mit, wurden gedreht und gewirbelt. Wir Eltern waren abgemeldet – und wieviel Spaß alle dabei hatten!

Neben den Diskoabenden gab es Puppentheater, einen Zirkusbesuch, eine Singestunde, Computerspiele und, nicht zu vergessen, die Möglichkeit, täglich die Sporthalle zu benutzen. Schließlich sollten die Therapieprogramme auch im Urlaub nicht völlig vernachlässigt werden. So vergingen die Tage wie im Fluge. Dieser Urlaub war für uns Eltern und Kinder sehr erholsam. Außerdem hatte dieser Aufenthalt den Nebeneffekt, daß wir Eltern uns untereinander besser kennenlernen konnten. Als positiv empfanden wir auch, daß zwei Kindergärtnerinnen des Bucher Reha-Zentrums mit dabei waren. Das ermöglichte manchen Eltern einige ruhige Stunden. Wir hoffen, daß es weiterhin möglich sein wird, daß Familien mit behinderten Kindern und behinderte Kinder mit ihren Betreuern hier schöne Tage verbringen können. Wir sagen danke schön und wünschen, daß das „Kinderland“ am Werbellinsee auch in Zukunft seinem Namen alle Ehre macht.

Interessenten für einen solchen Aufenthalt können sich an folgende Adresse wenden: Kinderland Werbellinsee, 1301 Altenhof, Abt. Sonderbelegung im Haus 2, Frau Gärtner/Frau Schulz, Tel. 205/232.

Gudrun Lehmann
Birkenwerder

Die Antwort des Herrn de Maizière

Im Heft 13/90 veröffentlichten wir einen Offenen Brief des Herrn Wolfhard Hausmann an Herrn Lothar de Maizière und Frau Dr. Hildebrandt, in dem Herr Hausmann beeindruckend die Situation nach dem 1.7.90 für Behinderte in Pflegeheimen schildert und um konkrete Hilfe bittet. Er erhielt jetzt Antwort:

Werter Herr Hausmann, Ihren Brief vom 29. 7. 1990 hat der Ministerpräsident erhalten und aufmerksam gelesen. Er bedankt sich bei Ihnen für Ihr entgegengebrachtes Vertrauen.

Allein aus terminlichen Gründen kann er Ihnen nicht persönlich antworten und hat mich damit beauftragt.

Sie dürfen versichert sein, daß ich für Ihr Anliegen und Ihre Sorgen Verständnis habe und daß der Regierung die erforderlichen Entscheidungen nicht leichtgefallen sind.

Eine für die Heimbewohner günstigere Lösung wäre sicher wünschenswert, die dafür erforderlichen Mittel können jedoch aus dem Staatshaushalt nicht aufgebracht werden.

Der durchschnittliche staatliche Kostenaufwand pro Platz betrug bisher rund 712 M pro Monat, und auch von vielen Heimbewohnern wurde angesichts der vergleichbaren Aufwendungen im eigenen Haushalt ihr bisheriger Beitrag als ungerechtfertigt niedrig empfunden.

Ab 1. 1. 1991 ist eine Neuregelung analog den Bestimmungen in der BRD, bei der auch die Unterschiede in der Wohnungssituation und der Betreuungsqualität Beachtung finden werden, vorgesehen. Im Herbst des Jahres ist geplant, ein Informationsmaterial für Heimbewohner und Mitarbeiter herauszugeben, welches über das künftige Heimgesetz informiert und auch zum Rechtsanspruch auf Sozialhilfe detaillierte Auskünfte geben wird.

Bezüglich der von Ihnen angeführten Forderungen habe ich die zuständigen Dienststellen des Ministerrates um Kenntnisnahme und Einbeziehung in weitere Überlegungen zu dieser Problematik gebeten.

Mit den besten Wünschen für Sie persönlich und alle anderen Heimbewohner verbleibe ich mit freundlichem Gruß

Bolze
Mitarbeiter

(Und das war's dann auch. Die Redaktion hat nichts weggelassen, nichts verändert, nichts hinzugefügt.)

Verbandsarbeit als Lebenshilfe

Ich bin Mutter einer behinderten Tochter. Seit Jahren mache ich mir Gedanken, was aus meiner Tochter wird, wenn ich einmal für immer die Augen zumachen werde. (Ich bin 65 Jahre und meine Tochter ist 41 Jahre alt.)

Meine Tochter leidet an Gleichgewichtsstörungen, die bekanntlich durch die Erkrankung des Kleinhirns verursacht werden. Sie leidet sehr unter dieser Krankheit und denkt oft an die Zeit zurück, als sie noch laufen und radfahren konnte und wir gemeinsam unseren Urlaub verlebten. Sie kann nicht damit fertig werden, daß sie jetzt im Rollstuhl gefahren werden muß.

Bisher hat sich um uns niemand gekümmert. Sie bekam vom Arzt ihre Rezepte für Medikamente ausgeschrieben, und wenn ich mich alle paar Jahre mal für ein paar Tage entspannen wollte, wurde sie für diese Zeit in die Nervenklinik Uchtsprünge eingewiesen, wo sie dann mit 15 bis 20 Personen in einem Saal schlafen mußte, was sich sehr deprimierend auf sie auswirkte. Das war die Betreuung, die wir bisher erhielten.

Meine Tochter wurde stumpfsinnig. Sie zog sich in ihr Zimmer zurück, sprach mit mir jahrelang kaum ein Wort und kam nur zum Essen und Schlafen aus ihrem Zimmer heraus. Ich habe des öfteren darüber mit ihrem behandelnden Arzt gesprochen, aber es gab keine Möglichkeit, uns zu helfen. Die einzige Hilfe bestand darin, daß sie immer wieder in die Nervenklinik Uchtsprünge eingewiesen wurde. Der Kreislauf begann immer wieder von vorn. Ich kannte ihre Krankheit. Es waren Depressionen, unter denen sie sehr litt, die aber immer negiert wurden.

Erst seit der Bildung des Behindertenverbandes und meiner aktiven Mitwirkung darin kann ich sagen, daß sich der Zustand meiner Tochter verbessert hat. Sie zeigt wieder Interesse an ihrer Umwelt und freut sich immer auf die Zusammenkünfte im Verband.

Wenn auch die Arbeit im Verband sehr schwer anläuft, weil auf diesem Gebiet noch keine Erfahrungen vorliegen, sehr viel improvisiert werden muß und keine finanziellen Mittel vorhanden sind, so versuchen wir doch, Abwechslung in das Leben der Behinderten zu bringen. Wir haben dazu auch Verbündete, die uns unterstützen. Z. B. können wir die Geschützte Werkstatt nach Beendigung ihrer Arbeitszeit für unsere Zusammenkünfte nutzen. Hier finden wir alle Bedingungen vor, die Rollstuhlfahrer benötigen. Dafür sei ein besonderes Dankeschön der Leiterin, Frau Gehn, gesagt.

Wenn sich auch jetzt eine Verbesserung der Arbeit mit den Behinderten anbahnt, so stehen noch viele Bedürfnisse offen, die nicht unter den Tisch gekehrt werden dürfen. Die am schwersten Betroffenen sind ja in jedem Fall die Rollstuhlfahrer, die Alten und die Gehbehinderten. Aus meiner Arbeit im Verband kann ich sagen, daß hier noch vieles zu tun ist.

Hier nur ein Beispiel:

Bei der Besichtigung von Behindertenwohnungen in einem Neubaugebiet von Stendal mußten wir feststellen, daß dort mehr als herzlos gearbeitet wurde. Die Wohnungen wurden zwar fertiggestellt und von Behinderten bezogen. Eine Rampe bzw. Auffahrt zu den Wohnungen wurde ebenfalls gebaut, aber die Außenmauer vom Balkon wurde nicht angebracht. Die Auffahrten und Balkons sind Tummelplatz für Kinder und Jugendliche, so daß die Bewohner ihre Balkontüren und Fenster nicht öffnen können. Die Zufahrtsstraßen und Fußgängerwege sind noch nicht hergerichtet. Von den noch vorhandenen Baustraßen sind die Plattenelemente abgekippt, und einem Rollstuhlfahrer ist es nicht möglich, diese Behindertenwohnungen ohne fremde Hilfe zu erreichen. Ein Rollstuhlfahrer, der an dieser Kontrolle ebenfalls teilnahm, kam ohne Hilfe nicht wieder auf die befestigte Fahrbahn.

Es genügt also nicht, wenn die jetzt regierenden Parteien ein Lippenbekenntnis für Behinderte und Alte abgeben, sondern man sollte endlich für diese Menschen ein offenes Herz haben

Post an den Verbandspräsidenten

„**Lieber Ilja**, beiliegend übergeben wir Dir zur Kenntnisnahme unser Antwortschreiben auf das, was Herr Dieter Bischoff uns am 4. September 1990 servierte. Wir haben diesen offenen Brief auch an die Behindertenzeitschrift „Selbsthilfe“ der BAGH gesandt.

Werter Herr Dr. Bischoff! Mit äußerstem Befremden haben wir Ihren Brief vom 4. September 1990 erhalten. Mit Ihrer Drohung und Ihrer Auffassung zur Behindertenarbeit können wir überhaupt nicht konform gehen.

Wir sind ein kleiner Verband zur Selbsthilfe auf ländlichem Gebiet. Was soll da eine Zersplitterung in behindertenspezifische Verbände und Gruppen, wie Sie es ausdrücklich verlangen. Das wäre das Dümme, was man derzeit überhaupt machen könnte. Hier gibt es nur eines, nämlich Zusammenarbeit aller Behinderten und chronisch Kranken sowie deren Angehörigen und Freunde in einem Verband.

Da bereits der VdK mit teilweise sehr undemokratischen Methoden versucht, Mitglieder zu ziehen und aus machtpolitischen Gründen die Behinderten spaltet, sollte es der BAGH gut zu Gesicht stehen, auf solche „unkollegialen“ Methoden zu verzichten.

Oder wie ist es aufzufassen, daß Sie uns auffordern, am Kolloquium am 16. Oktober 1990 zum „Menschenwürdigen Wohnen“ teilzunehmen und dort die BAGH zu vertreten, auch wenn wir nicht Ihrer Organisation beigetreten sind?

Sie als Jurist müßten es doch wissen, daß ein derartiger Brief, so wie wir ihn von Ihnen erhalten haben, bereits als eine Form von Nötigung ausgelegt werden kann.

Mit dem Hinweis auf eine Spende vom März dieses Jahres, die als Wiedergutmachung der SED/PDS als einzige der Altparteien der DDR an den Behindertenverband der DDR zur Gründung erfolgte, versuchen Sie auch eine Ideologisierung der Behindertenpolitik vorzunehmen.

Sind das demokratische Mittel?

Und wo bleibt da die konstruktive Zusammenarbeit?

Als Delegierter des Klubs der Behinderten zum Gründungskongreß des Behindertenverbands der DDR, auf dem Ihr Kollege Österwitz als Vertreter der BAGH auftrat, muß ich mein Befremden zum Ausdruck bringen, denn nur gegenseitige Achtung vor der Leistung des anderen und konstruktive Zusammenarbeit bringen uns voran.

Auf dem Lande ist nur eins sinnvoll, daß nur eine Behindertenvereinigung geschlossen und konstruktiv mit den Gemeinde- und Stadtverwaltungen sowie den Landratsämtern zusammenarbeiten kann und gleichzeitig ohne Trennung nach Behinderungsart und chronischer Erkrankung die Behinderten sich einander kennenlernen und gegenseitig helfen und miteinander für gemeinsame Interessen eintreten können.

Die Verwaltungen und die Ämter in den Landkreisen sowie die Wohlfahrtsverbände haben dann **einen** und sehr kompetenten Ansprechpartner, der die umfassende Breite der behinderungsgerechten Ausstattungen und Ansprüche komplex beantworten und beraten kann. Auch für Zuwendungen kommt nur ein Verband oder Verein mit Ansprüchen, der dann geringere Unkosten hat, es existiert nur ein Vorstand.

Also, die Organisation auf dem Lande in einem Verband hat unübersehbare Vorteile, davon sind wir überzeugt und werden auch weiterhin so weiterarbeiten, wie es für die Behinderten und Geschädigten und ihre Angehörigen von Vorteil ist und wie ihre Interessen am besten vertreten werden.

Nach Vorschriften haben wir 40 Jahre gelebt! Von nun an bestimmen wir unser Leben selbst und mit Würde.

Klub der Behinderten e.V. --
Kreisverband Hettstedt
M. Hesse

Wieder nur Versprechungen?

Die Veränderungen in unserem Land sind gewaltig – doch bleiben für die Behinderten von diesen Veränderungen nur einige „Spritzer“ übrig. Die Diskriminierungen in der Gesellschaft und im Beruf können nicht plötzlich in „Wohlwollen“ umgewandelt werden, doch scheint sich der Behinderte lediglich im Wahlkampf zu bewähren. Sicher, da werden viele Versprechungen gemacht. Doch sollte wenigstens ein Teil dieser Versprechungen in Realität umgewandelt werden.

Die Abgeordneten bekommen recht wenige Behindertenprobleme zur Diskussion, und allein das Behindertengesetz tut es nicht. Behörden und Betriebe betrachten dies sicher nur als notwendiges Anhängsel, und der tägliche „Kampf“ des Behinderten bleibt. Viele Probleme bringen die neuen Tarife der Handwerker und Dienstleistungsbetriebe mit sich, doch das Pflegegeld wurde noch nicht angehoben. Löhne, Renten, Diäten, Ausgleichszahlungen wurden erhöht, doch hier wird wieder gespart, und die größte Diskrepanz scheint es eben bei den Pflegegeldern zu geben.

Dieser Zustand ist nach unserer Meinung nicht tragbar, und wir fordern eine Aufbesserung dieser Zahlungen.

Im Namen der Rollstuhlsportgruppe

Hendrik Grützner
Rudolstadt

Endlich ABiD

Was wird aus unserem selbstgeschaffenen Verband? Was wird aus dieser Gemeinschaft, die sich nach dem Herbst 1989 endlich gefunden und nach eigenem Willen – ohne Anleitung von oben – organisiert hat? Diese Gedanken bewegten mich lange und schwer, sollten wir alles Eigene wieder aufgeben und in einen der vielen alten Verbände Unterschlupf finden? Mir fiel ein Stein vom Herzen, als ich im Heft 14/90 der STÜTZE las, daß unser junger Verband in ganz Deutschland wirken will und sich deshalb in den Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde“ (ABiD) umbenennt. Sicher wird dieser Weg sehr schwer werden, ich weiß auch nicht, ob wir uns tatsächlich durchsetzen können, zumal es immer wieder von reicheren Verbänden Bemühungen gibt, uns einzukassieren. Dennoch, selbst wenn uns nicht alles gelingt, dann haben wir wenigstens den Versuch gemacht, selbständig zu sein, und ich glaube, schon das gibt jedem von uns Kraft und Zuversicht – und wer hat das nicht nötig?

Konrad Schneider
Gera

Schutzregelungen für Schwerbehinderte?

Ich bin als Schwerbehinderter in einem chemischen Großbetrieb des Kreises Merseburg beschäftigt.

Die Entwicklungskonzeption des Unternehmens sieht einen drastischen Abbau des Personalbestandes vor. Bis zum 31. Oktober 1990 ist Kurzarbeit angeordnet worden; was kommt dann auf uns zu? In der Grundstoffindustrie sind typischerweise die meisten Behinderten in den Verwaltungen und produktionsvorbereitenden Bereichen beschäftigt. Und gerade diese Tätigkeitsfelder werden überdurchschnittlich personalreduziert.

Obwohl für die Schwerbehinderten umfangreiche gesetzliche Schutzregelungen festgeschrieben wurden, sind Härtefälle bei der Findung von geeigneten Beschäftigungsmöglichkeiten für die besondere Gruppe der Schwerbehinderten, gem. SchwbG, § 6 (1) und (2), in absehbarer Zeit nicht mehr auszuschließen.

Zur Milderung der sozialen Härtefälle sollte der in § 6 bezeichnete Personenkreis eine vorgezogene Vorruhestandsregelung, geschlechtsbezogen ab 10 Jahre vor dem gesetzlichen Rentenbeginn, in Anspruch nehmen können. Diese Ausnahmeregelung sollte bis Ende 1991 oder 1992 befristet werden.

Ich bitte mein Anliegen aufzugreifen und durch die zuständigen Ausschüsse bearbeiten zu lassen.

Walter Rotermund
Braunsbedra



Pro und Kontra ABiD

Der ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde“) erfreut sich derzeit, noch ehe er recht entstanden ist, heischender Angebote von Verbänden der BRD. Der VdK (Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner in Deutschland e. V.) an hervorragender Stelle müht sich mit sehr verschieden nuancierten Angeboten um eine Fusion.

Pro und Kontra beherrschen die Diskussionen im Lande, wobei das Pro im Süden vorzuherrschen scheint, das Kontra entschieden im Norden.

Betrachten wir unsere jüngsten Erfahrungen mit dem großen Bruder im Westen, so kann dem Pro einiges an Realismus, dem Kontra jedenfalls an Mut unterstellt werden.

Der VdK kann darauf verweisen, daß er des Ks wegen die Obrigkeit eindeutig in der Pflicht hat, denn welcher Staat, wenn er halbwegs ein Rechtsstaat ist, kann denen, die „Auf dem Felde der Ehre“ ihre Gesundheit zurückgelassen haben, Hilfe und lebenslange Aufmerksamkeit versagen? Diese Betrachtung entbehrt nicht einer (alten) Logik; allein, sie will in unser Denken nicht so recht passen. Für uns war auch die NVA ein leider und nur möglicherweise notwendiges Übel.

Andererseits ist der Behinderte seit Jahrhunderten, wenn er nicht durch diesen fragwürdigen „Feld-Ehr-Begriff“ gedeckt war, oft ein Gegenstand (mitunter lästiger) der Barmherzigkeit und des Mitleids in einem Refugium am Rande. Ebensooft ein mit Almosen und (absetzbaren) Spenden auf Distanz gehaltenes Übel. Das ist eine ebenso alltägliche wie überkommene bittere Realität.

Der ABiD will nun nicht nach Rechtfertigungen, Begründungen und Ursachen eines Leides fragen. Er erkennt an, was offensichtlich ist: Hier bedarf ein Mitbürger unserer Hilfe und vorbe-

haltloser Anerkennung. Er schreibt gleichsam als Motto „Für Selbstbestimmung und Würde“ und möchte damit sehr bestimmt ein Zeichen setzen. Geboren ist das Selbstbewußtsein im November 1989 allein aus dem Willen, behinderten Menschen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu garantieren und fortan zu pflegen. Kaum eine der unzähligen mehr oder weniger in Staats- oder Stasifizierten Parteien und Gruppierungen unserer problematischen Geschichte kann auf einen so reinen Quell ihrer Geburt verweisen. Allein der Wille der Betroffenen sprach für das Entstehen, und politisches Paktieren und Taktieren ist dem ABiD satzungsgemäß fremd: „parteilich und weltanschaulich unabhängige, basisdemokratische und solidarische Selbsthilfeorganisation“ will er sein.

Um so selbstlos bleiben zu können, bedarf er der Hilfe, des toleranten Umgangs nur der verpflichteten Sache wegen: „Für Menschen mit Behinderungen, deren Angehörige, Freunde und all derer, die mit ihnen und für sie arbeiten und leben, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele und Zwecke“ verfolgend. Es ist dabei vollkommen gleichgültig, ob ein Mitbürger durch die Geburt, die Arbeit, den Wehrdienst oder einfach des Alters wegen behindert ist. Sie alle können auf Hilfe rechnen und sich in Selbsthilfe finden. Kein Amt sollte in peinigen und ermüdenden Befragungen nach Begründungen suchen, ob der Behinderte „zu Recht“ Gliedmaßen, Augenlicht, Hörfähigkeit oder Denkfähigkeit verloren hat und wieviel das an Geld wohl bringen oder kosten mag.

Die UNO formulierte 1975 Rechte der Behinderten (Resolution 344). Im § 3 heißt es: „Behinderte haben das angeborene Recht auf Achtung ihrer Menschenwürde, Behinderte haben ungeachtet der Ursache, Art und Schwere ihrer Benachteiligung die gleichen Grundrechte wie ihre gleichaltrigen Mitbürger, d. h. zunächst und vor allem das Recht auf ein möglichst normales und erfülltes, menschenwürdiges Leben.“

Alle Parteien haben in Wort und Schrift seit dem November '89 den Behinderten Anerkennung und Hilfe zugesagt. Sie sind für

Gleichstellung. Sie haben sich verpflichtet, erst einmal dafür zu sorgen, daß behinderte Mitbürger gleiche Rechte, gleichen Zugang zu allen Bereichen des Lebens finden können.

Dafür ist abzubauen oder zu verändern, was behinderte Menschen so ungleich macht. Das ist nicht allein eine Frage des Geldes, des Reichtums eines Staates, das ist zuerst eine Frage der Haltung zum Mitbürger, des Wissens um seine Sorgen, um sein Leben und seinen Lebensanspruch!

Es ist Ausdruck des festen Willens aller im ABiD, nicht nach Rechtfertigungen und Begründungen des Handicaps zu fragen. Allein die Tatsachen entscheiden, und alle können gleicher Würdigung sicher sein. Das ist eine im Grundsatz aufgeschlossene, moderne Haltung zum Begriff einer Selbsthilfeorganisation jenseits allem deutschen Vereinsdenken. Sie vereint die heute aufgeklärtesten Gedanken und Ideen der Behindertenbewegung.

Wie kommt ein so junger Verband zu dieser bemerkenswerten Klarsicht im Begriff? Das Geheimnis liegt im reinen Quell der Gründung, denn kein politisches Kalkül, kein Auftrag einer wie immer gearteten und parteilich gebundenen Obrigkeit verwässerte oder trübte die Gedanken während der Gründungszeit.

Der entstehende ABiD sollte unser aller Aufmerksamkeit sicher sein können und unserer toleranten Hilfe frei jeder Berechnung. Prüfen wir die Bekundungen im kommenden Wahlkampf sehr gewissenhaft. Wir alle haben im Grunde nur eine Stimme.

Volker Keßling
Weitlin

ter Begriff, wie er mir im ND-Artikel entgegentritt, sondern hängt zusammen mit der Verbesserung meiner Lage. Warum hat unser Behindertenverband eine so große Angst vor einer Umarmung eines der großen Behindertenverbände der BRD, wo doch jedem Handwerksbetrieb empfohlen wird, sich einen starken Partner im Westen zu suchen?

Reinhard Mlika
Berlin

Post an den Verbandspräsidenten

Lieber Ilja! ... den neuen Namen unseres Verbandes – ABiD – finde ich echt gut, kurz und einprägsam.

Bei uns gab es in den letzten vier Wochen erhebliche Probleme. Wir mußten uns der Tendenz erwehren, von der Lebenshilfe geschluckt zu werden. Darüber sind wir nun, so hoffe ich, endgültig hinweg.

Das Haus der Behinderten soll nun mit Leben erfüllt werden. Wir wollen in diesem Jahr noch einige Veranstaltungen organisieren. Nach der Wiedervereinigung, oder wie man das auch nennen will, werden wir uns einen Experten auf dem Gebiet des Sozialhilfegesetzes holen.

Eine Weihnachtsfeier, ein Bastelabend und ein Elternnachmittag mit den Kindern sollen folgen. Dabei müssen wir uns bemühen, unsere Mitglieder aktiv in die Arbeit einzubeziehen. Das ist nicht so einfach. 40 Jahre Bevormundung lassen sich nicht so einfach und schnell überwinden.

Bei unserer letzten Vorstandssitzung haben wir über die Zukunft unserer Kreisorganisation nachgedacht. Was würdest Du uns raten? Sollen wir uns als eigener „e. V.“ eintragen lassen? Wir gehören ja bis jetzt zum Land Sachsen-Anhalt. Bis jetzt hat uns das noch keinen Vorteil gebracht. Wir sind völlig auf uns gestellt.

Außerdem möchte ich gern wissen, ob wir das Darlehen von 2 000 DM auch später noch beantragen können, eventuell als projektbezogene Unterstützung für das Haus der Behinderten? Und noch etwas: Mütter von schwerstbehinderten Kindern fragen oft, ob ihnen die Pflegejahre als versicherungspflichtige Jahre auf die Rente angerechnet werden. Dadurch würde diesen Müttern der Gang zum Sozialhilfeamt erspart bleiben, denn sie hätten ein Recht auf Rente.

Ich hoffe auf Deine Unterstützung und wünsche Dir, daß Du gesund bleibst.

Birga Letz
Oschersleben



Schon lange trage ich mich mit dem Gedanken, mich an Dich zu wenden. Doch einige Probleme, die mich bewegten, klärten sich im Laufe der Zeit durch Beiträge in der STÜTZE. Mich bewegte schon seit langem, mit zusehen zu müssen, wie sich oft unter schwierigsten Bedingungen gebildete Kreisverbände u. a. in den letzten Monaten widerspruchlos – oft auch noch mit großer Begeisterung und Idealvorstellungen – den Mantel des VdK überstülpen ließen. So erfuhr ich z. B. ganz nebenbei, daß es meinen Bezirksverband gar nicht mehr gibt, dafür aber einen VdK Land Sachsen.

Bloß gut, daß ich der Einladung des Verbandes trotzdem gefolgt bin. Am 3. Juli 1990 nahm ich an einer Besprechung teil, wo wir vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Dann behauptete man noch, daß doch alle Kreise Bescheid gewußt hätten und einverstanden gewesen wären. Da habe ich mich schon das erste Mal unbeliebt gemacht, als ich dem widersprach. Dann sollten wir die Anmeldungen der Mitglieder der Kreisverbände bis Mitte August erledigen, und zwar beim VdK! Das war mir dann doch zu toll. Ich fragte, wo denn hier die Demokratie bleibe, daß ich nicht bereit sei, unsere etwa 50 Mitglieder unserer gerade gegründeten „Behinderteninitiative Marienberg e. V.“ (30. Juni 1990) an den VdK zu verschachern. Darüber müsse man in einer Mitgliederversammlung sprechen, und diese war erst für Anfang September geplant. Meinen Vorstand habe ich umfassend über diesen Vorfall informiert. Am „tollsten“ fanden ja alle, daß monatlich 5 DM pro Beitrag beim VdK abzuführen sind. Vom Dachverband in Berlin wollte man bei uns aber lange Zeit auch nichts wissen und deshalb niemanden zum Gründungskongreß delegieren. Deshalb bin ich einfach auf eigene Faust gefahren. Jetzt ist die Sachlage anders. Meine Arbeit wird geschätzt, und mein Wort gilt im Vorstand auch was. So habe ich mit unserem Vorsitzenden gesprochen, daß ich am 29. September 1990 nach Chemnitz fahren werde, wo unter anderem Jürgen Demloff Fragen zur „Sozialpolitik“ beantworten wird. Da war unser Vorsitzender doch sehr daran interessiert, wie sich der „Dachverband“ im geeinten Deutschland profilieren wird. Darüber war ich sehr er-

freut. Zeigt es doch, daß in den letzten Monaten allerhand Mißtrauen und Intoleranz abgebaut wurde. Von Jürgen Demloff erfuhr ich, daß der Dachverband jetzt „Allgemeiner Behindertenverband Deutschland e. V.“ heißt und er ein neues Statut hat. Besonders gut finde ich, daß man jetzt die Möglichkeit hat, als Einzelperson beizutreten. Sollte sich unsere Behinderteninitiative in nächster Zeit doch nicht entschließen können, beizutreten, dann werde ich es als Einzelperson tun.

Marion Arnold
Marienberg



... wie Du wahrscheinlich schon erfahren hast, hatten wir beim Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen eine heiße Diskussion über die Zukunft der Behindertenbewegung in der BRD. Ich halte es nach wie vor für notwendig, den ABiD zu erhalten, vor allem gegen die Angriffe von etablierten Verbänden und die Idee auszudehnen auf die gesamte BRD. Das wäre allerdings kein Anliegen einer Partei-Gruppierung wie der BAG, sondern müßte von den einzelnen örtlichen Initiativen ausgehen.

Ich persönlich erwäge gegenwärtig einen Beitritt zum ABiD, möchte aber vorher noch Genaueres über Eure innere Struktur erfahren, über die ich bisher wenig weiß. Der STÜTZE und Gesprächen am Wochenende habe ich entnommen, daß es mittlerweile einen Entwurf für eine neue Satzung gibt, die u. a. den Beitritt von Einzelpersonen ermöglichen soll. Ich möchte Dich bitten, mir eine Kopie dieses Entwurfs zuzuschicken, damit ich mich gegebenenfalls auch an der Diskussion darüber beteiligen kann ...

Andreas Jürgens
Kassel

Vorsicht bei Haustürgeschäften

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber behinderten Menschen wird derzeit von gewissenlosen Geschäftemachern und Vertretern dubioser Vertriebsfirmen ausgenutzt. So wurden Sammlungen für den angeblichen Bau eines Heimes für geistig Behinderte durchgeführt.

Eine andere Methode: Ein sympathisch aussehender junger Mann klingelt, weist sich mit einem ominösen Ausweis mit Lichtbild unaufgefordert aus und bittet um ein persönliches Gespräch im Interesse behinderter Menschen. Dabei bietet er Glückwunschkarten an, deren Motive angeblich „durch Spastiker mundgemalt“ wurden, das ganze Päckchen zu „nur 29,80 DM“. Unfreundlich und unhöflich wird er erst, als man ihn nach der Organisation fragt, die er zu vertreten vorgibt. Es gibt keine. Wie der Besucher – zunehmend verunsichert – ausführt, handle es sich um „private“ Spastiker, die selbst nicht sammeln gehen könnten, die auch keinem Verein Behinderter angehören. Sein Ausweis entpuppt sich als ein Druckerzeugnis, das ihm bescheinigt, Vertreter einer Vertriebsfirma aus Frankfurt (Main) zu sein. Als er nach seinem Personalausweis gefragt wird, verläßt er fluchtartig die Wohnung, um es anderswo erneut zu versuchen.

Als ihn Mieter eindringlicher nach den Behinderten fragen, die er zu vertreten vorgibt, droht er mit einer Anzeige wegen „Geschäftsschädigung und Verleumdung“ und macht sich aus dem Staub. So geschehen im Oktober in Ostberlin.

Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland (ABiD) hat keine Vertreter, die irgendwo irgend etwas verkaufen, weder zu normalen noch zu solchen Überpreisen.

Rudi Renner
Berlin

Solidarische Selbsthilfe

Nun hat er einen neuen Namen, der Dachverband – und eine neue, vorläufige Satzung auch. Damit ist der Behindertenverband dem Zug der Zeit, der allgemeinen Hektik in der Entwicklung der Verhältnisse gefolgt, er hat der Notwendigkeit, auf die aktuelle Situation einzugehen, Rechnung getragen. Wer an dieser Stelle gewisse Vergleiche mit Parteien oder Gewerkschaften zieht, die nun in ganz Deutschland wirken, mag an die Attacken (zur Vereinnahmung) des VdK, des Reichsbundes und letztlich auch der BAG gegen unseren Verband erinnert werden.

Der ABiD hat seine Berechtigung in ganz Deutschland zu wirken, zu wirken als der Verband, in dem Behinderte selbst ihre Interessen vertreten. Noch wird um die materielle Grundlage einer wirkungsvollen Arbeit gerungen. Vielen Basisgruppen, Kreisverbänden fehlen Erfahrungen in der Sicherstellung der materiellen Basis. Der Informationsfluß ist in beiden Richtungen spärlich, oft fehlt er gänzlich. Das Bemühen des ABiD, die Basisarbeit voranzubringen, z. B. durch die Anschubfinanzierung, ist richtig – nur fehlte die informative Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Landesverbänden. Spontanes, Gutgemeintes muß auch bis zu Ende ge- und bedacht werden!

Positiv die Information über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des ABiD – damit ist ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung des Verbandes erreicht.

Nun gilt es in verstärktem Maße, die solidarische Selbsthilfe voranzubringen, so wie es in der neuen und alten Satzung steht. Leider hört bei vielen Behinderten die Selbsthilfe mit den eigenen Problemen und Interessen auf – das Solidarverhalten gegenüber und mit anderen Behinderten fehlt noch zu oft. Ich denke, daß es an der Zeit ist, wieder einmal ins Bewußtsein zu rufen, was solidarische Selbsthilfe eigentlich heißt.

Den Politikern vor lauter Wahlkampf, den Nichtbehinderten in Ungewißheit um ihren Arbeitsplatz, den Behinderten in Sorge

um ihre soziale Absicherung und allen zusammen unter den Eindrücken der Einheit Deutschlands ist das Gefühl für und der Sinn der solidarischen Selbsthilfe nicht immer bewußt. Solidarisch heißt gegenseitig, übereinstimmend und füreinander einsteher.

Die solidarische Selbsthilfe der Behinderten ist immer so gut, wie sie Behinderte zu organisieren und zu leisten vermögen. Der BV Potsdam, jetzt im Land Brandenburg, hatte in den ersten Monaten seines Bestehens viel Lehrgeld zu zahlen. Jetzt sind wir auf dem Weg nach vorn. Was uns in entscheidendem Maße voranbringen soll, sind gute Verbindungen zu den Basisgruppen. Wir fahren verstärkt zu Veranstaltungen der Basisgruppen und vermitteln die Erfahrungen der Basisgruppen untereinander. Mit der Hauptgeschäftsstelle des ABiD stehen wir in ständiger informativer Verbindung. Aber wir haben auch weiterhin Probleme, in Brandenburg ist noch kein Landesverband gebildet.

Die Vorbereitungen der Landesverbandsbildung übersteigen die Kräfte nur eines Bezirksverbandes. Hier ist die Mitarbeit aller Basis- und Kreisorganisationen des Landes gefordert – auch eine solidarische Selbsthilfe!

Nutzen wir DIE STÜTZE, teilen wir (weiterhin) unsere Probleme, Forderungen und Erfolge mit. Ich bin zuversichtlich, daß der ABiD, daß alle seine Mitglieder sich zu dem entwickeln, was andere Verbände in Deutschland sein möchten und doch nicht sind: eine Selbsthilfeorganisation von und für Behinderte.

Lothar Brüning
Potsdam

Von 510 DM Rente 50 DM für Hilfeleistung

Besondere Unterstützung ist bisher nach der Wiedervereinigung für körperbehinderte Menschen noch nicht spürbar geworden. Dabei gibt es doch viele Möglichkeiten. So könnte doch z. B. der Metallbetrieb in Lauchhammer, der bisher Schubkarren produzierte, die kaum noch gefragt sind, Rollstühle für Behinderte herstellen. Notwendig wäre es auch, daß sich die Mitarbeiter in den staatlichen Einrichtungen einen klaren Überblick über die Anzahl der körperbehinderten Menschen in ihrem Territorium verschaffen und auch prüfen, wie diese leben, um kurzfristig dort zu helfen, wo es am notwendigsten ist. Diese Stellen sollten auch die STÜTZE abonnieren, um sich über Fragen der Behindertenbewegung orientieren zu können. Sicher geht es vielen noch schlechter als mir, dennoch muß ich von meinen 510 DM Rente monatlich 50 DM für notwendige Hilfeleistung bezahlen. Dabei weiß ich nicht, ob das nicht bald noch teurer wird. Es müßte doch ein Pflegedienst eingerichtet werden können, der immer die notwendige Hilfe gibt.

H. Hartmann
Lauchhammer-Ost

Ich fühle mich nicht mehr so allein

Ich habe meine Behinderung lange Zeit nicht annehmen können, ich fühlte mich irgendwie geschändet, schämte mich, nicht so laufen zu können wie andere. Ich zog mich zurück, damit niemand meinen Leistungsabfall merken sollte. Dann kam eine Zeit des Selbstbedauerns – warum gerade ich ...?

Während eines Krankenhausaufenthaltes lernte ich dann Menschen kennen, denen es schlimmer ging als mir, die aber darüber sprachen und sich bemühten, trotz ihrer Behinderung dem Leben etwas abzugewinnen. So knobelte z. B. ein Rollstuhlfahrer lange daran, wie er weiterhin sein Theateranrecht wahrnehmen und ab und zu einmal ein Konzert besuchen kann. Erfriischend war auch seine Reaktion für mich, als er mein Selbstmitleid spürte. Wir blieben in brieflicher Verbindung, und Anfang dieses Jahres empfahl er mir, mich doch in meinem Kiez darum zu kümmern, daß der Behindertenverband „zum Laufen“ kam. Ich folgte seinem Rat, und seitdem habe ich neuen Mut gewonnen. Ich fühle mich nicht mehr überflüssig und erst recht nicht allein, jetzt glaube ich fest, daß solche Gemeinsamkeit die beste Medizin für Menschen mit Behinderung sein kann – und diese Medizin werde ich nicht nur mir selbst in reichem Maße verordnen.

Gertraude Mühleisen
Dresden

Post an den Verbandspräsidenten

Sicher erinnerst Du Dich noch an unsere Gespräche über das Buch von Wilhelm Thoms „Mitten im Leben“. Wir waren damals alle stark berührt und nicht nur, da wir ebenfalls beide HWS-Geschädigte sind. Ich hatte gleich nach der Lektüre damals einige Schlußfolgerungen niedergeschrieben. Leider haben wir diese Gedanken nicht weiterverfolgt, zumals es kaum Chancen zur Verwirklichung gab, aber da vieles auch jetzt noch aktuell ist, übergebe ich Dir heute eine Durchschrift dieser Arbeit (wir können daraus nur stark gekürzt einige Gedanken zitieren / die Red.).

Der Wert des Buches liegt neben seiner Authentizität vor allem in seiner optimistischen Aussage, daß ein so schwer Geschädigter auch in der schier aussichtslosen Lage dennoch nach Möglichkeiten sucht, dem Leben einen neuen Sinn zu geben...

Mich verbinden viele Gemeinsamkeiten mit Wilhelm Thom, auch ich bin ein unverbesserlicher Optimist mit Lebensmut und Unternehmungsgeist. Für einen derart behinderten Menschen ist das eine wichtige Voraussetzung, um psychologische Tiefstände, von denen wohl keiner verschont bleibt, zu überwinden. Der Behinderte muß sich selbst eine persönliche Perspektive zeichnen, seine Möglichkeiten voll ausschöpfen und sich mit Unabänderlichem abfinden. Hier ist sicher der im Vorteil, der schon im bisherigen Leben stark gefordert war und sich eine hohe Belastbarkeit anezogen hat ...

Trotz erfolgreicher Überwindung depressiver Anwandlungen bleibt jedoch für meine Begriffe die bittere Erkenntnis weitgehender Abhängigkeit, die mich jedenfalls stark belastet, obwohl ich noch weitaus besser dran bin als Wilhelm Thom. Für ein selbstbestimmtes Leben auch in einem Feierabendheim muß man täglich kämpfen, denn Unverständnis für die Lebensbedingungen eines Behinderten trifft man auch dort allemal an ...

Jürgen Christange
Alt-Buch

Die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen

DIE STÜTZE – unsere Zeitschrift, die zum täglichen Handwerkszeug aller Behinderten und Kriegssopfer gehört, veröffentlicht in anschaulicher Weise Maßnahmen, Verordnungen, Gesetzesauszüge und Beiträge, wie Behinderte zu unterstützen sind und wie ihr Leben lebenswerter gestaltet werden kann und muß. In den einzelnen Gemeinden wird der Behinderte oft allein gelassen. Auch meine Familie kann ein Lied davon singen: Ich bin 70 Jahre alt und seit Jahrzehnten schwerstgeschädigt. Meine Frau gehört zu den Schwerbeschädigten. Wir wohnen in einem Einfamilienhaus der hiesigen Gebäudewirtschaft. Auf diesem Gelände haben weitere vier Familien ihre Wohnung und nutzen eine Freilufttoilette unmittelbar neben unserm Küchenfenster – ein „wunderbarer Duft“, besonders in den Sommermonaten. Ich kann diese Anlage nicht benutzen. Den Verantwortlichen der Gebäudewirtschaft sind diese Zustände seit langem bekannt! Ändern tut sich nichts.

Jene Behinderten, die ich kenne, verlangen nichts Unmögliches – sie haben 40 Jahre am Rand der Gesellschaft gelebt. Sie wollen aber geachtet und in ihrer Lebensweise unterstützt werden. Das kann man nicht in jedem Fall mit Geld – auch eine moralische Unterstützung gegenüber dem Behinderten muß spürbar werden.

E. Topolinski
Egeln

Offener Brief an den ABiD „Für Selbstbestimmung und Würde“

Für einen starken gesamtdutschen Verband

Liebe Leute vom ABiD, mit großem Interesse und mit Bewunderung habe ich während der letzten Monate die Aktivitäten des ABiD „Für Selbstbestimmung und Würde“ beobachtet. Nachdem ich nun während einer Veranstaltung des Berliner Behindertenverbandes und beim Hearing „Menschenwürdiges Wohnungen und Leben“ am 16. Oktober die Gelegenheit hatte, die Arbeit des Verbandes vor Ort kennenzulernen, habe ich mich entschlossen, Eurem Verband beizutreten und aktiv bei Euch mitzuarbeiten.

Als Mensch mit einer Sehbehinderung, der von den Grundsätzen des selbstbestimmten Lebens von allen behinderten Menschen überzeugt ist, konnte ich mich in der Vergangenheit keinem größeren Verband anschließen, bei dem ich das Gefühl hatte, daß dort die Grundsätze des selbstbestimmten Lebens von Behinderten auch nur annähernd verwirklicht und vorangetrieben werden. Beim ABiD wurde mir jedoch sehr schnell deutlich, daß hier eine Organisation entstanden ist, bei der die wichtigsten Grundsätze eines selbstbestimmten Lebens von Behinderten nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch die Praxis der Arbeit bestimmen.

Mit meinem Antritt in Eurem Verband werde ich mich zukünftig dafür engagieren, daß die Grundsätze der internationalen Selbstbestimmt-Leben-Bewegung von behinderten Menschen auch weiterhin in der Verbandsarbeit vorangetrieben und verwirklicht werden. Diese Grundsätze sind:

- Eintreten für die Verabschiedung und Umsetzung von Anti-Diskriminierungs-Vorschriften für Behinderte,
- behinderungsübergreifende Zusammenarbeit und die Abkehr vom medizinischen Modell des Umgangs mit Behinderung, das von Entmündigung und Bevormundung geprägt ist,

- Eintreten gegen jegliche Form der Aussonderung von behinderten Menschen und für ein selbstbestimmtes Leben in einer frei gewählten Umgebung mit entsprechenden Unterstützungsdienstleistungen,
- die Kontrolle über unsere eigenen Organisationen und die für uns wichtigen Entscheidungen durch Behinderte,
- die Kontrolle über die Dienstleistungen, die uns unterstützen und unsere selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen durch Behinderte,
- Unterstützung und Beratung von Behinderten für Behinderte (Peer Support), die uns dazu ermächtigt, selbstbestimmter aufzutreten und für unsere Interessen effektiv eintreten zu können.

Mit der Überzeugung, daß sich der ABiD mit der Weiterverfolgung dieser Grundsätze zu einem starken gesamtdeutschen Verband entwickeln wird, der die Selbstbestimmung Behinderter auch weiterhin kompromißlos vorantreibt, freue ich mich auf meine Mitarbeit in Eurem Verband und fordere alle progressiven Kräfte der ehemaligen BRD auf, dem ABiD beizutreten und dazu beizutragen, daß sich unter diesem Dach eine starke gesamtdeutsche Bewegung von behinderten Menschen formiert.

Mit freundlichen Grüßen
Ottomar Miles-Paul
 Kassel

Vieles liegt noch im argen

Wir Cottbuser Rollstuhlfahrer freuen uns über jede Ausgabe der STÜTZE, sie stellt eine gute BRÜCKE von Behinderten zu Behinderten her. Wir möchten den Mitarbeitern für die viele Mühe danken, denn jede STÜTZE vermittelt uns lebenspraktische Erfahrungen, die wir mit eigenen Erkenntnissen vergleichen können. Dieses Miteinander ohne Schönfärberei hilft uns beim Suchen nach neuen Wegen und macht auch Mut. Und gerade den brauchen wir täglich, denn vieles liegt noch im argen, das spüren wir 30 Cottbuser Rollstuhlfahrer täglich. Einige von uns sind in die Arbeit der Ortsgruppen der Volkssolidarität einbezogen, obwohl vieles verbessert werden muß, sind wir über jedes Treffen dankbar.

Leider jedoch wird unsere Selbständigkeit zu oft noch allein schon durch zu hohe Bordsteinkanten gebremst, und dann sind es immer wieder die Treppen, die uns selbst den Eintritt in öffentliche Gebäude, wie zum Beispiel in die Post, verwehren.

Besonders große Schwierigkeiten haben wir immer auf Bahnhöfen, und wenn dann – wie es mir kürzlich in Potsdam passiert ist – die Rote-Kreuz-Station nicht besetzt ist, ist guter Rat teuer. Schwer ist es auch, behindertengerechte Ferienplätze zu bekommen. Bisher ist dieses Problem noch zu wenig beachtet worden, dabei sollte man doch immer bedenken: Was Behinderten nützt, das schadet auch keinem Nichtbehinderten. Im Gegenteil, viele Hilfen werden auch immer sehr gern von älteren Menschen in Anspruch genommen.

Helga Arndt
Cottbus

Meine Unruhe ist sehr groß

Ich bin 70 Jahre alt und wegen einer Beinamputation seit zwei Jahren schwerstgeschädigt und seit 35 Jahren zuckerkrank. Gegenwärtig beunruhigt mich sehr stark die Nachricht, daß Ende des Jahres die Gemeindeschwesternstation in Friedeburg geschlossen werden soll. Diese Nachricht hat unter den Behinderten, den älteren und kranken Menschen unseres Ortes große Empörung geweckt. Wer soll sich künftig um uns kümmern, wer soll die vom Arzt verordneten Medikamente bringen, wer die Bestrahlungen geben, den Blutdruck messen und so vieles mehr? Bisher klappte das alles sehr gut, sollen wir jetzt allein gelassen werden? Niemandem von uns, die wir bisher betreut wurden, ist die beschwerliche Busfahrt in die Poliklinik nach Gerbstedt zuzumuten. Unsere Ängste wachsen, zumal ich nun erfahren habe, daß es bald auch unsere Diabetikerberatung im Ort nicht mehr geben soll ...

Kurt Gretschel
Friedeburg

Das entspricht meiner Meinung

Anfang November las ich in der Tageszeitung, daß sich der Präsident unseres ABiD mit einem Appell an alle Menschen gewandt hat, alles zu tun, um einen Krieg im Mittleren Osten zu verhindern. Ich gehöre noch zu denen, die nach dem letzten Krieg ihr Leben als Behinderter meistern mußten. Niemand ahnt, auf was ein Mensch da verzichten und wie er sich bemühen muß, um wenigstens einigermaßen würdevoll leben zu können. Jeden jungen Menschen – ob schwarz oder weiß – möchte ich vor einem solchen Schicksal bewahren – und jeder Krieg hält solches Leid millionenfach bereit.

Seit dem vergangenen Herbst hat sich bei uns sehr viel geändert, so sehr ich mich jetzt auch über volle Geschäfte freue, so sehr bedaure ich aber auch, daß uns vieles verlorengegangen ist, so zum Beispiel die Sorge um den Nachbarn und alles das, was wir unter echter Solidarität verstanden. Mir kann heute keiner erzählen, daß alle die unzähligen Beweise der Solidarität, die wir immer wieder auf Basaren im Ort, im Betrieb, ja oft auch in Hausgemeinschaften erlebten, auch die Bekenntnisse zu ausländischen Freunden, ja, die gemeinsame Sorge um die Erhaltung des Friedens in der Welt, nur gezwungenermaßen zustande kamen. Kalt empfinde ich deshalb gegenwärtig vieles, was man eigentlich nur mit Ausländerfeindlichkeit und stumpfer Gleichgültigkeit anderen gegenüber bezeichnen kann, um so erfreulicher war für mich die Meldung, zeigte sie doch, daß es noch viele gibt, die wie ich denken und fühlen.

Hermann Kreiser
Heidenau

Hilfe durch Selbsthilfe

Nachfolgend stellen wir in zwei kurzen Statements zwei Westberliner Freunde vom „Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte“ vor, die seit Anfang September engagiert im Vorstand bzw. der Revisionskommission des Berliner Behindertenverbandes mitwirken:

Die Behinderten Berlins brauchen eine starke Interessenvertretung, in der die Aufgaben von aktiven Behinderten und nicht – in Stellvertretermanier – von irgendwelchen Funktionären wahrgenommen werden. Diese Chance sehe ich im Berliner Behindertenverband – im Gegensatz zu den herkömmlichen Kriegeropferverbänden –, und ich möchte deshalb den Aufbau des bislang nur im Ostteil der Stadt arbeitenden Verbandes in ganz Berlin tatkräftig unterstützen. Ich bin seit fast zehn Jahren in der Westberliner Selbsthilfe-Bewegung und seit einigen Jahren in Behindertengruppen tätig. Jetzt geht es darum, unsere Erfahrungen mit denen der Ostberliner Behinderten zusammenzubringen. Dabei ist der Name des Verbandes „Für Selbstbestimmung und Würde“ Programm und zugleich Beschreibung der katastrophalen Lebenssituation, in der sich viele Behinderte – in Ost und West – befinden: nicht selbstbestimmt und in unwürdigen Verhältnissen. Es ist höchste Zeit, ein deutsches Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen. In den USA dauerte es rund 20 Jahre, bis amerikanische Behinderte ein solches Gesetz erhielten. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verhindert die Herabsetzung bestimmter Bevölkerungsgruppen in ihr. Erst wenn alle baulichen Barrieren und manche Sperrn in den Köpfen der Leute fallen, werden Diskriminierungen aufhören. Nur mit Appellen erreichen wir aber zu wenig.

Ich hoffe, daß wir unserem Verbandsmotto durch gute Arbeit näher kommen, und ich will meinen Teil dazu beitragen.

Martin Marquart
Berlin-West

In Westberlin hatten wir bisher keinen Verband für alle Behinderten. Es gibt eine Vielzahl von Organisationen, die sich um Betroffene kümmern. Etliche aktive Behinderte nahmen hier selbst ihre Interessen in die eigenen Hände. Das führte schon vor fast vier Jahren zum „Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte“. Da wir nun die Einheit haben, erscheint es mir sinnvoll, im Berliner Behindertenverband mitzuarbeiten. Ich tat das schon seit einiger Zeit im Arbeitskreis Bauen und Verkehr. Nun bin ich eines der ersten Mitglieder aus Berlin-West geworden. Ich bin 46 Jahre alt, verheiratet, studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Verwaltungsakademie und erwarb den akademischen Grad „Diplomkassierer“. Ich bin als Rollstuhlfahrer voll berufstätig und leite seit einigen Jahren die Landesgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft Bekämpfen der Muskelkrankheiten.

Da wir nun in ganz Berlin zusammenwachsen, will ich alle meine Erfahrungen mit in die Revisortätigkeit einbringen.

Gerhard Eckert
Berlin-West

Geht es uns wirklich besser?

Die Sendung „Ungeschminkt“ vom 7. Oktober 1990 im Deutschen Fernsehfunk hat mich sehr betroffen gemacht, obwohl ich durch eine schwere Erkrankung (Muskeldystrophie) seit dem 22. Lebensjahr schwerstbehindert und auf den Rollstuhl angewiesen bin. Das anzunehmen war nicht leicht, und auch heute habe ich oft noch Schwierigkeiten, meinen Alltag und das Leben im Rollstuhl voll zu akzeptieren. Ich bin jetzt 42 Jahre alt, hatte eine normale Schul- und Berufsausbildung und war bis 1969 als medizinisch-technische Assistentin im Labor und Röntgen tätig. Dann mußte ich meinen so geliebten Beruf aufgeben.

Mein Mann ist körperlich gesund, er hat aber eine psychische Erkrankung und bekommt wie ich eine kleine Invalidenrente.

Der 18. März hat das große, verheißene „Wunder“ nicht gebracht, auch nicht der 1. Juli. Wir haben jetzt weniger Geld als vorher in Ostmark. Denn durch den Wegfall der Subventionen haben sich ja die täglichen Lebenshaltungskosten ganz enorm erhöht. Das fängt beim Brot an und hört beim Telefon auf. Für mich ist das Telefon aber eine Notwendigkeit, kein Luxus. Andere Konsumgüter (z. B. Waschmaschine, Kühlschrank ...) sind ja mindestens zehn oder mehr Jahre gebrauchsfähig. Brot, Lebensmittel ... brauche ich aber täglich!

Die Solidarität unter den Menschen ist weg. Jeder jagt nur noch nach der D-Mark und möchte schnell zu einem „Westauto“ und anderem Wohlstand kommen. Ich kann es einerseits gut verstehen, wenn man so viele Jahre hat verzichten müssen. Aber alle Menschlichkeit geht dabei verloren, und das ist gefährlich und tragisch zugleich, denn die Nöte des Nachbarn interessieren schon jetzt kaum noch jemanden. Gleichgültigkeit, Gefühlskälte und Egoismus breiten sich immer mehr aus. Die sogenannte „Ellenbogengesellschaft“ entsteht, die Alten, Schwachen und Behinderten werden immer mehr an den Rand gedrängt.

Mein Mann und ich bewohnen seit Anfang 1983 eine Versehrten-Wohnung. Die Miete kostet 116,50 DM. Fast 85 DM bekamen wir davon vom Staat. Auch jedes Jahr einen Pauschalbetrag für Kleidung ... größere Anschaffungen (wie z. B. Waschmaschine) wurden ebenfalls mitfinanziert; das beriet eine Kommission. Unsere Betten z. B. mußten angefertigt werden, dies kostete über 2 000 Mark, das gesamte Geld bekam ich vom Staat.

Kostenlos bekam ich von der Volkssolidarität eine Hauswirtschaftshilfe zweimal wöchentlich und für 0,50 M ein Mittagessen. Jetzt kostet das Essen 2 DM (wird noch viel teurer!), und für die Frau sollte ich 189 DM monatlich zahlen. Da ich das nicht kann, muß ich auf die Hilfe verzichten.

Ist das unser neuer Wohlstand, sind das Verbesserungen? Ich brauche täglich viel Medikamente und muß oft zum Arzt. Nie standen die Kosten dafür zur Debatte. Ob ich weiterhin alles so bekomme, ist wohl mehr als fraglich, d. h., wer nicht zahlungskräftig genug ist, geht mit schnellen Schritten seinem Ende entgegen. Ist so etwas sozial? Seit 1964 gehöre ich zur Gewerkschaft Gesundheitswesen, die nun von der ÖTV übernommen wird. Dort sprach ich bereits vor. Die ÖTV nimmt nur Berufstätige auf, keine Menschen im Rollstuhl und ohne Arbeit, das traf mich wie ein Schlag. Meine Gewerkschaft hatte mir früher stets geholfen.

Hilfsmittel bekam ich bis zur Wende ebenfalls kostenlos von der SV. Auch das hat man schon lange eingestellt. Ich brauchte einen neuen Rollstuhl. In einer Ausstellung am 15. Januar in Weimar zeigte man uns die tollsten Hilfsmittel. Wir konnten uns aber nur ein „Auge holen“. Viele Dinge, die uns das Leben erleichtern würden (mein Mann muß mich täglich und ständig heben!) sind aber für uns nicht zu bekommen. Einen Teil der Hilfsmittel bekommen auch nur Berufstätige. Gerade aber wir, die nicht arbeiten können, brauchten solche Sachen ganz nötig, um wenigstens etwas am Leben teilnehmen zu können.

Theresia Weber
Mühlhausen

Es geht um die Sache – nicht um die Partei

Auch mein Mann, der nicht behindert ist, findet die STÜTZE interessant, und wir haben durch diese Zeitschrift schon so manchen nützlichen Hinweis erhalten. Besonders viel zu denken gab uns der Beitrag „Es spricht sich herum ...“ im Heft 17/90 von Dr. Ilja Seifert.

Ich muß mich ernsthaft fragen, was sind das für Mitglieder, die sich abwerben lassen? Welche Gründe werden denn angegeben? Was spielt das für eine Rolle, in welcher Partei der Vorsitzende ist? Uns geht es doch um die Sache, um das Miteinander Behinderter, um Verbesserungen im Leben Behinderter. Und da finde ich, können wir doch nur froh sein, daß es eine Partei gibt, die für Behinderte die Möglichkeiten schafft, auch im Parlament unser Anliegen zu vertreten. Ich kenne keine andere Partei als die PDS, die Behinderte für den Bundestag kandidieren läßt. Ist das nicht das beste Zeichen, daß diese Partei etwas völlig anderes als die SED ist, obwohl sie deren Lasten übernommen hat?

Zur Zeit bin ich noch parteilos, ich bin gern Mitglied in unserem Verband, und ich meine, wir können gemeinsam noch viel erreichen.

Karin Ring
Berlin

Werte Redaktion der „STÜTZE“!

Wir sind froh, daß es die „STÜTZE“ gibt. Seit Juli 1990 ist sie für uns eine echte Hilfe zum Bewältigen unserer Sorgen und Probleme. Wir möchten gerne die Gelegenheit nutzen, als Familie mit einem behinderten und einem nicht behinderten Kind, Ihnen unsere Sorgen und Nöte, aber auch unsere Erfahrungen zu schildern, welche wir bisher gemacht haben.

Wir wollten dies schon lange tun, aber immer hatten wir mit unserer behinderten Tochter volles Programm. Mit ihren 11/4 Jahren hat sie bisher 6 Operationen hinter sich und wir viele Ängste auszustehen, die für uns nie aufhören werden.

Hoffentlich finden Sie die nötige Ruhe und Zeit dazu, sich dieses Briefes anzunehmen und ihn eventuell zu veröffentlichen. Trägt nicht jeder seine eigene Last und ist damit so beladen, daß er für die Sorgen anderer keine Zeit hat?

Ist es etwa das, was die jetzige schnellebige Zeit und die Marktwirtschaft hervorbringt, keine Zeit, keine Rücksicht auf die anderen, auf die Alten und Schwachen, oder anders: kein Verständnis für sie?! Wir möchten deshalb unsere persönlichen Erfahrungen mit unserer behinderten Tochter schildern.

Im August '89 kam unser 2. Kind, ein Mädchen (auch ein Wunschkind), zur Welt. Die Entbindung verlief recht schnell und ohne Probleme. Gleich nach der Geburt stellte man eine Myelonmeningoale fest (Spaltwirbel mit Rückenmarkfreilage). Diese Spaltbildung der Wirbelsäule sah man angeblich auf den Ultraschallbildern bei all den Voruntersuchungen während der Schwangerschaft nicht. Nun ja!

Der herbeigerufene Kinderarzt kam zu mir und teilte mir mit, daß unsere Tochter querschnittsgelähmt sei und wir uns keine Hoffnung machen sollten. Es war eine absolut förmliche Mitteilung!

Ich bin ehrlich, es hat uns schon einiges gekostet, ehe wir seelisch alles so im Griff hatten. Durch unsere Tochter wurde unser Leben auf eine ganz andere Weise bereichert. Was uns erschütterte, war die Roheit, die uns bei dem Arzt widerfuhr.

Auf seelische Belange wurde da nicht eingegangen! Und wie viele stehen vielleicht manchmal auch so alleine da wie wir damals! Es ist auch immer wieder schockierend, von Nichtbetroffenen Bemerkungen zu hören wie: „Solche Kinder gehören in ein Heim. Da sind sie am besten aufgehoben.“ Oder: „Bloß gut, daß wir nicht selber betroffen sind und solch ein Kind haben.“ Oder: „Wäre es nicht besser, wenn sich das Kind nicht mehr zu quälen bräuchte?“

Ganz besonders voreingenommen ist die Meinung, welche wir noch sehr oft zu hören bekommen: „Ade, das kann man nicht mit ansehen, was für ein Leid.“

Ja, Leid! Wie schnell kann ein gesunder Mensch in eine Notlage geraten, wo er auf fremde Hilfe angewiesen ist! Durch plötzliche Krankheit, z. B. Krebs, durch Unfall oder ganz einfach durch Altern. Wir denken, das vergessen viel zu schnell die „gesunden“ Menschen. Es ist schon eine große Aufgabe, ein behindertes Kind so zu fördern, daß es sich einmal alleine im Leben zurechtfindet. Dieser Aufgabe als Familie gerecht zu werden, verlangt viel aufopferungsvolle Hingabe, sehr viel Zeit und Entbehrungen.

Dies können sich „Außenstehende“ nicht vorstellen, teilweise geben sie sich auch keine Mühe, sich da hineinzudenken.

Sie fragen sich: „Warum sollen wir kostbare Zeit dazu verschwenden, über dieses Problem nachzudenken?“ ... Ja, warum auch, sie sind ja selber nicht betroffen ...

Immer wieder sind wir benommen von solchen Reaktionen, die es noch zur Genüge gibt. Viele Behinderte brauchen echte Hilfe und keine Isolierung. Familien mit behinderten Kindern sind für jede Unterstützung, und sei es ein offenes Ohr, bestimmt sehr dankbar. Hiermit meinen wir kein wehmutsvolles Mitleid, sondern Achtung und aufrichtige Hilfe. Wie heißt es bei Shakespeare?: „Nicht genug dem Schwachen aufzuhelfen, auch stützen muß man ihn.“

Eine wirkliche Stütze haben wir durch den MARIENDIENST (Orthopädische Klinik/Diakonisches Werk) in Arnstadt erfahren. Vielleicht mag es für Nichtgläubige etwas schwieriger sein mit

dieser „auferlegten“ schweren Aufgabe, aber wir denken, daß das Grundanliegen übereinstimmt, dem Menschen jegliche Hilfe und echte Unterstützung zu gewähren. Diese Unterstützung hat uns viel geholfen und uns gestärkt. Wir möchten deshalb dem gesamten Team der Physiotherapeuten sowie dem Direktor und Kirchenrat Dr. Heinrich Behr einen herzlichen Dank ausdrücken, von all den Müttern mit ihren behinderten Kindern, welche an dem diesjährigen Elternseminar teilnahmen. Die gute Betreuung unserer Kinder und vor allem die ausgezeichnete Therapiebehandlung nach der Vojta-Methode sind einige der sehr guten Erfahrungen, welche wir bisher gemacht haben.

Es war eine Bereicherung für die Mütter und ihre behinderten Kinder; man fand echte Kommunikation untereinander, Hilfe voneinander und seelische Unterstützung sowie hervorragende Anleitung für die Therapie und Betreuung unserer Kinder.

Leider fällt uns immer wieder auf, daß zu wenig über die Behinderten und über die Behindertenarbeit veröffentlicht wird in unserem Kreis. Wir sind der Meinung, nur wenn wir dem „Außenstehenden“ den Einblick verschaffen, kann die Integration der Behinderten besser werden. Gerade in der jetzigen Zeit, wo jeder nur an sich denkt, müssen wir noch mehr auf unsere Probleme aufmerksam machen.

Und da gibt es noch viele offene Fragen, z. B. können wir (Behinderte und ihre Angehörigen) weiter auf die Unterstützung des Rehabilitationszentrums Arnstadt als Anlaufpunkt rechnen? Hier möchten wir auf die in der Vergangenheit erhaltene Unterstützung des Reha-Zentrums verweisen. Wir erhielten auf Antrag Ende Juli 1990 eine behindertengerechte Wohnung.

Ein Dankeschön auch an dieser Stelle! Es wäre schön, solche positiven Werte zu erhalten und sich dafür einzusetzen.

Familie Kowar
Arnstadt

Post an den Verbandspräsidenten

... In den zurückliegenden Wochen ist es uns im Raum Wolfen/Bitterfeld gelungen, eine Selbsthilfegruppe für Parkinson-Kranke aufzubauen. Sie umfaßt zur Zeit 20 Mitglieder und ist weiter im Wachsen begriffen. Für Parkinson-Patienten ist neben der Medikation das tägliche therapeutische Gymnastikprogramm von entscheidender Bedeutung, um trotz der fortschreitenden Erkrankung im Alltag besser zurechtzukommen. Daher richtet sich unsere Tätigkeit zunächst vor allem auf die Durchführung einer wöchentlichen Gruppengymnastik. Im Bereich Wolfen läuft das bereits ganz gut, während es in Bitterfeld noch Anlaufschwierigkeiten gibt (geeignete Räumlichkeiten, fehlende Kleinsportgeräte u. ä.). Zu unserer Gruppe gehören ältere Menschen, die stark gehbehindert sind. Gerade dieses wollen wir – auch wegen der so wichtigen sozialen Kontakte – in unsere Aktivitäten einbeziehen. Damit werden notwendige Transportkosten auf uns zukommen. Anfang Dezember wird sich erstmalig die gesamte Gruppe zu einer Weihnachtsfeier treffen. Später sind auch thematische Veranstaltungen sowie Ausflüge geplant ...

Siegfried Pusch
Raguhn

Wir stehen allein da

Liebe Frau Schatz, ich habe Ihren Beitrag in der STÜTZE Nr. 16 gelesen und möchte Ihnen auch schreiben. Ich bin 53 Jahre alt und Mutter einer schwerstbehinderten 23jährigen Tochter, die wochentags in einem Pflegeheim lebt und am Wochenende meist bei uns zu Hause ist. Wir sind beide berufstätig, mein Mann z. Z. in Kurzarbeit, ich teilbeschäftigt (35 Stunden pro Woche). Ich glaube, hier gibt es noch einiges zu verbessern, denn ich halte es für sehr umstritten, daß man Mütter Schwerstbehinderter arbeiten schickt! Ich bin seit nunmehr fast 17 Jahren berufstätig. Meiner Meinung nach genügt es, wenn man vielleicht mal fünf Jahre lang arbeitet, denn wer hat als Außenstehender schon eine Ahnung davon, was es im Haushalt zu erledigen gibt, wir hatten nie das Glück, daß wir Hilfe von Verwandten bekamen. Ich hatte schon der damaligen DDR-Regierung Vorschläge gemacht, leider bekam ich keine Antwort, auch von anderen Stellen nicht. So stehen wir Eltern mit Schwerstbehinderten ziemlich allein da, und es gäbe noch so manches zu verbessern. Vor allem geht es mir darum, da ich merke, daß meine Kräfte nun doch nachlassen, daß auch die Mütter mit 55 Jahren in den Vorruhestand gehen können, bisher habe ich keine Resonanz gefunden, weder auf der einen noch der anderen Seite.

Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören.

Renate Krause
Dresden

Wir lassen uns nicht abspeisen

Zuerst unser Dank für die Möglichkeit, eine Zeitschrift für uns zu haben. Wir, d. h. mein Mann (Rentner), mein Sohn (auch Rentner) und zu der sogenannten Kategorie der schulbildungsunfähigen, aber förderungsfähigen Geschädigten gehörend, und ich (im Vorruhestand seit Juli des Jahres) haben Informationen über die Situation unserer Geschädigten ja sehr nötig. Presse und Rundfunk sowie Fernsehen haben darüber immer nur am Rande berichtet. Ich war ab 1974 Leiterin der Förderungseinrichtung in Zittau. Darum bin ich ziemlich gut über die diversen Probleme unterrichtet. Aber ich habe auch viele Sorgen: Bleiben die Renten für unsere „Kinder“ bestehen? Wir haben hier am Wald ein Fertigteilhaus gebaut. Vor allem, damit unser Sohn sein Leben so frei wie möglich leben kann. Er hat sein Kaninchen, seine geliebten Katzen, er läuft im Garten umher, beobachtet Vögel und Insekten. Drei Tage in der Woche ist er in Zittau in der Reha-Werkstatt.

Problem: Woher und von wem erfolgen in Zukunft entsprechende Arbeitsaufgaben? Was wird, wenn er keine Rente mehr bekommt? Seine Geschwister haben eigene Familien und Kinder. Die Belastung ist ja trotz guten Willens, viel Liebe und Geduld nicht so einfach auf sie mit zu verteilen. Ich finde die finanzielle Einbeziehung der gesamten Familie nicht in Ordnung. Unser Sohn wird 30 Jahre, seine Geschwister haben das Los ihr Leben lang mitgetragen. Und wir lieben unseren Christian alle von Herzen. Aber wir möchten nicht einmal unser Häuschen verkaufen müssen, weil wir den Kredit nicht mehr abzahlen können. Wir müssen unser Auto zum Bringen und Holen nutzen. Die Steuerregelung war für uns günstig. Sollen notwendige Vorteile nun auch wegfallen? Ich bin gesundheitlich nicht mehr so in Ordnung, fühle mich der Belastung nicht mehr gewachsen. Darum war ich in der letzten Zeit oft krank. Meine Nachfolgerin war da, weil ich sowieso nächstes Jahr im Juli 60 Jahre werde. So war meine Ablösung richtig. Aber die Berechnung des Vorruhestandsgeldes wurde nach dem Netto-Einkommen

der letzten Monate berechnet, in denen ich so oft krank war. Aber warum belaste ich Sie damit. Man schreibt eben einfach mal seine Sorgen, weil es bedrückend ist, daß man all seine Kraft für unsere Geschädigten eingesetzt hat und sich dann vorkommt, als wenn man so billig wie möglich abgespeist werden soll. Aber noch geht das Leben weiter, und noch haben wir die Verantwortung für die Jüngeren. Aber ich kann mit gutem Gewissen jedem Bürger in die Augen sehen. Ich habe z. B. Jahr für Jahr in den Schulen Jugendstunden gehalten (bis 30 pro Schuljahr), um unseren Schülern das Leben und die Probleme der Geschädigten nahezubringen. Das hatte ganz einfach mit Moral und Ethik und Anständigkeit zu tun. Ich habe das als meine Verantwortung gesehen und wünschte mir, daß auch in der neuen Situation Menschen diese Aufgabe weiterführen mögen. Der Umbau von Fördereinrichtungen in Behindertenschulen z. B. ist für die Eltern vorerst eine wunderbare Sache. Aber: Wo bleiben die Schwächsten? Fallen sie nun wieder durchs Leistungssieb? Ich könnte noch so viel schreiben.

Wir hoffen und wünschen, daß auch im Bundestag Menschen sein werden, die nicht alles, was wir hier taten, vergessen und verdammen.

Für uns betroffene Familien wünsche ich mir finanzielle Sicherheit und Vertrauen darauf, daß unsere Geschädigten niemals aufs Betteln und Bitten angewiesen sein mögen.

H. Jänicke
Großhennersdorf



Keine einseitige Interessenvertretung

Ich würde Ihnen empfehlen, sich doch mal mit dem Statut des VdK zu befassen und unsere Arbeit vor Ort einmal kennenzulernen. Dann würde ich Sie fragen wollen, ob wir wirklich so einseitige Interessen vertreten. Verdienen es unsere Kriegsopfer nicht, daß Ihnen nach vierzigjährigem Unrecht geholfen wird, und dies sind keineswegs Sonderregelungen, dies ist ihr Recht.

Wir hatten im April versucht, Verbindung zum Behindertenverband in Berlin aufzunehmen, haben aber außer einer angebotenen Kreditbereitstellung, wenn wir dem Verband beitreten, nichts weiter gehört. Der VdK hat uns aber uneigennützig geholfen beim Aufbau unseres Verbandes, und zwar ohne finanzielle Hilfen und dergleichen. Warum haben sich denn so viele ehemalige Gründungsmitglieder von Ihrem Verband abgewandt?! Hier sollte doch mal Ihre Fragestellung beginnen. Wo haben Sie die Gelder her, um jetzt solche Kreditangebote zu machen und Beitragssätze von 0,25 DM erheben zu können.

Ich wiederhole nochmals meine Einladung an Sie, lernen Sie unsere Arbeit an der Basis kennen und schöpfen Sie nicht Ihre Kenntnisse von der jahrelang bevorzugten Insel Berlin.

Kornschild

(Vorsitzender des Kreisverbandes
Plauen des VdK-Sachsen)

Unterschiedliche Erfahrungen

Herr Mlika wirft die Frage auf, welches Verhältnis unser ABiD zum VdK einnehmen und entfalten sollte.

Die Meinungen hierzu gehen sehr auseinander, was keine Tragik ist und ganz sicher mit den unterschiedlichen Erfahrungen von Betroffenen zusammenhängt sowie mit verschiedenen Interessenlagen und Hoffnungen.

Zunächst sollten wir ehemaligen DDR-Bürger darüber froh sein, daß wir einen eigenen Behindertenverband besitzen. Das ist ein Verband, der zunehmend durch uns selbst in die Lage versetzt wird, unsere spezifischen Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und auszufechten. Unsere Erfahrung lehrt uns doch, daß wir Betroffene das am wirkungsvollsten leisten können! Das sind materiell-finanzielle Bedürfnisse und Interessen, wie z. B. die Erhaltung von Invalidenrenten für Schwerbehinderte unabhängig von eigener Berufstätigkeit und Rentenbeitragsleistung. Das sind geistig-moralische Ansprüche und Interessen, wie z. B. gleichberechtigtes Leben in der Gesellschaft ohne Diskriminierung. Das sind nicht zuletzt Bildungs- und Berufsinteressen, wie z. B. gleiche Bildungschancen und Berufstätigkeit entsprechend den Möglichkeiten des einzelnen. Die bürgerlichen Demokratien zeigen, daß die Behinderten zur Durchsetzung dieser Ziele und Ansprüche ihre eigenen Organisationen und Interessenverbände benötigen. Geschenke verteilt auch die bürgerliche Gesellschaft nicht!

Deshalb halte ich das Wirken des ABiD für erforderlich und segensreich. Unser Verband sollte im VdK einen Verbündeten für die Erstreitung oben genannter Ziele sehen. Gleiches gilt umgekehrt auch für den VdK. Verbünden Sie sich mit unserem ABiD im Sinne der Verbesserung der individuellen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Behinderten! Nun wird in der Diskussion oft das Argument geäußert, daß der VdK größere und weitreichendere Erfahrungen bei der Interessenvertretung behinderter Menschen besitze. In diesem Argument ist so manche Wahrheit enthalten, und es sollen auch nicht die Erfolge des VdK geleugnet werden.

Aber gleichzeitig darf und muß auch angemerkt werden, daß der VdK so manches nicht erreicht hat:

- Warum gibt es in der reichen BRD beispielsweise keine Invalidenrenten für Behinderte, die keine Berufstätigkeit und damit keine Beiträge zur Rentenversicherung nachweisen können?
- Warum müssen Behinderte sich der entwürdigenden Prozedur der Erlangung von Sozialhilfe unterziehen?
- Warum gibt es so gewaltige Probleme hinsichtlich der Bildungs-, Berufs- und Arbeitschancen für Behinderte?
- Warum ist die Akzeptanz behinderten Lebens in der Alt-BRD so problematisch?

Wichtig erscheint mir, daß beide Verbände gemeinsam für diese und andere Ziele eintreten, ohne ihre Eigenständigkeit und Selbständigkeit aufzugeben. Das wäre für die Durchsetzung der Interessen von Behinderten ein großer Gewinn! Nicht das Gegeneinander beider Verbände ist das Gebot der Stunde, sondern das Miteinander, das Wettstreifen und der Wettstreit um die bestmögliche Interessenvertretung behinderter Menschen. Aufgaben gibt es für beide Verbände genug und ausreichend. Insofern darf auch Konkurrenz sein!

Mit Empörung habe ich vernommen, daß es Kräfte gibt, die dem ABiD seine Anerkennung als eingetragener und gemeinnütziger Verein streitig machen wollen. Gegen solche Bestrebungen sollten wir Protest erheben! Und da ist auch der öffentliche Protest des VdK erwünscht. Ich habe ihn bisher noch nicht vernommen.

Petert Smolarek
Potsdam

Zersplitterung bringt keinen Nutzen

Wir haben jetzt in Deutschland (neben kleineren Gruppierungen) drei größere Verbände, die Belange von Behinderten vertreten. Es sind dies der 1917 gegründete „Reichsbund“, der nach dem zweiten Weltkrieg entstandene „VdK“ und der „ABiD“ – wenn man so will, ein Kind der revolutionären Wende in der ehemaligen DDR. Im allgemeinen ist Aufsplitterung kein ratsamer Weg, um effektiv und erfolgreich die Anliegen einer Minderheit zu vertreten. Herr V. Keßling („Pro und Kontra ABiD“ 18/90) weiß Gründe zu nennen, die für die Existenz und Weiterexistenz des ABiD sprechen. Einleuchtende und gewichtige Argumente sind für mich der Gedanke und das Prinzip der Selbsthilfeorganisation. Offenbar muß das „Pro“ für den ABiD nun wieder mit einer schweren ideologischen Attacke gegen die Kriegsbeschädigten verbunden werden! Kriegsbeschädigte des ersten Weltkrieges leben heute nicht mehr, auch von denen des zweiten dürfte die Hälfte verstorben sein, und die noch vorhandenen stehen mit ganz geringen Ausnahmen im Rentenalter. Auf diese im Schwinden begriffene Gruppe kann kein Verband seine Perspektive aufbauen. „Reichsbund“ und „VdK“ tragen in ihrer Programmatik und in der Praxis diesen veränderten Bedingungen seit langem Rechnung. Wenn der „ABiD“ seine Existenzberechtigung vorrangig mit einer Abgrenzung von Kriegsbeschädigten begründet, wird er scheitern! Der Witz ist übrigens der, daß DIE STÜTZE den Versuch der Kriegsbeschädigten, sich in der „Noch-DDR“ eine eigene Organisation zu schaffen, sofort mit dem Vorwurf der Zersplitterung bedachte. (Ich hatte seinerzeit darauf geantwortet.) Nun befindet sich der ABiD in einer ähnlichen Situation gegenüber den „Altverbänden“.

K. Senglaub
Berlin

Kampf um Selbstbestimmung

Ich betrachte es als eine meiner demokratischen Grundrechte, selbst darüber zu entscheiden, in welchem Verband ich mitarbeiten will, und ich bin Mitglied des ABiD. Es interessiert mich überhaupt nicht, ob das anderen paßt oder nicht. Wenn Herr Mlika (18/90) die Arbeit des ABiD nicht gefällt, hat er doch die Möglichkeit, Mitglied eines anderen Verbandes zu werden.

Was die Verbesserung der Lage der Behinderten betrifft – niemand auf der Welt weiß so gut, was daran verbessert werden muß, als wir selbst, und das ist oft sehr unterschiedlich. Behinderte haben schließlich wie alle Menschen eine eigene Persönlichkeit! Ich denke, das selbstbestimmte Leben beginnt beim Kampf um die Selbstbestimmung, was natürlich auch Selbstüberwindung verlangt.

Ob und wie weit eine Zusammenarbeit mit anderen Verbänden möglich ist, sollte konkret in den Kreisverbänden entschieden werden. Das wird wahrscheinlich in den einzelnen Gebieten unterschiedlich sein. Rezepte gibt es da garantiert nicht.

Was Herr Mlika zum Selbstbewußtsein schreibt, hängt meines Erachtens mit dem Demokratieverständnis und der Demokratiefähigkeit eines mündigen Bürgers zusammen und ist keineswegs eine behindertenspezifische Problematik. Wenn mein Selbstbewußtsein vor allem davon abhängt, daß andere Menschen mein Leben verbessern sollen, ohne zu wissen, was mir wirklich helfen würde, dann sehe ich schwarz. Selbsthilfe verstehe ich so, daß wir unsere Belange selbst formulieren und selbst durchkämpfen, natürlich mit Hilfe anderer, die unsere Forderungen anerkennen. Deshalb müssen wir unbedingt anstreben, daß viel, viel mehr Behinderte als Abgeordnete arbeiten. Im Heft 18 heißt es: „Selbstbestimmtes Leben ist ein Prozeß der Bewußtseinsbildung“. Aber diese Bewußtseinsbildung müssen wir schon selbst durchsetzen, auch wenn sie noch so unbequem ist, die kann uns kein auch noch so erfahrener Behindertenverband der ehemaligen Bundesrepublik abnehmen.

Sigrid Wolf
Röbel

Aus eigener Kraft etwas tun

Der ABiD ist als Ergebnis der Aktivitäten der Behinderten in der ehemaligen DDR entstanden. Er wurde uns nicht von irgend jemand vorgesetzt, er ist unser Verband. Nicht umsonst trägt er das Attribut „Für Selbstbestimmung und Würde“. Ich sehe absolut nicht ein, weshalb wir unseren Verband vereinnahmen lassen sollen. Ich denke, daß der ABiD absolut keine „Angst vor Umarmungen“ hat, denn dagegen sprechen zahlreiche gleichberechtigte Kontakte zu Gruppen von Behinderten in der ehemaligen BRD, worüber dankenswerterweise in der STÜTZE berichtet wird.

Natürlich muß der Staat materielle Bedingungen für die Verbesserung der Lebensumstände der Behinderten schaffen, aber unter Selbsthilfe begreife ich Solidarität zwischen Behinderten, die ich sehr wohl für möglich halte, den Austausch von Erfahrungen, wie z.B. Probleme gemeistert werden können. Hier sehe ich eine Aufgabe des Behindertenverbandes. Das kann eine noch so soziale Regierung nicht realisieren. Und was das Selbstbewußtsein betrifft, das Herr Mlika (STÜTZE 18/90) anspricht, hat das m. E. nicht sehr viel „mit der Verbesserung meiner Lage“ zu tun, sondern damit, wie es mir gelingt, aus eigener Kraft etwas zur Veränderung „meiner Lage“ zu tun. Ich brauche keine Almosen von einem „starken Partner im Westen“, aber ich verlange die materielle Absicherung meines Lebensniveaus, wie Invalidenrente, Pflegegeld und nicht zuletzt das Recht auf Arbeit.

Ursula Teltow
Berlin

DIE STÜTZE als „Seifertsche Hausmitteilungen“?

Ich bin Stütze-Abonnent, aber nicht ABiD-Mitglied, das nur zu meinem Steckbrief. Als ich DIE STÜTZE Nr. 20/90 in die Hand nahm, dachte ich: Schon wieder Seifert!!! Dann las ich von Frau Seifert jedoch, daß sie ihrer Nachfolgerin viel Erfolg wünscht. Das beruhigte mich ... Ich meine damit: DIE STÜTZE begann zu wirken wie Hausmitteilungen der Familie Seifert. Es bedurfte und bedarf zweifellos ungeheurer Energie, einen solchen Verband aufzubauen und ein solches Journal zu starten. Auch waren Wahlen. Die Protokollauszüge vom Bundestag gehörten sicherlich zu Recht in den Wahlkampf. Aber der ist nun vorbei. Die von der Familie Seifert investierte Energie verdient größte Anerkennung, aber es muß nun ein wenig darauf geachtet werden, daß kein „Familienkult“ draus wird.

Auf dem Wahlzettel las ich beim Kandidaten Dr. Seifert, die Berufsbezeichnung Berufsparlamentarier. Das ist erlaubt, aber wenn ein DDR-Bürger diese Bezeichnung anwendet, seinen eigentlichen Beruf aber verschweigt, dann wirkt das besonders unglücklich auf mich.

Seit Jahren bin ich Eulenspiegel-Abonnent. Ich las also nun den Seifert-Artikel dort. Ich glaube, Dr. Seifert muß eine Kraftschöpfpause einlegen. Es machte mich etwas traurig, nun wieder viele mir längst bekannte Allgemeinplätze lesen zu müssen. Übrigens: ABiD „Für Selbstbestimmung und Würde“ – wofür denn sonst?! Ich mag solche pathetischen Slogans nicht, sie erinnern an Überstandenes. Soweit meine Meckerei.

Es bleibt mir allerdings auch nicht verborgen, daß DIE STÜTZE sehr viele Kurznachrichten sehr konkreter Art enthält, die sehr hilfreich sind. Man sollte keine Seite überblättern.

Bernd Meywald
Mühle Saalow

Licht ist nicht in Sicht

Zum Artikel „Selbstbestimmt ist nicht gleich selbständig“ (21+22/90), S. 5) habe ich folgende Meinung:

1. Eine Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied. Die Lösung ist inakzeptabel. Jeder muß sich darüber klar sein, daß er nicht der Nabel der Welt ist. Außerdem ändern sich Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen ständig. Pflegeheime gibt's genug. Plätze werden als „Auszeichnung“ verschenkt.

2. Die Wohngemeinschaft halte ich für erstrebenswert. Einigkeit macht stark, und Gesetzhüter haben es mit mehreren Betroffenen schwerer als mit Singles. Kompromisse muß man immer eingehen, und die Umgebung formt den Menschen.

3. Das Wohnheim als „heißes Eisen“ hängt von mehreren Faktoren ab: Persönliches Befinden, lebenslängliche Erfahrungen. Staatliche Instanzen stempeln Behinderte zu vorbestraften Sozialfällen ab.

Meine Lebenserfahrung lehrte mich, daß die pflegeleichte Unterbringung in Heimen das „hohe C“ der Behörden ist. Das Abschieben in Heime nimmt jetzt zu, kaum faßbar die Wege dazu. Ich habe früher oft Menschen in Heimen besucht und Essen mitgenommen, was bei der völlig lieblosen Verpflegung ein wenig Abwechslung brachte. Oft ist die Stimmung in diesem Heimmilieu schwer zu verkraften, und da sich Dinge herumsprechen, die ansonsten kaum bekannt werden, sind Besucher oft nicht gern gesehen.

Das Kosten-Nutzen-Denken ist heute noch im Steigen begriffen. Bei mir geht es um eine Wohnungsrenovierung. Nun würfelt der Rat der Stadt um Heimplatz, eigene Lebensführung, Wohnung an der Prachtstraße. Das Fazit steht von vornherein fest: nicht zuständig.

Wahrscheinlich bin ich nicht die einzige, die ohne jede Orientierung leben muß. Ich habe wenig Kraft und Hoffnung und lebe nur von einem Tag zum anderen.

Ella Brauer
Schwedt

Ich wohne selbstbestimmt im Heim!

Ich lese des öfteren im Unterton Ihrer Beiträge mit etwas Traurigkeit, daß man die Unterbringung Behinderter in einem Heim als allerletzte Möglichkeit der Versorgung und als starke Einschränkung eines selbstbestimmten Lebens ansieht. Dem muß ich aus eigener Erfahrung widersprechen. Es mag sein, daß unser Heim zu den guten im Lande gehört.

Das Pirnaer Senioren- und Pflegeheim ist eines von sieben gleichen Typs in Dresden und Umgebung. Es ist groß (540 Plätze), hell und sauber, mit vielen Möglichkeiten zur Rehabilitation und Betätigung. Daß ich mich an eine gewisse Heimordnung halten muß, empfinde ich nicht als Einschränkung meiner Freiheit. Auch in meiner früheren Wohnung war eine Hausordnung zu befolgen. Ich bin Rollstuhlfahrerin mit mehreren Knochenschäden und entfernter Hüftendoprothese. Im Heim bewohne ich ein Einzelzimmer mit rollstuhlgerechter Toilette.

Nach meinem Einzug vor sechs Jahren habe ich im Kellerraum ein Eckchen für meine Nähmaschine erobert. So kann ich meine Füße tüchtig gewegen und für andere geschädigte Heimbewohner viel nützliche Näherei und Flickerei erledigen. Im Keller steht auch mein Elektrorollstuhl. Ich kann mit dem Aufzug jede Etage erreichen und auch jederzeit rausfahren, einkaufen, Freunde besuchen oder einfach durch Wald und Feld rollen. Niemand fragt, ob ich mal nicht zum Essen da bin oder spät nach Hause komme. Einen Haustürschlüssel kann ich mir borgen. Im Seniorenbereich ist jeder ganz frei, im Pflegebereich muß es natürlich der Schwester gesagt werden.

Ich erwarb mir auch das Vertrauen der Heimbewohner und wurde zur Etagenverantwortlichen gewählt. Als solche bin ich jetzt Mitglied und stellvertretende Vorsitzende des Heimbeirates, kann also nach bundesdeutschem Heimbeiratsgesetz in

vielen Angelegenheiten mitwirken. Dieser Heimbeirat besteht aus 14 Etagenvertretern, davon sind der Vorsitzende und drei Mitglieder Rollstuhlfahrer, weitere drei sind geh- oder sehbehindert.

Weiterhin engagiere ich mich im Koordinierungsbeirat „Behinderte und ihre Freunde“ und habe eine Selbsthilfegruppe „Behinderte im Seniorenheim“ gegründet– mit den unterschiedlichsten Behinderungen und großer Altersspanne. Wir treffen uns zwanglos bei Gymnastik, Arbeitstherapie, Kegeln, Heimfesten und organisieren Ausfahrten. Der Beirat und alle acht Selbsthilfegruppen haben bei uns im Heim die kostenlose Möglichkeit für Zusammenkünfte.

Ich finde besonders gut, daß ich vom ichbezogenen Denken loskomme. Ich kann auch als Behinderte für andere tätig sein, finde dabei Freude und Selbstbestätigung, und das kann im Heim fast jeder! Wer einkaufen kann, holt auch für andere ein, wer lesen kann, liest dem Sehgeschädigten vor, wer schreiben kann, tut dies auch für die mit zittrigen Händen. Viele Handreichungen kann man dem Nächsten tun oder auch nur mal zuhören. Auch das ist sehr wichtig. Wer kontaktfreudig ist, findet unter 500 Heimbewohnern bestimmt Freunde. Zwar sind die meisten älteren Jahrgangs, aber das schließt Freundschaften doch nicht aus!

Schwierigkeiten gibt es derzeit auch in Heimen wie meinem fast im Übermaß, aber in der Gemeinschaft liegt viel Tröstliches und auch Hilfe. Ich habe jedenfalls noch keine Stunde bereut, diesen Schritt ins Senioren- und Pflegeheim getan zu haben.

Ruth Schajaneck
Pirna

Für Behinderte keine Automatik-Mietwagen

Wir hatten Anfang Dezember einen schweren Verkehrsunfall. Mein Behindertenauto mit Totalschaden, wir kamen mit dem Leben, aber mit großem Schrecken davon! Die Ärzte und die Versicherungen gaben uns in der jetzt wirklich schweren Zeit große Hilfe. Mit viel Geduld und Fürsorge versuchten die Ärzte, mich auch seelisch nach dem Schock aufzurichten, denn als behinderter Mensch ist man für ein aufmunterndes Wort sehr dankbar.

Aber was wir dann erleben mußten! Von der Versicherung wurde uns ein Mietauto zugesagt und ein Vermieter vermittelt. Wir fuhren mit dem Taxi zu ihm und bekamen dann auch gleich ein tolles Auto. Aber nach 26 km Fahrt sprang es nicht mehr an, obwohl es in der Garage bei uns stand. Wir benachrichtigten den Vermieter und baten um Abholung des defekten Kfz. Aber leider konnte er es auch nicht nach Hause fahren, sondern mußte das Auto mit Abschleppseil zurückbefördern.

Dann sollte ein „Jetta“ bis Weihnachten vor der Tür stehen. Der Händler gab sich große Mühe, und das Auto kam dann von Hamburg auch bis Schwerin. Durch Fehlinformation blieb es aber dort stehen. Ich erlaubte mir dann, mich nach Weihnachten zu informieren, woran es denn gelegen hätte. Also erstens war der Fahrer krank geworden, und zweitens bekam der Autovermieter in Schwerin keine Nachricht, wer die Überführungskosten trägt!!! Trotz aller Bemühungen war kein Mietauto mit Automatik in ganz Stralsund aufzutreiben. Sollten sich hier die Autovermieter nicht auch Gedanken machen, um uns Behinderte in dieser Richtung zu helfen?

Gisela Krumbier
Stralsund

Jedes Leben ist lebenswert

Als ich vor zwei Jahren die Schule mit der 10. Klasse abschloß, blieb mir ein Spruch, der in unserem Klassenzimmer hing, im Gedächtnis. Er hieß: „Unser Leben ist nur so nützlich und interessant, wie wir es selbst gestalten“.

Diesen Ausspruch machte ich mir zum Begleiter. Ich versuche nach ihm zu handeln, indem ich auch als Behinderter das Beste aus meinem Leben mache und mich nicht von Menschen, die anders denken, unterkriegen lasse. Gerade diese trauen sich meist selbst nicht viel zu und haben demzufolge auch ein großes Mißtrauen, Angst um unsere Gesundheit und Angst vor Gefahren, die einem zustoßen könnten. Diese Erfahrungen mache ich tagtäglich. Ich bin dann sehr bedrückt und sehe es als Nichtakzeptieren meiner von mir angestrebten Ziele an.

Wichtig sind für mich ein fester Wille und Freunde. Sie geben mir Mut und Kraft und viele Hinweise. Ich möchte mich vor allem an die Heimbewohner in Ost und West wenden. Mögen sie die notwendige Kraft haben, um einen Weg außerhalb des Heimes gehen zu können. Ich weiß, es ist schwer, sich als behinderter Mensch durchzusetzen, aber jedes Leben kann auf seine Art und Weise lebenswert sein. Jetzt müssen wir lernen, uns selbst um unsere Rechte zu kümmern!

Zum Schluß möchte ich an zwei selbst ausprobierten Beispielen zeigen, wie schön das Leben auch für uns behinderte Menschen sein kann: Als ich voriges Jahr im Sommer meine Freundin in der Nähe von Nürnberg besuchte, stand ich vor einem doch recht großen Problem. Noch nie zuvor war ich allein verreis, schon gar nicht mit dem Zug. Nun war ich auf dieses Verkehrsmittel angewiesen. Wie sollte ich das schaffen? Der Tag rückte näher und näher, und die Angst wurde immer größer. Nun war es soweit, und ich fuhr in Richtung Nürnberg. Ich habe alles bestens überstanden und bin froh, diesen Schritt getan zu haben, denn nur so wächst das Verständnis der Menschen, die einem behilflich sind, wenn man sie in einem netten Ton an-

spricht. Seit Oktober 1990 bin ich in der Evangelischen Studenten-Gemeinde. Diese veranstaltet jeden ersten Samstag im Monat ein Treffen mit behinderten Menschen. Durch meine Kontaktfreudigkeit habe ich auch viele Nichtbehinderte kennengelernt und gestalte mit ihnen einen Teil meiner Freizeit.

Ich hoffe, daß noch viele Behinderte diese oder andere Erfahrungen machen werden, jedenfalls wünsche ich Ihnen viel Kraft und Energie.

Sylke Prager
Leipzig

Ich werde wieder aktiv

Mit diesen Zeilen möchte ich mich für die STÜTZE bedanken. Sie aktivierte mich wieder, in dieser unruhigen Zeit an die Menschen zu denken, die unsere Hilfe brauchen. Vor vier Jahren bemühte ich mich als Unterstufenlehrerin in einer „Normalschule“ um Verbindung zu Körperbehinderten. Ich hatte die Möglichkeit, einen Literaturnachmittag zu gestalten. Zweimal im Monat besuchte ich die Schule für Körperbehinderte in der Fischhausstraße in Dresden. Für diese Tätigkeit erhielt ich 25 Mark. Das Geld nahm ich für kleine Mitbringsel, da die meisten der Schüler im Internat wohnten.

Da die Arbeit mit Behinderten für mich neu war, ließ ich die Kinder viel erzählen und lernte so ihre Probleme und Sorgen kennen. Die Schüler meiner Klasse nahm ich gruppenweise mit. Sie studierten kleine Spiele ein und führten sie vor oder bastelten kleine Geschenke. Höhepunkt im Jahr war eine Kutschfahrt, die ich mit Hilfe von Bürgern meines Schulortes organisierte.

In dieser aufregenden Zeit habe ich die Verbindung leider nicht aufrechterhalten. Mit ihrem Journal haben sie mich wacherüttelt, ich werde an meine Pflicht erinnert. Vielen Dank!

Elly Gläser
Eschdorf

Darf ein Rollstuhlfahrer Minister sein?

Das einzige Verdienst des in ihrer Rubrik „Bei anderen gelesen“ (Nr. 21 + 22/90, S. 13) übernommenen Pamphlets mit dem Titel „Rollstuhlfahrender Minister“ ist, daß es nicht gleichgültig läßt. Bei seiner Lektüre schwankt man zwischen Erstaunen und Irritation, zwischen Mitleid und Angewidertsein, und man legt es eher deprimiert beiseite. Deprimiert deshalb, weil der Autor dieser Zeilen, selbst querschnittsgelähmt, kein einziges Wort des Mitgefühls, kein Wort der Großherzigkeit findet; keine Spur bei ihm von jener souveränen Überlegenheit, die die vom Schicksal Gebrandmarkten auszeichnet. Er ist alleiniger Richter, und für ihn ist alles schlecht. Ich möchte hoffen, daß Herr Gleiss als Mitarbeiter einer Beratungsstelle für Behinderte dort keine beratende Funktion hat.

Sicher ist, daß eine körperliche Behinderung nicht zwangsläufig ein Hindernis auf dem Wege zu höchster Verantwortung ist und auch nicht automatisch sein darf. Was zählt, sind vor allem die intellektuellen Fähigkeiten und die menschlichen Qualitäten.

DIE STÜTZE lese ich mit Interesse und Sorgfalt, ich werde es auch weiter tun. Betrachten wir also das Echo, das die giftigen Ausführungen von Gerlef Gleiss in ihrem Journal gefunden hat, als eine falsche Note, als einen geschmacklosen Ausrutscher.

Renate Klimmek
W-Norderstedt

„Fürsorgeerlaß“ für Behinderte

Wir haben im November einen formlosen Antrag auf Kfz-Hilfe bei der LVA gestellt. Im Dezember kam dann eine Antwort, Umfang 20 DIN A 4-Seiten. Nachdem ich alles durchgearbeitet hatte, blieben „nur“ 6 Seiten für uns zum Ausfüllen, Amtsbesuche und Behördengänge. Wir haben jedenfalls die ganze Bürokratie geschafft, nur daß wir außer für die behinderungsgerechte Ausstattung kein Geld bekommen werden – wir haben zuviel Einkommen. Ja, wenn wir im Westen wohnen würden, gäbe es zusätzlich 8 000 DM, da für uns im Osten die Bezugsgröße so niedrig ist, gibt es halt nichts.

Bei uns im Betrieb (Berliner Verkehrsbetriebe) gibt es jetzt einen „Fürsorgeerlaß“, da drin steht, zu was der Betrieb den Behinderten gegenüber verpflichtet ist. Daraufhin hat unsere Behindertenvertretung durchgesetzt, daß ein Bringedienst eingerichtet wird. Somit genieße ich es, jeden Tag per Auto zur Arbeit gefahren zu werden und wieder zurück!

M. Pietsch
Berlin

Offenherziger geht es kaum

Erstaunt las ich im Heft 3/91, daß Herr Laschütza den Haß des ABiD auf den VdK nicht verstehen kann. Komisch, ich kenne den ABiD nur großzügig, meiner Meinung nach oft zu großzügig. Oder ist es etwa nicht großzügig, daß in unserer STÜTZE auch Mitglieder des VdK unverblümt ihre Meinung sagen können, bekanntlich ist Herr Laschütza da nicht der erste und auch nicht der einzige. Ich war nie in einer Partei und habe auch nicht die Absicht, in eine einzutreten. Erstaunt allerdings bin ich über jene, die nicht schnell genug ihre Partei wechseln konnten, als sie sich von ihr keinen Vorteil mehr versprachen und jetzt über die PDS-Mitglieder den Stab brechen wollen. Für mich jedenfalls steht fest, Charakter hat nur der, der zu seiner Sache steht, und auch deshalb wünsche ich mir Herrn Seifert noch lange als Präsidenten unseres Verbandes.

Ingo Chudonic
Berlin

Joint-venture mit dem VDK

In der STÜTZE 1/91 erschien auf Seite 14 der Artikel „Zuviel Obrigkeitsdenken und zuwenig Toleranz“. Es ging um das Verhalten des VDK auf dem Landesverbandstag in Thüringen gegenüber den behinderten Menschen, und es wurde gewissermaßen darüber geklagt, daß nicht alle Verbände an einem Strang ziehen, obwohl sie ja eigentlich die gleichen Interessen und Sorgen ihrer Mitglieder vertreten.

Nun, vielleicht läßt sich da etwas ändern, wenn man sich einmal meinen Vorschlag anhört: Ich bin Mitglied des VDK und wurde jetzt vom Landesverband Sachsen-Anhalt beauftragt, in Magdeburg eine Kreisgeschäftsstelle dieses Verbandes einzurichten, weil es hier für die Kriegs- und Wehrdienstopfer keinen Ansprechpartner gibt. Zunächst muß ich mich nach einem geeigneten Geschäftsführer umsehen, denn niemand kann verlangen, daß ich als 70jähriger Kriegsinvalide diese Funktion ausüben kann. Da ich schon seit Monaten Kontakt mit dem Behindertenverband in Berlin hatte, habe ich mir überlegt, ob es nicht von Vorteil sei, beide Verbände – VDK und ABiD – Hand in Hand in Magdeburg arbeiten zu lassen. Der VDK würde zwar einen eigenen Geschäftsführer einstellen, aber dieser hätte seinen Sitz beim ABiD in Magdeburg. So wäre sichergestellt, daß kein Obrigkeitsdenken aufkommt und daß in bestimmten Sachfragen eine Zusammenarbeit stattfindet.

Leider bekam ich auf meine Anfragen vom ABiD in Magdeburg keine Antwort. Man braucht sich also nicht zu wundern, daß eigene Wege gegangen werden. Das muß sofort anders werden!

Werner Opitz
Magdeburg

Brücken bauen

Im Herbst 1986 saßen zehn junge Leute im Gemeinderaum der Wefenslebener Kirche und warteten auf ihren neuen Jugendleiter. Das letzte Mal hatten sie mich aus ihren Reihen gewählt. Nun sollte ich meine erste Junge Gemeinde leiten. Pünktlich kam ich angerollt. Nicht mit dem Motorrad und auch nicht mit dem Pkw. Ich kam im Rollstuhl – geschoben von Ralf, meinem Freund und Nachbarn. Alle hörten mir geduldig zu und versuchten meine Worte zu verstehen. Ich bin seit meiner Geburt spastisch gelähmt. Es bereitet mir große Mühe, mich zu artikulieren. So mußte Ralf in den ersten Jugendstunden „übersetzen“, denn er verstand mich besser als jeder andere. Doch nach wenigen Wochen hatten sich auch die anderen Teilnehmer in meine Sprache hineingehört.

Die Jugendlichen kamen gern und regelmäßig zur Jungen Gemeinde, und so mancher Zaungast ist geblieben. An den Themen, die ich zu Hause vorbereitete, entzündeten sich oft rege Diskussionen.

Viele Höhepunkte gab es in diesen achtzehn Monaten; eine festlich gestaltete Sabbatfeier, ein von der Jungen Gemeinde gestalteter Gottesdienst. Selbstverständlich wirkte ich beim pantomimischen Spiel mit. Und als ich in meiner behinderten Sprache das Fürbittgebet sprach, hätte man im Kirchenschiff die berühmte Stecknadel fallen hören können. Später wurden meine Worte noch einmal für alle verständlich vorgelesen. Mit diesem Gottesdienst wollten wir die Menschen auf Behinderte aufmerksam machen.

Zugegeben, anfangs hatte ich große Bedenken, Glied einer Jungen Gemeinde zu werden. Schließlich war ich in dieser Gruppe der einzige Rollstuhlfahrer und keiner von den Jugendlichen war je mit den Problemen behinderter Menschen konfrontiert worden. Ihr guter Wille reichte nicht zum Brückenbau. So sprach ich mit ihnen über die Sorgen und Freuden der Menschen mit Behinderungen und erzählte von mir ganz lebensnah und anschaulich.

Zwar gibt es diese Gemeinschaft heute nicht mehr, denn einige haben inzwischen selbst eine Familie oder sind verzogen. Aber sie haben gelernt, Hemmungen und Vorurteile abzubauen, und sie geben ihre Erkenntnisse weiter. Einige engagieren sich heute sogar für die Interessen der Behinderten. Ja, wir sind echte Freunde geworden. Kürzlich gestand mir einer, es seien die schönsten und wichtigsten Stunden seines Lebens gewesen.

Möge jeder Mensch Mut und Gelegenheit haben, Brücken zu bauen.

Roland Walter
Belsdorf

Mobil am Strelasund

Mit der Mobilität der Behinderten ist es in den neuen Bundesländern nicht weit her. Nicht nur Fahrten mit der Eisenbahn können schon Angstträume auslösen, auch der innerstädtische Verkehr und der in den ländlichen Gebieten ist für Behinderte eine Sache mit vielen Unbekannten. Zwar gibt es das DRK und andere Hilfsorganisationen mit den Behindertentransporten, doch die Preise sind nicht von schlechten Eltern. Wir Behinderte kommen uns vor wie zu melkende Kühe – doch unser Euter (sprich: Geldtasche) ist leer. Das Chaos mit dem Pflegegeld und der Pflegehilfe kommt noch dazu.

Die Leitung unseres Behindertenverbandes Stralsund fuhr unlängst zum Meeresmuseum, denn der Museumsdirektor hatte uns eingeladen. Das Museum wird umgebaut, und nun ist die Gelegenheit zum Einbau von Hubgerüsten und Treppenlifter gegeben. Eine Behindertentoilette ist auch vorgesehen. Der Behindertenverband sollte Vorschläge unterbreiten und seine Meinung darlegen, was wir dann auch taten. Ja, deshalb der umständliche Weg ins Museum. So greifen wir also tief in den Geldbeutel, denn Taxi-Talons gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Schon Fürst Otto von Bismarck, der eine enge Bindung zu Pommern, besonders aber zu Greifswald, hatte, sagte einmal: „Wenn die Welt untergeht, gehe ich nach Mecklenburg, dort geht sie 100 Jahre später unter.“

In 100 Jahren, liebe Bundesregierung, brauchen wir keine Talons mehr. Es nützt auch gar nichts, wenn Verkehrsgesellschaften einen absenkbaren Bus kaufen – wenn schon, dann müßten es gleich mehrere sein – sonst steht der Behinderte stundenlang wartend an der Haltestelle. Und in den Landkreisen sieht es noch viel trostloser aus! Wie oft müssen in diesen Tagen und Wochen Behinderte in die Kreisstadt, um Behörden aufzusuchen. Eine Reise um die Welt ist oft einfacher zu organisieren.

Andere Behinderte haben ihre letzten Kröten zusammengekratzt und sich einen Pkw gekauft. Doch wer baut das Fahrzeug versehrtengerecht um? Die nächste Werkstatt war mehr als 100 km entfernt. Das ist nun anders geworden am Stralsund. Früher gab es einen Reparaturstützpunkt der Forstwirtschaft. Nach der Wende stand man dort vor der bange Frage: „Was nun?“ Man warf sich auf Motorsägen, Heckenschneider und Schweißarbeiten. Eine Reifenpanne des amtierenden Vorsitzenden des Stralsunder Behindertenverbandes war sozusagen der erste Kontakt. Man begann, sich mit den Problemen der Behinderten zu befassen. Inzwischen wurde bereits der dritte Pkw umgebaut. Die Palette der Pkw-Hilfen ist breit und umfaßt Schwenk- und Drehsitze, Aufstehhilfen, Bremshebelverbreiterungen oder Spezialanpassungen für kleinwüchsige Menschen. Zum Service-Programm gehört außerdem eine eingehende Beratung, denn nicht jeder Pkw eignet sich für den Einbau von technischen Hilfen. Speziell für Lada-Modelle werden Zusatzgeräte und Hilfsmittel hergestellt, und es gibt auch auf Grund von Führerscheinauflagen Komplettumbauten für Mehrfach- und Schwerstbehinderte. Der TÜV sitzt übrigens gleich nebenan.

Pannenhilfe – bisher für Rollstuhlfahrer ein großes Problem – ist nun auch eine Selbstverständlichkeit. Realität wurde ebenfalls der Einbau von Hubgeräten, Liftern und Aufzügen, und was besonders wichtig ist, deren ständige Wartung.

Den Behinderten in Stralsund, ja in ganz Vorpommern fällt damit ein großer Stein vom Herzen. Und wem es nicht zu weit ist: Technischer Service GmbH, Barther Str. 65, 0-2300 Stralsund, Tel.: 53 21.

Rudolf Pagel
Stralsund

Noch ist keine Wahl möglich

Beim ersten Lesen des Artikels von Sigrid Arnade (STÜTZE 21 + 22/90) meinte ich zunächst, von A bis Z zustimmen zu können. Die Träume vieler werden hier formuliert. Die Vorurteile der Nichtbehinderten (von denen auch ich mich im Laufe der 15jährigen Tätigkeit als kirchlicher Sozialarbeiter erst langsam frei zu machen suche) werden in dem Zitat anfangs exakt beschrieben. Beim nochmaligen Lesen kommen mir Zweifel. Warum sonst diffamiert Frau Arnade die Entscheidung für das Wohnen im Heim als „bequeme“ Entscheidung und spricht von mangelndem „Selbstvertrauen“? Denn leider hat die „Wahlfreiheit zwischen akzeptablen Alternativen“ so ihre Haken. Hier bei uns in Vorpommern gibt es **keine** „Wahlfreiheit“, weil es (noch?) **keine** Alternativen gibt. Es gibt kaum **behindertengerechte Wohnungen** im Stadtzentrum unserer Städte. Im neuerbauten Zentrum von Pasewalk sucht man sie jedenfalls vergeblich. Und ob die Stadtplaner, die seit Monaten ein Konzept für die Altstadtanierung erarbeiten, dieses Defizit schon bemerkt haben, scheint mir fraglich. Mir ist nicht bekannt, daß sie Gespräche mit Behindertengruppen oder alten Menschen geführt haben. Und von dem Vorhaben, bei der Lückenbebauung und Sanierung der Altbausubstanz innerhalb der Stadtmauern nicht nur an Handwerk und Gewerbe, sondern auch an Behinderte zu denken, ist bisher nichts an die Öffentlichkeit gedrungen.

Für **Wohngemeinschaften** zwischen Behinderten und Nichtbehinderten scheint es ebenfalls kaum Voraussetzungen zu geben. Die äußeren Bedingungen für diese Art der Wohnraumnutzung müßten schon auf dem Reißbrett der Architekten geschaffen und bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt werden. Denn dann könnte es wohl nicht mehr passieren, daß die Stadt Wohnungen im 1. Stock an Behinderte vergibt, die kaum noch laufen und nicht mehr Treppen steigen können und eigentlich einen Rollstuhl brauchen (den sie aber aus Finanzierungsgründen nicht haben).

Ja, mitunter könnte man sogar denken, daß die Schildbürger

am Werk gewesen sein könnten, wenn Wohnungen als „behindertengerecht“ ausgegeben werden, deren Sanitärzelle aus Gipsbeton gebaut wurde, so daß weder Haltegriffe noch sonstige Hilfsmittel angebracht werden können, die eine selbständige Nutzung ermöglichen würden. In den Köpfen der Architekten, Bauingenieure, Politiker und Verwaltungsangestellten muß sich offenbar noch viel ändern.

Auch die dritte Alternative gibt es in den neuen Bundesländern praktisch noch nicht: ein Wohnheim für Körperbehinderte. Wenn unsere behinderten Mitbürger nicht mehr wissen, wie sie allein weiterleben sollen, dann gab es – und gibt es bis zum heutigen Tage – nur eine Möglichkeit: Einweisung in ein Alterspflegeheim. So müssen oft junge Menschen in ein „Sterbehaus“ ziehen, wo sie wahllos mitten unter alten Menschen leben müssen. Ja, ist denn noch niemand auf die Idee gekommen (und auch das ist nur eine Notlösung), in solch großen Heimen wenigstens die jüngeren Körperbehinderten beieinander wohnen zu lassen und sie in solche Entscheidungsprozesse einzubeziehen? Gibt es überhaupt schon Überlegungen und Konzepte, die die Probleme dieser Mitbürger sehen und berücksichtigen? Warum wird das Gespräch über Lösungsmöglichkeiten nicht in der Öffentlichkeit geführt? Werden Schwestern, Pfleger, Mitarbeiter und Ärzte in diesen „Großbetrieben“ kontinuierlich weitergebildet und mit den Problemen ihrer Heimbewohner vertraut gemacht? Haben die Betroffenen die Möglichkeit, außerhalb des Heims über ihre Bedürfnisse zu reden? Mir scheint, wir sind von der Möglichkeit, daß Behinderte ein selbstbestimmtes Leben führen können, noch sehr weit entfernt!

H.-L. Ruthenberg
Pasewalk

Inhaltsverzeichnis

Seifert, Ilja: Leben fast live	5
Loell, Ralph: Kalendernotizen	7
Bogdanski, Martha: „Karl Marx fährt Rollstuhl“	10
Hoffmann, Helmuth: Für ein Sozialgericht	12
Döring, Gerhard: Für gemeinsame Wohn- und Arbeitssiedlungen	13
Maubach, Martin: Enthinderungstaxi	14
Ulrich, Volkmar: Verfassung der DDR als Grundlage	15
Göbel, Antje: Kontakt zu Gleichaltrigen	16
Richter, Horst: Für sofortiges Handeln	17
Münzberg, Peter: Bund als Leitungsorgan	18
Feist, Hannelore: Kindergärten laden Fördertagesstätten ein	19
Lesnau, Wolfgang: Anteilmäßige Kriegsbeschädigtenrente	20
Talke, Eva: Letzte Instanz	21
Schellenberg, Günter: Mutige Erklärung	22
Jakobeit, Wolfgang: Amtliche Zusagen müssen eingehalten werden	23
Seidler, Sigrid: Keinen Schnee schippen - ab ins Heim	24
Meinke, Michael: Schon „die Luft 'raus?“	25
Härter, Hans-Friedrich: Behindertengerechte Bauprojektierung	26
Letzin, Kathleen: Ein guter Vorschlag	27
Beck, Hans: Gedanken zum Gründungsaufruf	28
Hildebrandt, Harry: Vorschläge für ein neues Arbeitsgesetz	29
Kübler, Elke: Eine „unbotmäßige“ Wortmeldung	30
Genz, Birgit und Mirko: Auf allen vieren durch die Wohnung	31
Jukieł, Siegfried: Gründung dringend nötig	33
Gube, Guido: Warum „Strafgebühren“?	34
Obstück, Markus: Selbsthilfewerkstatt	35
Schult, Max: Mehr Mitspracherecht	36
Prager, Sylke: Siedlungen für Behinderte?	37
Richter, Horst: Pflege - ein Leben lang	38
Weber, Theresia: Den Partner nicht überlasten	40
Weißborn, Günter: 436 Mark Invalidenrente bei 49 Arbeitsjahren	41
Desisa, Namera: Grenzenlose Behinderung	42
Wedel, Angelika: Angelika - 35 Jahre alt - Rollstuhlfahrerin	43
Amberg, Inge: Am Rande des Existenzminimums	44
Bartel, Edeltraut: Willkür der Post	45
Tepper, Günter: Einen Konsens finden	46

Hädrich, Oskar: Eisenbahnfahren für Rollstuhlfahrer	47
Hergesell, Anita: Herzlosigkeit ohne Beispiel	48
Brüning, Lothar: Keine Vereinnahmung	49
Teschke, Klaus: Post an den Verbandspräsidenten	51
Elterngroupe Berlin-Treptow: Integration geistig behinderter Kinder in „Normal“kindergärten	55
Urner, E.: Guter Kundendienst	58
Schindler, Reiner: Nicht Hilfe-Empfänger, sondern Gleichberechtigung !	59
Miles-Paul, Ottmar: Zum Anti-Diskriminierungsgesetz	60
Hausmann, Wolfhard: Sollen Behinderte Bittsteller werden?	62
Frank, Gerd: Partnerschaft zwischen Wittenberg und Essen	66
Jeske, Karin: So positiv ist es gar nicht	67
Hartmann, Helmut: Fürs Auto mehr Zeit als für den Nachbarn	69
Schreiber, Monika: Hallo, Ihr vom BV...	71
Hanisch, Eberhard: Reha-Ferienlager	72
Heidecke, Ulrike: Wohin mit Sebastian?	73
Brauer, E.Ila: Danke schön	75
Groß, Wolfgang: Ein Grundstein für die Zukunft	76
Klix, Rosemarie: Selbst Hilfe leisten	77
Lehmann, Gudrun: Urlaub im „Kinderland“ am Werbellinsee	78
Die Antwort des Herrn de Maizière	80
Krüger, Magdalena: Verbandsarbeit als Lebenshilfe	82
Klub der Behinderten e. V. - Kreisverband Hettstedt - M. Hesse: Post an den Verbandspräsidenten	85
Grützner, Hendrik: Wieder nur Versprechungen?	87
Schneider, Konrad: Endlich ABiD	88
Rotermund, Walter: Schutzregelungen für Schwerbehinderte	89
Keßling, Volker: Pro und kontra ABiD	91
Prager, Sylke: Mehr an ältere Menschen denken	94
Milka, Reinhard: Angst einer der Umarmung?	95
Letz, Birga: Post an den Verbandspräsidenten	97
Arnold, Marion: Post an den Verbandspräsidenten	98
Jürgens, Andreas: Post an den Verbandspräsidenten	99
Renner, Rudi: Vorsicht bei Haustürgeschäften	100
Brüning, Lothar: Solidarische Selbsthilfe	101
Hartmann, H.: Von 510 DM Rente 50 DM für Hilfeleistung	103
Mühlsein, Gertraude: Ich fühle mich nicht mehr so allein	104
Christiange, Jürgen: Post an den Verbandspräsidenten	105
Topolinski, E.: Die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen	106
Miles-Paul, Ottmar: Für einen starken gesamtdeutschen Verband	107
Arndt, Helga: Vieles liegt noch im argen	109

Gretschel, Kurt: Meine Unruhe ist groß	110
Kreiser, Hermann: Das entspricht meiner Meinung	111
Marquart, Martin/Eckert, Gerhard: Hilfe durch Selbsthilfe	112
Weber, Theresia: Geht es uns wirklich besser?	114
Ring, Karin: Es geht um die Sache - nicht um die Partei	116
Kowar (Familie): Werte Redaktion der „STÜTZE“!	117
Pusch, Siegfried: Post an den Verbandspräsidenten	120
Krause, Renate: Wir stehen allein da	121
Jänicke, H.: Wir lassen uns nicht abspesen	122
Kornschild: Keine einseitige Interessenvertretung	125
Smolarek, Petert: Unterschiedliche Erfahrungen	126
Senglaub, K.: Zersplitterung bringt keinen Nutzen	128
Wolf, Sigrid: Kampf um Selbstbestimmung	129
Teltow, Ursula: Aus eigener Kraft etwas tun	130
Maywald, Berd: DIE STÜTZE als Seifertsche „Hausmitteilung“?	131
Brauer, Ella: Licht ist nicht in Sicht	132
Schajanek, Ruth: Ich wohne selbstbestimmt im Heim	133
Krumbier, Gisela: Für Behinderte keine Automatik-Mietwagen	135
Prager, Sylke: Jedes Leben ist lebenswert	136
Gläser, Elly: Ich werde wieder aktiv	138
Klimmek, Renate: Darf ein Rollstuhlfahrer Minister sein?	139
Pietsch, M.: „Fürsorgeerlaß“ für Behinderte	140
Chudonic, Ingo: Offenherziger geht es kaum	141
Opitz, Werner: Joint-venture mit dem VDK	142
Walter, Roland: Brücken bauen	143
Pageł, Rudolf: Mobil am Strelasund	145
Ruthenberg, H.-L.: Noch ist keine Wahl möglich	147

Mit Beiträgen von:

Amberg, Inge; Arndt, Helga; Arnold, Marion; Bartel, Edeltaud; Beck, Hans; Bogdanski, Martha; Brauer, Ella; Brüning, Lothar; Christiange, Jürgen; Chudonic, Ingo; Eckert, Gerhard; Elterngruppe Berlin-Treptow; Desisa, Namera; Döring, Gerhard; Feist, Hannelore; Frank, Gerd; Genz, Birgit und Mirko; Gläser, Elly; Göbel, Antje; Gretschel, Kurt; Groß, Wolfgang; Grützner, Hendrik, Gube, Guido; Hädrich, Oskar; Härter, Hans-Friedrich; Hanisch, Eberhard; Hartmann, Helmut; Hausmann, Wolfhard; Heidecke, Ulrike; Hergesell, Anita; Hildebrandt, Harry; Hoffmann, Helmuth; Jänicke, H.; Jakobkeit, Wolfgang; Jeske, Karin; Jürgens, Andreas; Jukiel, Siegfried; Keßling, Volker; Kimmek, Renate; Klix, Rosemarie; Klub der Behinderten e.V., Kreisverband Hettstedt — M. Hesse; Kornschild; Kowar (Familie); Krause, Renate; Kreiser, Hermann; Krüger, Magdalene; Krumbler, Gisela; Kübler, Elke; Lehmann, Gudrun; Lesnau, Wolfgang; Letz, Birga; Letzin, Kathleen; Loell, Ralph; Maizière, Lothar de; Marquart, Martin; Maubach, Martin; Maywald, Bernd; Meinke, Michael; Miles-Paul, Ottmar; Milka, Reinhard; Mühlsein, Gertraude; Münzberg, Peter; Obstück, Markus; Opitz, Werner; Pagel, Rudolf; Pietsch, M.; Prager, Sylke; Pusch, Siegfried; Renner, Rudi; Richter, Horst; Ring, Karin; Rothermund, Walter; Ruthenberg, H.-L.; Schajaneck, Ruth; Schellenberg, Günter; Schindler, Reiner; Schneider, Konrad; Schreiber, Monika; Schult, Max; Seidler, Sigrid; Seifert, Ilja; Senglaub, K.; Smolarek, Petert; Talke, Eva; Teltow, Ursula; Tepper, Günter; Teschke, Klaus; Topolinski, E.; Ulrich, Volkmar; Urner, E.; Walter, Roland; Weber, Theresia; Wedel, Angelika; Weißborn, Günter; Wolf, Sigrid

ISBN 3-928556-00-2

FÜR
SELBSTBESTIMMUNG
UND WÜRDE

AbiD